

Vorwörter

Die Intentions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonial-...
über deren Raum 40 Blg., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Blg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Blg., jedes weitere Wort 5 Blg.
Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Interate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1988

Sonntag, den 18. Februar 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Köchen, sozialdemokr. Verein für Köchen Land, Eupen 4. Quart. 1905 19.—. Köchen, Wahlkreis Köchen Stadt 4. Quart. 1905 64.—.
Altenburg, Wahlkreis Sachsen-Altenburg 500.—. Berlin, 4. Kreis Ostfisch (Reichsbeitrag vom vorigen Jahre) 4500.— (darunter Tischlerei Berger, Wienerstr. 5.—, Tischl. v. Einide, Wienerstr. 12.—, Auszahlung des Sparvereins „Streng-Meell“ 20.—, Tanzlehrerverein „Solidarität“ 10.—, Beiträge für das 1. Halbjahr 1906 von 24. durch Hadelbusch 5.—, von den Arbeitern der Firma Hoffmann, Prinzenstraße 47 8.—).
Groß-Berlin a. Conto der Monatsbeiträge seiner acht Wahlkreise 14 000.— (darunter 4. Kreis Herbstüberschuß 60,88, Tischlerei Wofferer, Polstadenstraße 5.—, Gruppe Ebers 12.—, Frisch 9,50, Gutenberg 43.—, Einfleger von Wegner, Wilmersdorf 8,50, amerikanische Auktion bei Bonich 5,27, Preis Liebertafel 10.—).
Berlin, diverse Beiträge: A. B. E. 40000.—, C. L. 1.—, von Mitgliedern des Verbandes deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“ 100.—, Dr. A. H. 101 6.—, Personal der Buchdruckerei „Vorwärts“, Wdt. Buchbinderei 10.—, Ueberschuß der Bierlässe der Wöllmerischen Schriftgießerei 50.—, Jahresbeitrag von W. G. für 1906 15.—, Dr. L. H. 100.—, aus Berlin R. W. 2.—, E. Schmidt als Weisheitsgabe 10.—, Ueberschuß der Erbsenlässe der Tischlerei Bornmann, Admiralsstr. 18 10.—, Die Kontobuchhalter vom Wedding 5.—, aus dem 4. Kreise zurückgezahlte Unterbringung 200.—, Organisierte Bremer Berlin I August 04 bis Januar 05 90.—, Kamtion zum Kampfe für Recht und Wahrheit 4.—, P. S. 50.—, A. B. 50.—, C. D., Maschinenhaus 18.—, von den Orisbeamten der Metallarbeiter-Krankenkasse v. B. u. U. 50.—, Wittl. d. N. Dr. 5.—, C. D. Gubrau 2.—, Weisheitsg. Klasse 5,10, C. 19 Fische 10.—, Blumenthal 5.—, Durbach i. D. C. R. 250.—, Bremen, H. C. 10.—, Fern 60.—, Bremen, sozialdemokr. Verein 200.—, Hiesfeld, E. Sch. 2.—, Deutsch (Oberstl.), v. Parteigenossen 5.—, Cassel-Welfungen, Wahlkreis 20.—, Dären vom Kolleverein Dären-Jülich 12.—, Danzig, Parteibeitrag 20,30, Dortmund, Seher und Bruderpersonal der „Arbeiterzeitung“ 50.—, Dessau, Wahlkreis Anhalt I 89,74, Erlangen 10.—, Eustirchen-Vergheim 4. Quartal 1905 1,85, Ebersbach i. S., ein Gemahregeltes von Wünsch Erben 2.—, Fallenberg (Oberstl.) 4.—, Hamburg, Ueberschuß der Matmarken, Verein der Hausmächte, Kontorboten, Pader und Berufsgeosenen 223,75, Hamburg, im Monat Januar in der Expedition des „Hamburger Echo“ eingegangen 76.—, Langerfeld, Beitrag vom Wahlverein 20.—, Ludwigshafen a. Rh., Beitrag vom sozialdemokratischen Verein 200.—, Langenbielau, von Arbeitern aus dem Eulengebirge 100.—, Ludenwalde, vom Wahlverein 100.—, Ludenwalde, Rufus 5.—, Magdeburg, C. W., 1. Quart. 06 10.—, Meerane, 17. sächs. Reichstags-Wahlkr. 100.—, Wilhelm a. Rh., Wahlkreis Mülh. Wipperfurth-Gummersb., 4. Quart. 05 69,74, Rheinwied 1,37, Rünberg, G. E. 6.—, Rürnberg, R. D. 3.—, Rürnberg, Gau Nordbahren, 2. Halbjahr 1905 1533,60, Reio Hork, Dr. W. Romm 10.—, Oberstein a. R., sozialdemokratischer Verein Fürstentum Birkenfeld, 4. Quartal 1905 23,56, Oelsnitz i. S., von den Parteigenossen 100.—, Pleiße b. Limbach i. S., rote Kindtaufe bei M. R. 2.—, Potsdam-Spanbau-Osthavelland, Kreiswahlkreis in 182,98, Paris, J. Schreyer 1.—, Randow-Gröfenhagen, sozialdemokr. Wahlverein 100.—, Stuttgart, G. H. 10.—, „Vorwärts“, 4. Quartal 1905 24168,20, Württemberg, Simon 3.—, „Wahrer Jacob“, Reichsbeitrag für 1906 18 000.—, Wittlich, 4. Quartal 1905 3.—, X. B. 3., 40 000.—, Berlin, den 16. Februar 1906.
Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Kriegsursachen.

In einer seiner humoristischen Novellen stellt Schöffle die Teilnahme Frankreichs am siebenjährigen Kriege als die Wirkung der Eitelkeit einer kleinen Soubrette dar, die einigen, am Hofe Ludwigs XV. und der Pompadour einflussreichen Verehrern die Notwendigkeit der Kriegserklärung an Preußen suggerierte, um sich einen prächtigen Schleier vom österreichischen Gesandten zu verdienen.

An diese Humoreske wird man lebhaft erinnert, wenn man die geringfügigen Ursachen erwägt, um derenwillen die deutsche Regierung augenblicklich eine Politik treibt, die einen Weltkrieg zu entzünden droht. Eine Verstillung des leichtfertigen und gedankenlosen Regimes Ludwigs XV. von Frankreich genügt gerade, um einen Vergleich mit der anderen Politik des Deutschen Reiches zu Anfang des 20. Jahrhunderts auszuhalten. Diese Politik sieht im Moment unter der des Durchschnittsabsolutismus. Die absoluten Herrscher des 18. Jahrhunderts haben sich nie viel um das Glück ihrer Völker bekümmert; sie betrachteten ihre Staaten als ihre Privatgüter, die sie nach Belieben verwalten durften. Aber die ernsthafteren unter diesen Herrschern waren doch stets Aug genug, nicht wegen einer Bagatelle einen Krieg zu beginnen. So kriegerisch z. B. Friedrich II. von Preußen auch auftrat, er führte stets nur Krieg um sehr erhebliche Objekte.

Noch mehr galt dies von den Regierungen der Staaten, die von der Bourgeoisie abhängen, wie z. B. England und Holland. Auch denen war das Wohlergehen des arbeitenden Volkes sehr gleichgültig. Aber sie hüteten sich, den Reichtum des Staates um nichts und wieder nichts zu vermindern. Ihre zahlreichen Kriege galten den Duellen großer Reichtümer, wie sie damals die Kolonialländer darstellten.

Die französische Revolution machte dann solchen Kriegen der europäischen Staaten um kolonialen Besitz wie um bloße dynastische Interessen ein Ende. In den Revolutionskriegen wurde die Alleinherrschaft Englands auf dem Meere begründet. Von da an konnten europäische Staaten koloniale Erwerbungen nur noch machen, wenn England sie dulde.

Andererseits aber erweckten die französische Revolution und ihre Kriege die Völker so sehr und wandelten sie das Kriegswesen so um, daß fürderhin Kriege ohne die Zustimmung des Volks in Europa kaum möglich waren. Die Fürsten konnten nicht mehr Krieg führen ohne das Geld der Bourgeoisie und ohne Bewaffnung des Volkes. Die dynastischen Kriege hörten dadurch nicht auf, aber nur jene Dynastien konnten noch erfolgreich Krieg führen, die es verstanden, ihre dynastischen Zwecke mit einem populären Ideal zu vereinbaren. Selbst der russische Zar sah sich gedrängt, als er 1877 an die Türkei den Krieg erklärte, dies unter einem populären Vorwand zu tun, der Befreiung der geknechteten slavischen Brüder auf der Balkanhalbinsel. Kein erfolgreicher Krieg war mehr möglich, bei dem es sich nicht um ein wirkliches oder mindestens vermeintliches großes Interesse der gesamten Nation handelte, das diese trieb, ihr ganzes Gut, ihr ganzes Blut für das Vaterland zu wagen.

Seit den siebziger Jahren haben aber die europäischen Regierungen in Kriegen, die in Europa anzusiedeln waren, überhaupt ein Haar gefunden. Das Proletariat wurde zu mächtig und jeder Krieg drohte seinen Ausgang mit einem Ausschlag der proletarischen Bewegung in irgend einer Art zu nehmen: in Frankreich hatten wir 1871 die Kommune, in Deutschland in den siebziger Jahren das rasche Anwachsen der Sozialdemokratie, in Rußland nach 1878 den so rapiden Aufstieg der revolutionären Bewegung, die in der gewaltigen Tötung Alexander II. ihren Höhepunkt fand. Und seitdem ist das Proletariat immer mächtiger geworden. Grund genug, jeden europäischen Krieg zu meiden.

Das Ausdehnungsbedürfnis, das jede kapitalistische Wirtschaft und jeder kapitalistische Staat besitzt, begann sich nun ausschließlich den überseeischen Gebieten zuzuwenden. Deren Einwohner waren militärisch schwach, man durfte erwarten, sie mit geringen Kosten erobern zu können, mit einer Wehrarmee, ohne Beanspruchung der allgemeinen Wehrpflicht, ohne Aufruf der Volksmasse zu den Waffen. Mit den achtziger Jahren begann die neue Ära der Kolonialpolitik.

Deutschland bezogte zunächst keine große Lust, energisch mitzutun, und das aus sehr guten Gründen. Unter den heutigen Verhältnissen der nationalen Gegensätze ist es schon dadurch militärisch schwer belastet, daß es stets auf zwei Fronten gerüstet sein muß. Erweiterte es noch seine Grenzen durch die Erwerbung von Kolonien, so vermehrte es über die Wägen seine Angriffspunkte wie seine militärische Belastung, mußte es eine große Flotte bauen. Kein Staat konnte aber bisher ungestraft gleichzeitig zu Lande wie zur See gleiche Kraft entfalten. Das überstieg noch die Leistungsfähigkeit eines jeden Staates.

Außerdem aber waren schon alle Gebiete besetzt, die zu erobern der Mühe wert war.

Gerade aus seiner Zurückhaltung in kolonialen Dingen schöpfte Deutschland politische Kraft. Die koloniale Eroberungssucht mußte die Mächte gegen einander aufbringen. Die Besetzung Ägyptens durch England (1882) entzweite dieses mit Frankreich; die Annexion von Tunis (1881) durch Frankreich zog der Republik die Feindschaft Italiens zu. Das Vordringen Rußlands in Zentralasien 1885 erregte die größte Empörung in England. So standen durch ihre außer-europäische Eroberungspolitik die großen europäischen Mächte einander voll Haß entgegen, sie paralyisierten sich gegenseitig und Deutschland stand über ihnen allen und beherrschte Europa gerade dadurch, daß es keine Weltpolitik machte, sich nicht in Flottenrüstungen erschöpfte.

Aber die Kolonialpolitik entzweite nicht bloß die Großmächte, sie nahm auch ihre finanziellen und militärischen Nachtmittel weit stärker in Anspruch als sie erwarteten. England wurde im Sudan (1894) in einen langen und kostspieligen Krieg verwickelt, Frankreich in Tonkin (1884), Italien fand in Abyssinien seit 1885 einen ernsthafteren Gegner als es erwartete. Allerdings war das alles noch harmlos im Vergleich zu späteren Erfahrungen. Das italienische Abenteuer endete 1896 in schimpflichster Weise; der südafrikanische Krieg fügte England schwere Wunden bei, von denen es sich heute noch nicht erholt hat. Und wohin die Eroberungspolitik in der Wandschüre Rußland führte, haben wir eben erlebt.

Lange sträubte sich Bismarck, und das war eine seiner besten Seiten, sich auf koloniale Unternehmungen einzulassen. Indessen waren in Deutschland dieselben Klassen und Interessen am Werk, die in anderen Staaten zur Kolonialpolitik drängten: Offiziere, denen der Friede zu lange dauerte, Bureaukraten, die nach Vermehrung der Komtur und Nachstellungen trachteten; Eisenindustrielle, die für Kanonen, Panzerschiffe, Eisenbahnen Absatz suchten; endlich, und namentlich, Kaufleute und Finanzmänner, die in Kolonien Geschäfte schon machten oder zu machen erwarteten. Ihr Drängen wuchs und Bismarck mußte ihm nachgeben, aber er tat es widerwillig und zunächst in Formen, die das Reich noch wenig belasteten und das Mißtrauen der anderen Mächte nicht allzusehr herausforderten. Jedoch die ersten Schritte waren getan, die mit Notwendigkeit, wenn man nicht völlig mit dem herrschenden Kurs brechen wollte, weitere Schritte nach sich zogen. Je weiter man aber dabei kam, desto mehr verlor Deutschland alle die Vorteile, die es vor den anderen großen Mächten erheben voraus hatte, desto prekärer wurde seine Stellung, desto größer seine Lasten. Entschieden und auffallend äußert sich diese neue Politik, die „Weltpolitik“, seit dem Jahre 1897, das die Besetzung Kiautschous und die

Flottenvorlage brachte. Je mehr die Flottenrüstungen fortgeschritten, desto schwächer wird Deutschland. Es hatte Europa ohne Flotte beherrscht durch die Entzweiung der Kolonialmächte unter einander. Seine Flottenrüstungen sind das Mittel geworden, diese Mächte zu einigen und sich selbst zu isolieren.

Indes, so sehr diese Politik Deutschlands Position geschwächt und das deutsche Volk geschädigt hat, so war sie doch begreiflich als Ausfluß einer Strömung, die alle modernen Großstaaten durchzieht.

Nicht nur schädlich, sondern völlig unbegreiflich, auch vom Standpunkte der herrschenden Klassen, ist dagegen die Politik der Reichsregierung im Marokkohandel. Das ist nicht mehr eine Fortsetzung der herkömmlichen Kolonialpolitik, sondern etwas ganz Unerhörtes.

Alle Großmächte hatten in ihrer Kolonialpolitik der letzten Jahrzehnte stets darauf gehalten, keinen europäischen Krieg heraufzubeschwören, dessen Furchtbarkeit, vor allem aber dessen revolutionäre Folgen sie alle fürchteten. Es ist das erste Mal seit dem russisch-türkischen Kriege, das erste Mal seit drei Jahrzehnten, daß eine europäische Macht monatelang ununterbrochen eine Politik verfolgt, die jeden Moment einen Krieg in Europa entzünden kann, und die nur deshalb noch zu keinem Kriege geführt hat, weil die andere dabei beteiligte Macht eine Friedfertigkeit und Klugheit an den Tag legt, die wahrhaft überraschend sind.

Man durfte man allerdings sich nie der Erwartung hingeben, die Gegensätze, die die moderne Kolonialpolitik erzeugt, würden sich stets friedlich ausgleichen lassen. Man konnte wohl erwarten, früher oder später werde diese Politik in dem bisher so angstvoll vermiedenen Weltkrieg enden. Aber ebenso durfte man erwarten, dieser Weltkrieg werde um ein wertvolles Objekt entbrennen, ein Objekt, wie es z. B. das chinesische Reich darstellt. Vergebens sucht man aber nach irgend einem Grund, der es auch nur vom Standpunkte beschränktester kapitalistischer Raubpolitik begreiflich machen könnte, daß die deutsche Diplomatie um Marokkos willen urplötzlich eine Politik der bedrohlichsten Provokationen Frankreichs eingeschlagen hat. Deutschland hat dort nichts, absolut nichts verloren, gar nichts zu gewinnen und nichts kann um gleichgültiger sein, als das Schicksal des Sultans von Marokko.

Es ist dumm genug von den französischen Kolonialpolitikern, daß sie das Bedürfnis haben, ihren Einfluß in Marokko ausdehnen zu wollen. So friedlich dieser Prozeß auch gedacht werden mag, er muß, wie alle Erfahrungen zeigen, zu gewaltigen Zusammenstößen mit der marokkanischen Bevölkerung führen, einer Bevölkerung, die ebenso kriegerisch wie arm ist, die niederzuzwingen ungeheure Aufwendungen an Menschenleben und Geld kosten wird, wofür die Sieger in absehbarer Zeit keine Beute entschädigen kann.

Gerade vom Standpunkte des heutigen Deutschland mußten es dessen Nachhaber mit Freuden begrüßen, wenn Frankreich sich in einen so harten Brocken verbiß.

Indes noch in anderer Weise drohte Marokko für Frankreich verhängnisvoll zu werden. In dem Lande ist zunächst nichts zu holen als Kämpfe mit den Eingeborenen; sobald es aber einer europäischen Macht gelingt, sich dort festzusetzen, muß sie auch mit anderen europäischen Mächten in Konflikt kommen. Mit Gibraltar zusammen beherrscht Marokko den Eingang zum Mittelmeer. Keine Macht, die im Mittelmeer Interessen hat, kann ruhig zusehen, wenn eine andere Macht in Marokko so festen Fuß faßt, daß sie seine Häfen beherrscht und besetzt. Allerdings haben Frankreich und England sich jetzt über Marokko geeinigt. Aber England tat das wohl nur in der Voraussetzung, daß es Jahrzehnte dauern kann, bis Frankreich Marokko in der Tasche hat. Je weiter Frankreich dort vordringt, je sicherer es sich dort einnistet, desto näher sein Konflikt mit England.

Angeht alles dessen hätte Deutschland gar nichts Äußerer tun können, als Marokko sich selbst zu überlassen. Statt dessen versucht es jetzt nicht bloß Frankreich von Marokko fernzuhalten, nein, es erweckt den Verdacht, als ob es selbst sich dort festsetzen wollte. Und damit muß es alle am Mittelmeer interessierten Mächte zu einer festen Phalanx gegen sich zusammenschließen, dadurch macht es seine diplomatische Niederlage unvermeidlich — dadurch rückt es aber auch den Krieg in bedrohliche Nähe. Nicht nur deshalb, weil jede Großmacht nur zu geneigt ist, eine diplomatische Niederlage durch die Entscheidung des Schwertes vergessen zu machen, sondern auch deshalb, weil Deutschlands Forderungen Frankreich in eine Position bringen können, die diesem weiteres Nachgeben unmöglich machen. Frankreich hat in Marokko nicht viel mehr verloren als Deutschland und es könnte um des lieben Friedens willen sehr wohl darauf verzichten, in Marokko größeren Einfluß zu gewinnen. Es würde damit seinen eigenen dauernden Interessen dienen. Was aber Frankreich unter den heutigen Verhältnissen unter seinen Umständen zugeben kann, das ist irgend eine Form der Festsetzung Deutschlands in Marokko. Es würde dadurch doppelt bedroht: einmal ebenso wie England, Spanien, Italien, als eine am Mittelmeer interessierte Macht, die nicht dulden kann, daß irgend ein Staat den Eingang zum Mittelmeer zu sperren vermag. Dann aber auch als Nachbar Marokkos in Alger, das von dem Grenzlande aus immer leicht in Aufbruch versetzt werden kann.

So sind wir in den letzten Wochen in eine Situation geraten, die einen Krieg mit Frankreich in bedrohliche Nähe rückt.

Es ist selbstverständlich, daß das Proletariat Deutschlands gegen eine Politik aufs energischste protestiert, die so gedankenlos oder stümperhaft mit dem Feuer spielt, mit dem sie einen so furchtbaren Brand entzünden kann. Aber noch sind wir nicht stark genug, der deutschen Regierung ihre Politik vorzuführen zu können. Mithin ist auf dieser Politik ist aber die deutsche Bourgeoisie. Ihrer Feigheit und Erbärmlichkeit ist es zuzuschreiben, wenn heute in Deutschland eine kriegerische Politik unter Umständen und aus Motiven gemacht werden darf, die so völlig unbegründet sind, daß es scheint, als wäre eine Analogie dafür nicht in der Geschichte, sondern nur in der humoristischen Literatur über die erbärmlichste Periode des Absolutismus zu finden.

Auch der Bourgeoisie muß angst und bange werden vor der jetzigen Marokkopolitik, die ohne irgendwelche erkennbare Ursache das Deutsche Reich den Gefahren eines Krieges aussetzt, bei dem man wohl weiß, wie er beginnt, keinesfalls aber, wie er endigen wird. Mag sie auch alle die unsäglichen Opfer und Leiden geringschätzen, die der Krieg den Massen des Volkes auferlegt, so wird sie um so angstvoller den Folgen entgegenzusehen, die seine Verwüstungen für sie selbst und ihre Klassenlage mit sich zu bringen drohen. Gerade jetzt, in der Zeit der russischen Revolution, liegen derartige Erwägungen besonders nahe. Und doch schweigt die Bourgeoisie zu dem ebenso verwegenen wie sinnlosen Spiel der Diplomatie, das so furchtbare Grundlos entfesseln kann. Seit der französischen Revolution konnte in Europa kein Krieg geführt werden, der nicht in irgend einer Beziehung als ein Volkskrieg erschien, der nicht von dem Willen und Drängen breiter Volksschichten getragen wurde. Jetzt aber, am Anfange des 20. Jahrhunderts, darf die Regierung des Volkes der Dichter und Denker es der Gefahr eines vernichtenden Krieges aussetzen — weil ein französischer Diplomat dem Sultan von Marokko auf die Fühneraugen getreten! Und kein Protest von Belang wird laut in der ganzen bürgerlichen Welt. Sie duckt sich schamlos vor der Regierung und schritt zurück vor dem Proletariat, mit dem sie zusammengehen müßte, wollte sie für den Weltfrieden eintreten.

Dank ihr ist die äußere Politik des Deutschen Reiches heute ebenso sehr ein Monopol der Höflinge geworden, wie es die Politik Frankreichs zur Zeit der Schlacht von Rossbach war. Die deutsche Bourgeoisie hat politisch abgedankt. Von der Kraft des Proletariats hängt es allein ab, wann der Absolutismus in der äußeren Politik ein Ende nimmt und Friede und Wohlfahrt des deutschen Volkes von ihm selbst abhängen und nicht von den Sultanskannen des Kaisers von Marokko.

Die Revolution in Rußland.

Der jüdische Arbeiterbund über die revolutionäre Taktik.
Das Zentralkomitee des jüdischen Arbeiterbundes hat ein Flugblatt herausgegeben, in dem es zur Frage der Duma-wahl Stellung nimmt. Es wird unter anderem gesagt: „Nur in folgenden drei Fällen wäre es für die Arbeiter ratsam, an den Wahlen teilzunehmen:“

1. Wenn mit Sicherheit anzunehmen wäre, daß es möglich sein wird, die Duma von innen heraus zur Auflösung zu bringen und auf ihren Trümmern eine konstituierende Nationalversammlung einzuberufen.
2. Wenn es bewiesen werden könnte, daß alle revolutionären Wege jetzt gesperrt sind, und daß der einzige Weg zu Rußlands Freiheit durch die Duma führt.
3. Wenn es tatsächlich möglich wäre, die Wahlen für eine große politische Agitation, für eine politische Schulung und Organisation des Proletariats auszunutzen.

Das Eintreten der ersten Bedingung, des Umsturzes der Duma von innen heraus, hält das Komitee in Anbetracht der augenblicklich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ausgeübte Repressalien für unmöglich. Derselben Ansicht ist es in bezug auf den dritten Punkt, wobei noch besonders betont wird, daß die Duma durch die Teilnahme der Arbeiter eine gewisse Autorität erhalten würde, die weder vorteilhaft noch wünschenswert wäre.

Ueber die Frage des zweiten Punktes äußert sich das Komitee folgendermaßen:

„Daß die althergebrachte revolutionäre Taktik im Kampfe gegen die Selbstherrlichkeit einen Bankrott erlitten hat und für die Zukunft nicht mehr angewandt werden darf, das können nur die Liberalen behaupten, die einen tödlichen Haß gegen Streik und bewaffnete Aufstände hegen — ihr Klasseninstinkt muß ihnen naturgemäß diesen Haß einflößen. Das liberale Bürgertum weist uns auf den Moskauer Aufstand hin, in dem seiner Meinung nach die Regierung uns besiegt haben soll. In Wirklichkeit aber müssen wir den Moskauer Aufstand, als einen weiteren Schritt in der Fortentwicklung der Revolution, als einen Uebergang zu einer höheren Kampfesebene, und in diesem Sinne auch als einen Sieg der Revolution betrachten. Es ist aber kein Geheimnis, daß die Stimmung der bürgerlichen Gesellschaft eine durchaus ungünstige für die Revolution ist. Das Bürgertum ist durch die Massenstreiks und alle anderen gewalttätigen Störungen des normalen Lebensganges ermattet und bereit, in der Duma einen Erlöser zu sehen, der es von der Anarchie befreien wird, von der Anarchie, die ihm großen materiellen Schaden zugefügt und in der letzten Zeit sogar Menschenopfer gefordert hat. Der Regierung ist diese Stimmung der Gesellschaft wohl bekannt, und dies gibt ihr den Mut und die Entschlossenheit, das Land zu den blutigen Zeiten Murawjows des Bürgerers zurückzuführen. Und sollte sich die bürgerliche Gesellschaft wirklich der Revolution entschließen, dann wäre es dem Proletariat unzweifelhaft bedeutend schwerer, seinen Selbstenkampf zu führen, weil eine Revolution gegen den Willen bedeutender Schichten der bürgerlichen Gesellschaft durchzuführen selbstverständlich keine leichte Aufgabe ist. Glücklicherweise verstand die Regierung es nicht, die Umstimmung der bürgerlichen Gesellschaft vernünftig auszunutzen, denn sie schreitet zu weit zurück. Damit aber treibt sie die bürgerlichen Liberalen in den Schoß derselben Revolution, gegen die das Bürgertum jetzt eine solche Abneigung gefaßt hat, und verstärkt auf diese Weise die Möglichkeit unseres Sieges.“

Neue Gelüste.

Noch sind die Gesellen des wortbrüchigen Nikolaus nicht ganz fertig mit ihrer Mitarbeit in den Discepolprovinzen und dem Kaukasus, da kommt der alte Sowjetin in der „Kowoje Wremja“ schon mit einem neuen Auftrage. — In den letzten Wochen konnte jeder Einheimische wieder so etwas von der bekannnten unterirdischen Arbeit der russischen Regierung in Finnland verspüren: Auf den Straßen Wyborgs sind wieder massenhaft verdächtige Personen aufgetaucht, das Telephonnetz zwischen Petersburg und den finnischen Häfen ist an die Militärverwaltung übergeben worden und man hat beobachtet, daß seit

geraumer Zeit russische Soldaten in Zivilkleidung nach Helsingfors und Swaborg transportiert werden. In den letzten Tagen hat man sogar Hausdurchsuchungen in Wyborg vorgenommen und Waffen und revolutionäre Literatur beschlagnahmt.

Die „Kowoje Wremja“ drückt die Karten der Regierung teilweise auf. Sie schreibt in einer ihrer letzten Nummern: „Die Finnländer warten den Frühling ab, denn im Frühjahr werden überall in Rußland Bauernunruhen ausbrechen, es werden auch neue Judenkrämpfe erwartet, auch auswärtige Komplikationen an den Grenzen des Reiches können eintreten. Finnland wird den geeigneten Augenblick abwarten und dann los schlagen, um seine historische Frage mit einem Schlag zu lösen, denn — excusoz du peu! — Petersburg zu nehmen sei gar nicht so schwer.“ Es genüge dazu an einem Armeekorps, Dampfer ständen in Finnland in hinreichender Zahl zur Verfügung und die russische Flotte würde diese Flotte ebenso verschlafen, wie sie Port Arthur verschlafen hätte. Außerdem würde die „rote Garde“ aus Finnland sofort von der Petersburger „roten Infanterie“, d. h. der Arbeiterschaft, unterstützt werden. Zum Schluß schlägt der alte Fuchs offenerzigt vor Finnland militärisch zu okkupieren und die russische Besatzung daselbst so lange zu lassen bis — Ruhe eintrete. Man sollte nach dem Artikel meinen, auch Finnland sei im Aufruhr, dabei geht es aber nirgends ruhiger zu als in Finnland. Die Arbeiterpartei baut ihre Organisationen aus und befestigt auf Grund der „neuen gesicherten“ Freiheiten ihre Positionen. Ebenso war es in den Discepolprovinzen nach dem 30. Oktober. Das genügt der „Dina-Zeitung“ um Aufruhr zu alarmieren. Denselben Zweck verfolgt jetzt Finnland gegenüber die „Kowoje Wremja“. Zuerst muß doch der bewaffnete Aufstand hervorgerufen werden, um darauf ihn blutig unterdrücken zu können!

Jetzt haben aber die Oppositionsparteien an dem eigenen Leibe gespürt, was es bedeutet, die Krute bei sich im Lande zu haben und haben die Freiheitszeit benutzt, um das Volk wenigstens teilweise zu bewaffnen. In welchem Grade das Volk bewaffnet ist, das müssen die russischen Agenten zuerst ausfinden. Außerdem ist die aus Schweden und Alt-Finnen bestehende Bourgeoisie bei weitem nicht so reaktionär und zarentreu wie der deutsche Adel in den Discepolprovinzen.

Die Hegartikel der „Kowoje Wremja“ haben sogar die Pläne des Generalgouverneurs von Finnland durchkreuzt, dessen Absichten mit denen der „Kowoje Wremja“ sich zwar decken, der jedoch dieselben nicht vor dem Zusammentreten des außerordentlichen finnischen Landtages verraten wollte. Jetzt kann es eben dazu kommen, daß ein mißtrauisch gewordener Teil der Kleinbourgeoisie sich der Arbeiterpartei anschließt. Daher das Auftreten des Generalgouverneurs gegen die Artikel der „Kowoje Wremja“. Die letztere ist etwas voreilig mit den Ratsschlägen gewesen, sie hat aber Grund genug, die Reaktion zu mahnen, sich mit der Arbeit zu beeilen, weil das Frühjahr mit den Agrarunruhen vor der Tür steht und die Armee der Arbeitslosen Dimensionen erreicht hat, die die russische Bureaucratie im Ernst ruhig machen. Dieses sind die neuen Faktoren, welche in der allerersten Zukunft in der russischen Revolution eine wichtige Rolle spielen werden. —

Ein russischer Hinnenebefehl.

Der Generalgouverneur der Bezirke Gori und Dschet des Gouvernements Tiflis, General Bauer, erließ am 13. Februar folgenden Befehl:

„Ich fordere die Bevölkerung der Kreise Gori und Dschet nochmals auf unverzüglich an ihre friedliche Tätigkeit zu schreiten und das Geseh in seinem vollen Umfange genau zu befolgen. Ich erkläre, daß ich in Zukunft keine Repressivmaßnahmen ergreifen, sondern bestimmte Forderungen aufstellen und Strafen auferlegen werde, deren Umgebung oder Nichterfüllung die Zerstörung und Vernichtung der schuldigen Dorfschaften, ohne Rücksicht auf die Schuld oder Unschuld der einzelnen, zur Folge haben wird. Zur Vermeidung einer falschen Auffassung dieses Erlasses, sowie unnützen Blutvergießens und Vernichtung der Dorfschaften, erläutere ich meinen Befehl durch einige Beispiele. Wenn es sich nach Bekanntmachung dieses Befehls erweisen sollte, daß in einer Dorfschaft auch nur ein einziger Revolver, Gewehr, Dolch oder irgend eine andere Waffe, nur ein einziger Verbrecher, nur ein einziger vom Geseh nicht anerkannter Dorfsteuere nicht freiwillig ausgeliefert worden oder eine einzige Abgabe nicht freiwillig erstattet worden ist — so werde ich in eine solche Dorfschaft Truppen entsenden, doch nicht um eine Exekution oder Konfiskation der Waffen vornehmen zu lassen, sondern ausschließlich zu dem Zweck, die Dorfschaft dem Erbitten gleich zu machen. Ich betone, daß ich jeden Buchstaben dieses von mir unterzeichneten Befehls, ohne jede Abweichung, zur Ausführung bringen werde, und hoffe ich daher, daß der besonnene Teil der Bevölkerung alles, was in seinen Kräften steht, tun wird, um das Land vor völliger Zerstörung und großem Blutvergießen zu bewahren.“

Neue Verhaftungen.

Petersburg, 17. Februar. In einem Hause am Kowalski-Prospekt wurden, wie „Kowoje Wremja“ meldet, gestern sechs Sozialrevolutionäre verhaftet, wobei eine beträchtliche Menge Pulver, Patronen und mehrere Bomben gefunden wurden. Zwei der Verhafteten wohnten bereits zwei Wochen in diesem Hause und beabsichtigten heute nach Moskau abzureisen.

Warschau, 17. Februar. Nach Meldungen aus Warschau wurden in letzter Zeit in russisch-Polen mehr als 2000 Personen wegen Teilnahme an der großpolnischen Agitation verhaftet. An die Aufhebung des Belagerungszustandes ist Polen ist vorläufig noch nicht zu denken.

Von der sozialrevolutionären Partei erhalten wir folgende Zuschrift:

Geehrte Genossen! Zu unserer großen Verwunderung erschien in Nr. 38 Ihres geschätzten Blattes eine mit „Zuwachs für unsere Partei“ betitelte Zuschrift, in der von einer angeblichen Spaltung innerhalb der „russischen sozialrevolutionären Partei“ die Rede ist. Nach dieser Notiz wäre der größte Teil der Sozialrevolutionäre zur russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei übergegangen. Gestatten Sie uns, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß all' dies auf freier Erfindung beruht und der Wirklichkeit in nichts entspricht. Im übrigen wird das in kurzer Zeit erscheinende Protokoll des vor wenigen Wochen in Rußland stattgefundenen Parteitag der sozialrevolutionären Partei die erwähnten Gerüchte offenkundig widerlegen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Februar.

Sozialpolitische Kleingefechte.

Vom Etat des Reichsamts des Innern wurden heute drei wichtige Kapitel im Reichstage beraten, das Gesundheitsamt, das Patentamt und das Versicherungsamt. Die Debatte über den ersten Gegenstand leitete Genosse Hue durch eine Reihe sachverständiger Fragen über die Bekämpfung der Wurmkrantheiten und der Genidstarre ein. Er nahm dann die Gelegenheit wahr, den Deumet, Prinz Schönau-Carolath

und Stöder, die trotz ihrer vollkommenen Unkenntnis der Verhältnisse es gewagt hatten, seine auf reichliches Latschenmaterial gegründete Darstellung der Verhältnisse der Sitten- und Balzwerker als falsch zu bezeichnen, ganz gründlich heimzuleuchten. Gegenüber der oberflächlichen Manier seiner Gegner, die sich ausschließlich auf die Telegramme und Mitteilungen der Unternehmer gestützt hatten, konnte er auf Grund seiner eigenen langjährigen Praxis als Metallarbeiter ihnen an zahllosen Fällen die Unmöglichkeit und Unsinnigkeit ihrer Behauptungen nachweisen. Der christlichsoziale Burkhardt, der für die schwänzenden Sachwalter des Unternehmertums in die Lücke sprang, gab denn auch alle tatsächlichen Angaben seines Intimus Stöder preis und verteidigte ihn nur mit dem guten Glauben: Er sowohl wie Stöder hätten, obwohl sie von Eisenarbeitern gewählt worden seien, nie etwas über die schlechte soziale und sanitäre Lage dieser großen Arbeiterschicht gehört. Um so schlimmer, daß sie blindlings auf die Notlügen der Unternehmer hereinfallen! Herr Burkhardt bewies denn auch den ganzen reaktionären Charakter seiner Parteirichtung durch den Antrag, die in Deutschland zur Herstellung von Gebrauchsgegenständen nicht zugelassenen Meilegerungen bei Waren, die für das Ausland bestimmt sind, zu erlauben. Genosse Singer wies diesen dreisten Ueberrumpelungsversuch, plötzlich inmitten der 2. Lesung bei der Spezialberatung mit einer Resolution hervorzupringen, die Deutschland in den Augen der ganzen Welt herabziehen muß, energisch zurück. Das hinderte indessen weder das Zentrum noch die Freisinnigen, sich für die Vergiftung der ausländischen Konsumenten zu begeistern, und auch die Rationalliberalen wagten wenigstens nicht zu widersprechen, da der christlichsoziale Arbeitervertreter Burkhardt ihnen mit dem Horn der Unternehmung des Westerwaldes gedroht hatte. Immerhin verhinderte Singers kräftiges Eingreifen den bürgerlichen Mischmoch, seinen erbärmlichen Streich schon heute auszuführen. Präsident Graf Ballestrem erkannte an, was der vorher amtierende Vizepräsident überleben hatte, daß die Resolution geschäftsordnungsmäßig frühestens am Dienstag zur Abstimmung gebracht werden könnte.

Die anderen Resolutionen, die zu diesem Kapitel vorlagen und sämtlich eine erhebliche Verschärfung des Wettbewerbs forderten, wurden mit großer Mehrheit alleamt angenommen. Auch dem Banknotengesetz stimmte vorher debattelos in 3. Lesung die große Mehrheit des Hauses zu. Sonst sprach man beim Reichsgesundheitsamt noch über allerlei Kleinigkeiten: die Antisemiten wetterten gegen den Gesundheitszwang des Impens, die Freisinnigen gegen das Verbot der Inserate für Geheimmittelschwindel, da ihre „großen“ Zeitungen sich neben den Heiratsmarktannoncen auch diese nicht entgehen lassen möchten. Der neue Präsident des Reichsgesundheitsamtes Bumm bewies sofort seine sozialpolitische Weisheit, indem er als bestes Mittel gegen die Wurmkrantheit das Aufhören mit der Grubenarbeit empfahl. Hoffentlich bringt die für die nächsten Tage angekündigte Denkschrift der Regierung über diese Frage etwas Klügere Antworten.

Das Patentamt wurde rasch erledigt. Die Beratung über das Reichsversicherungsamt leitete Genosse Körsten mit einem scharfen Angriff auf die ebenso leichtfertige wie arbeitereindliche Praxis der Berufsgenossenschaften ein, die in einer Sitzung über das Schicksal 56 unfallsverlehter Arbeiter zu entscheiden sich vermessen haben. An der Hand der zahllosen Fälle von Rechtsverweigerung und Rechtserschwerung gegenüber den Arbeitern gewann erst die Forderung, die der Zentrumsmann Schmedding im Landtage aufgestellt hat, Renten unter 25 Proz. nicht auszuzahlen, ihr wahrhaft erschreckend volksfeindliches Aussehen. In die undankbare Aufgabe der Mohrenwölfe an den Berufsgenossenschaften und ihren Agenten teilten sich der Rationalliberale Dr. Wallau, der Zentrumsabgeordnete Erzberger und der Staatssekretär Graf Posadowski.

Am Montag wird die Debatte fortgesetzt. Im Extraordinarium des Reichsamts des Innern dürfte besonders die Verschwendung öffentlicher Gelder für die Hofkönigsburg zu ausgedehnten Erörterungen Anlaß geben.

Die Beratung des Justizetats.

Die Beratung des Justizetats, die am Sonnabend im Abgeordnetenhaus begann, verlief sich in lauter Einzelheiten. Die „Vertreter“ des preussischen Volkes sind in ihrer übergroßen Mehrheit mit der Rechtspflege zufrieden. Wie kann man auch verlangen, daß ein Klassenparlament gegen Klassenjustiz protestiert, wie kann man verlangen, daß etwa die geschworenen Gegner der Sozialdemokratie Bluturteile zur Sprache bringen, wie sie unter dem neuesten Kurs gefällt sind! Im Gegenteil, die Konservativen verlangen, daß die Justiz noch weit schärfer gegen die Sozialdemokratie vorgeht, sie fordern, daß gegen Ausschreitungen der Sozialdemokratie „mit voller Strenge des Gesehes“ verfahren wird, da die Sozialdemokraten als „Tatseinde unseres Staatslebens“ keinen Anspruch auf milde Behandlung haben. Gewiß nicht! Wir haben auch niemals eine milde Behandlung verlangt. Wohl aber fordern wir Gerechtigkeit. Als gleichberechtigte Staatsbürger steht uns der Anspruch darauf zu, mit demselben Maße gemessen zu werden wie die Anhänger anderer Parteien.

Mit vollem Rechte wies der Pole Dr. Wierski darauf hin, daß die Polizei in die Gerichtssäle eingedrungen sei und daß die Richter sich oft bei der Verhängung von Urteilen von ihrer politischen Anschauung leiten ließen. Der polnische Abgeordnete hätte aber besser getan, wenn er keine Klagen nicht auf seine polnischen Landsleute beschränkt hätte, sondern für die Allgemeinheit eingetreten wäre. Leider sind wir es gewöhnt, daß die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses stets nur die Interessen ihrer engeren Landsleute, niemals aber die der Gesamtheit wahrnimmt.

Neben dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie soll nach Ansicht der konservativ-liberalen Mehrheit mit aller Energie der Kampf gegen den „Schmutz in Wort und Bild“ aufgenommen werden. Ein löbliches Vorhaben! Schade nur, daß das, was diese Gesellschaft unter Schmutz versteht, nach den Anschauungen der weitesten Kreise des Volkes alles andere eher denn Schmutz ist. Die Zeitschrift „Jugend“ ist es ganz besonders, die es den Modern angetan hat, gegen sie soll Polizei und Staatsanwaltschaft mobil gemacht werden, und der neue Justizminister scheint nicht abgeneigt zu sein, dieser Forderung zu entsprechen. Uns kann es nur recht sein; denn es ist nicht unsere Aufgabe, unsere Gegner zu warnen und sie vor Blamagen zu bewahren. Wenn die herrschenden Klassen in Preußen sich durchaus lächerlich machen wollen, so werden wir sie daran nicht hindern.

Aus der weiteren Debatte ist die Erklärung des Ministers bemerkenswert, daß sein Amtsdoränger mit der Zurückarbeit Konkurrenz bereitet, sowie die einseitliche Unterstellung see-Prozess nichts zu tun hatte, daß diese Maßnahme vielmehr

durch den Staatsanwalt, der wohl seine guten Gründe dazu gehabt habe, nach freiem Ermessen erfolgt sei.

Im übrigen wurde von den verschiedensten Seiten — wie in früheren Jahren — auch diesmal wieder eine Einschränkung der Gefängnisarbeit, die durch ihre billigen Löhne der freien Ziehung des Strafantrages gegen den „Vorwärts“ im Plänen der Strafanstalten (die heute teils zur Justizverwaltung, teils zur Verwaltung des Ministeriums des Innern gehören) unter den Justizminister verlangt. Auch die Frage der Strafprozessreform wurde gestreift, doch ist die Debatte darüber kaum erwähnenswert.

Am Montag wird das Provinzialabgabengesetz in 2. Lesung beraten.

Die handelspolitische Blamage der Regierung.

Auch die liberale Presse gelangt immer mehr zur Erkenntnis, daß die deutsche Regierung bei ihrem Versuch, die Vereinigten Staaten von Amerika zur Abschließung eines neuen Handelsvertrages zu veranlassen, eine bedenkliche Schlappe erlitten hat und keinerlei Aussicht besteht, daß nach Ablauf des einjährigen Provisoriums dieses durch einen festen Vertrag ersetzt wird.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt z. B.:

„Die Regierung entschuldigt sich wegen ihres Mißerfolges, so gut oder so schlecht es gehen mag: sie erzählt, sie habe sich zu der bedingungslosen Gewährung des deutschen Vertragstarifs in Amerika nur deshalb verstanden, weil ihr von Washington aus bedeutet worden sei, bei Gewährung des Provisoriums auch ohne amerikanische Gegenleistung hoffe die Unionsregierung noch während der Dauer des Provisoriums einen Tarifvertrag mit Deutschland im Kongreß durchsetzen zu können. Das liege sich hören; wenn die Wahrscheinlichkeit bestände, daß die Bundesregierung in Washington dieses ihr angebliches Ziel in einem Jahre — so lange soll das Provisorium dauern — erreichte, so wäre es Wahnsinn gewesen, wenn die deutsche Regierung sich gegen die Gewährung des Provisoriums gesperrt hätte. Leider aber liegen die Dinge so, daß es der Unionsregierung schwerer fallen dürfte, binnen einem Jahre durchzusetzen, was sie in ein paar Jahren vielleicht durchsetzen wird: einen für uns annehmbaren amerikanisch-deutschen Tarifvertrag. Sollte sich unsere Regierung wirklich darüber täuschen, daß binnen Jahresfrist noch kein Tarifvertragsentwurf zwischen Deutschland und Amerika in Angriff genommen, geschweige denn vereinbart werden wird? Wir sind überzeugt: Im Reichsamt des Innern weiß man sehr genau, daß diesem Provisorium von 1900 noch eine Reihe Provisorien in den nächsten Jahren folgen werden.“

Noch weit enger beurteilt Theodor Barth in einem Artikel der „Frankf. Ztg.“ das Weißbegünstigungs-Provisorium. Er hält es sogar noch keineswegs für sicher, daß die Hankees sich auch nur auf ein Provisorium einstellen werden:

„Selbst das Weißbegünstigungsprovisorium wird nicht ohne Schwierigkeiten zu erreichen sein, möglicherweise überhaupt nicht in Form einer Abmachung, sondern nur auf tatsächlichen Wege mit Hilfe sehr gewagter staatsrechtlicher Deduktionen. Das Abkommen von 1900 hat bei strenger Auffassung alle früheren Weißbegünstigungsverträge, die zwischen der Union und deutschen Einzelstaaten bestanden, aufgesogen, so daß mit dem Fortfall dieses Abkommens zwischen den beiden Ländern eigentlich gar kein handelspolitisches Vertragsverhältnis mehr besteht. Nur wenn man in beiden Ländern beide Augen zudrückt, läßt sich die Fiktion aufrecht erhalten, wonach die früheren Weißbegünstigungsverträge nach Fortfall des Handelsabkommens von 1900 wieder auflebt seien. Die Auslegung dieser alten Weißbegünstigungsverträge hat aber ebenfalls von Zeit zu Zeit allerlei Nebenereien hervorgerufen. Das Provisorium, das entstehen würde, wäre demnach sehr ungemütlich. Trotzdem wird man sich an den Gedanken eines solchen, wahrscheinlich nicht kurzen Provisoriums ernsthaft gewöhnen müssen. Der deutschen Reichsregierung kann man keinen berechtigten Vorwurf machen, wenn sie bei diesen Verhandlungen kein besseres Resultat erzielt. Sie hand vor einer unlöslichen Aufgabe. Einen Vorwurf kann man ihr nur daraus machen, daß ihre gesamte Handels- und Zollpolitik so miserabel ist, daß sich derartige Mißerfolge notwendigerweise ergeben mußten.“

Als es vor ungefähr anderthalb Jahren der deutschen Regierung gelang, dem in Ostasien geschlagenen Rußland einen neuen Handelsvertrag abzuschließen, da spottete loger der äußerst geringen Konzessionen, zu denen die Regierung des Jaren sich verstanden hatte, die offizielle Presse über die Vorauslage des „Vorwärts“, der nach der widerwilligen Durchschleifung des neuen Zolltarifs in der Nacht des 13. Dezember 1902 geschrieben hatte, die deutsche Regierung werde mit diesem Tarif nie zur Abschließung brauchbarer Verträge mit Rußland und der nordamerikanischen Union gelangen. Mit Rußland ist allerdings unter dem Druck der japanischen Siege ein neuer Vertrag zustande gekommen — ob ein auch nur halbwegs brauchbarer, wird die Erfahrung lehren. Mit der Union aber ist das Experiment vollständig mißglückt, so daß sich die deutsche Regierung gezwungen sieht, in Washington um ein vorläufig einjähriges Provisorium zu betteln. Was sagt nun die aus den Ministerien inspirierte Presse? —

Deutsches Reich.

Auf der Steuerfuche.

Das Stadium der Verträge über die Verhandlungen der zur Füllung der Stenographischen Reichssteuerbehörde eingesetzten Kommission ist gerade keine interessante, aber eine höchst instruktive Beschäftigung, denn es informiert besser über den Charakter unserer heutigen Staatswirtschaft, als manche in den letzten Jahren erschienenen umfangreichen theoretischen Schriften. In der von den herrschenden Parteien befolgten Steuerpolitik offenbaren sich am deutlichsten ihre Klassenstellung und ihre Interessenswirtschaft.

Die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Bier-, Tabak- und Zigarettensteuer hat die Steuerkommission teils abgelehnt, teils derartig eingeschränkt, daß der beantragte Mehretrag von über 100 Millionen Mark voranschätzlich auf etwa 40 Millionen Mark zusammenschumpfen wird, und ferner hat sie die Frachturkundensteuer, die dem Reichsstaat 41 Millionen Mark einbringen sollte, so weit ermäßigt, daß ihr Ertrag um ungefähr 30 Millionen Mark unter dieser Schätzung zurückbleiben dürfte. Schon bei diesen drei Steuern ergibt sich demnach ein Ausfall von 90 Millionen Mark.

Die Vertreter der Mehrheitsparteien motivierten diese Reduktion der Vorschläge meist mit der Befürchtung des Konsums — und tatsächlich haben einige von ihnen, z. B. das Zentrum in der Tabaksteuerfrage, auf ihre kleingewerbliche Anhängererschaft eine gewisse Rücksicht zu nehmen; das Hauptmotiv des Widerstandes besteht aber in der Befürchtung, daß durch die höhere Befragung von Bier und Tabak sowie durch die Frachturkundensteuer die Ertragsfähigkeit der betroffenen Gewerbe, das heißt der Profit des Unternehmertums leiden könnte, weil es nicht in allen Fällen gelingen würde, die neue Steuer auf die Massen der Konsumenten abzuwälzen. Allerdings in den Reden, mit denen die Vertreter der sogenannten staats-erhaltenden Parteien in der Kommission ihre Einschränkung der Regierungsforderungen begründeten, kam dieses Profitmotiv nicht voll zur Geltung. Die Herren haben ja in ihrer Argumentation nicht nur darauf zu achten, daß sie ihre Anhängererschaft in den ärmeren Volksschichten

nicht direkt vor den Kopf stoßen, sondern daß sie auch der sozialdemokratischen Presse eine möglichst geringe Angriffsfläche bieten. Diese Rücksicht auf das Agitationsinteresse der Partei verhindert eine offene Aussprache. Um so deutlicher verraten aber die industriellen und kommerziellen Korporationen, besonders die Handelskammern, den Grund ihrer Bedenken gegen die genannten Steuerprojekte, indem sie auf die Erhöhung des Geschäfts, die Verminderung des Ertrages und die Unmöglichkeit einer vollen Abwälzung der neuen Geschäftsbelastung auf die Konsumenten hinweisen. Teilweise wird in den Resolutionen solcher Korporationen sogar offen zugestanden, daß sie gegen eine Steuererhöhung auf Bier und Tabak nichts einzuwenden haben würden, wenn sich die Aussicht böte, die Steuerlast auf die Verbraucher abzuwälzen. Die Leipziger Handelskammer gesteht zum Beispiel ganz freimütig in ihrer bereits vor einigen Tagen von uns mitgeteilten Resolution: „Sie hält in Übereinstimmung mit der Reichssteuer-vorlage Bier und Tabak einschließlich Zigaretten für geeignete Steuerobjekte. Mit Rücksicht auf den angestrebten Erfolg der Steuer kann sie aber nur eine Art der Besteuerung empfehlen, die die Gefahr eines wesentlichen Rückganges des Bier- und Tabakverbrauchs sowie eine unbillige Schädigung aller mit der Herstellung und dem Vertrieb der betroffenen Verbrauchsgüter befaßten Industrie- und Handelszweige ausschließt und die Abwälzung auf die Konsumenten ermöglicht.“

Mit der Herabsetzung dieser von der Regierung vorgeschlagenen Steuerforderungen gedenken jedoch weder die Nationalliberalen, noch die Konservativen und Zentrumspartheiler auf die sogenannte Reichsfinanzreform, richtiger die Herbeischaffung neuer Mittel für die Ausweitung der Weltpolitik zu verzichten; selbst die Agrarkonservativen haben sich zu Bewunderern der „gräßlichen“ Flotte entwickelt. Die Mittel für diese Politik müssen nach ihrer Ansicht unbedingt herbeigeschafft werden, und da sie fürchten, daß wenn es der Regierung überlassen bleibt, neue Steuerquellen zu erschließen, diese vielleicht zu solchen die großen Parteimonarchen in Anspruch nehmenden Projekte, wie die Reichseinkommen- oder Reichsvermögenssteuer greifen könnte, so machen sich ihre Vertreter in der Steuerkommission selbst an die Steuerfuche. Daher der höchst merkwürdige Eifer der Herren, neue Steuerobjekte zu entdecken.

Voran geht dabei, sich seiner Pflicht als Regierungspartei bewußt, das Zentrum. Schon vor mehreren Tagen führte das Blatt der Berliner Zentrumsdiplomatie, die „Germania“ aus, daß durch die Abstriche der Kommission an den Verbrauchs- und Verkehrssteuern ein Fehlbetrag von mindestens 100 Millionen Mark entstanden sei, der notwendig durch andere Steuern gedeckt werden müsse, da eine Erweiterung der geplanten Reichserbschaftsteuer in der landlichen Bevölkerung auf Widerspruch stöße. In seinem Eifer für die Deduktion ging dann das Blatt sogar selbst daran, eine niedliche Liste neuer Steuerprojekte zusammenzustellen, darunter eine Wehr-, Ansichtspostkarten-, Lantien-, Kaliaufuhr-, Jagdpatronen-, Aktienstempelsteuer usw. Im ganzen ein Ramsch von 82 Millionen Mark. Und die Vertreter des Zentrums in der Steuerkommission begannen bereits diese Projekte zu verwirklichen. Ihrer Fürsorge ist es wesentlich zu danken, daß am Dienstag in der Kommission die Fahrkartensteuer weit über die Forderung der Regierung hinaus erhöht worden und gestern die Ansichtspostkartensteuer beschlossen worden ist.

Die Steuerentdeckungsmanie des nationalliberal-konservativ-merikanischen Trifoliums in der Kommission hat also ihre guten Gründe. Das Motiv ist, zu verhindern, daß die Regierung nicht selbst auf die Steuerfuche geht und dabei auf Objekte verfällt, die den für ihre Taschen besorgten Herren nicht passen. Unter diesen Umständen war es von den Vertretern unserer Partei ein geschickter taktischer Schachzug, einen Erbschaftsteuerantrag einzubringen, der das Prinzip einer progressiven Steigerung des Steuerzuges nach dem Wert der Nachlassmasse aufstellt und z. B. von einer Erbschaftsmasse im Betrage von 100 000—200 000 M. eine Abgabe von 9 Proz., von einer Erbschaftsmasse im Werte von 1—5 Millionen Mark aber eine Abgabe von 14 Proz. fordert. Der Antrag bietet den Steuerfuchern der Kommission die günstigste Gelegenheit, ihrem Eifer Genüge zu leisten und durch die Tat zu bekunden, wie weit ihre vielgerühmte Opferwilligkeit für das teure Vaterland reicht. —

Eine rasche Antwort.

In dem Dorfe Limmer bei Hannover ist kürzlich ein Mitglied des Schulvorstandes gestorben; dem mit ihm gewählten Erbschaftmann hat jetzt die Regierung die Bestätigung versagt wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei. Da in Eissendorf bei Harburg eine gleiche Nichtbestätigung den Austritt von zirka 50 Arbeitern aus der Landesliste zur Folge gehabt, will die Limmer Arbeiterschaft — und das Dorf besteht zum größten Teil aus Arbeitern — die Verfügung der Regierung jetzt mit dem gleichen Vorgehen beantworten. —

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben!

Vor wenigen Tagen veröffentlichten wir einen geheimen Erlaß des Finanzministers an die Herren Provinzialsteuerdirektoren, den unser Kasselei-Parteiblatt aus Tageslicht gezogen hatte. Es wird in dem Erlaß ersucht, die Amtsstellen möchten gegenüber einer bestimmten französischen Broschüre aus der gewohnten Rolle als Vollzeitschlichter fallen und sich der Herbeiführung der gerichtlichen Verschlagnahme und eines sonstigen Einschreitens enthalten. Diese Hochherzigkeit wird empfohlen gegenüber einem Verbrecher, der andernfalls in Deutschland sich aufs schlimmste gefaßt machen dürfte, gegenüber einem — Majestätsbeleidiger, dem Verfasser eines Werkes, das alle Karikaturen der Welt auf den deutschen Kaiser gesammelt enthält! Auch die Justiz-Beörden sind angewiesen worden, den argen Sünder laufen zu lassen!

Man hätte annehmen können, daß unter solchen Umständen man auch über Majestätsbeleidigungsklagen gegen Reichsdeutsche weniger zu berichten haben würde, namentlich über solche mit den bekannten deprimierenden Begleiterscheinungen, mit Konfessionen, die dem Angeklagten die Strafe der Nichter, dem oder den Zeugen aber die Verdächtigung aller redlich Denkenden eintragen. — Das scheint nicht der Fall zu sein.

So schreibt man uns:

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am 15. d. M. der Müller Holzbach aus Oberhausen vor der Strafkammer des Landgerichts Duisburg zu verantworten. Holzbach hatte im April 1904 bei einem „Kollegen“ Kremer eine Familienfestschrift mitgemacht und bei dieser Gelegenheit auch über Organisationsangelegenheiten gesprochen. Insbesondere soll er, der bürgerlichen Verichterhaltung zufolge, versucht haben, seinen Freund und Kollegen zum Eintritt in die politische Organisation zu bewegen. Dieser jedoch habe als Antwort das: „Heil dir im Siegerkranz“ angestimmt. Aus dem freundschaftlichen Schmause ist dann eine kleine Fäulerei entstanden und bei dieser Gelegenheit soll Holzbach einige deplizierte Äußerungen getan haben, worauf er dann „freundschaftlich“ demunziert wurde! Er muß nun sein Verbrechen mit drei Monaten Gefängnis büßen. Das Vorkommnis zeigt wieder einmal, wie vorsichtig jedermann auch in sogenannten Freundeskreisen mit seinen Äußerungen sein muß.

Wer seiner Worte nicht ganz sicher ist, sollte sich über fälschliche Persönlichkeiten überhaupt nicht äußern, auch in Freundeskreisen

nicht. Der Majestätsbeleidigungsparagraf hat schon manchen Menschen zum Lumpen gemacht und wird es wohl noch weiter tun. Wir wissen nicht, wie der Verurteilte sich über den Kaiser geäußert hat. Aber wir wissen, daß auch nach Freigabe jener Karikaturensammlung, über jedem Kritiker des Kaisers das Schwert des Majestätsbeleidigungsparagrafen hängt.

Was die Disziplin!

Aus Lübeck wird gemeldet: Der Musikler Gien, der den Leutnant Heerle in auf dem Kaiserhofe mit dem Gewehrfolben niederschlug, wurde heute vom Kriegsgericht zu 7 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Warum der Mann seinen Offizier niederschlug, geht aus der Notiz leider nicht hervor. Eine Erörterung darüber wäre vielleicht auch ein interessanter Beitrag zur Frage der Disziplin. —

Gegen die Brauereier haben die vereinigten schlesischen Brauerei- und Gastwirtschaftsvereinigungen in einer in Breslau abgehaltenen, aus allen Gegenden Schlesiens besuchten Versammlung Protest erhoben. In der einstimmig angenommenen Resolution wird darauf hingewiesen, daß die Erhöhung auf die Konsumenten abgewälzt würde; hierdurch werde einerseits der Bierkonsum wesentlich beeinträchtigt werden, andererseits würde die Befragung im wesentlichen die wirtschaftlich schwache Bevölkerung treffen. —

Nicht aus der Welt zu schaffen!

In der Sitzung des Reichstages vom Mittwoch kennzeichnete Genosse Webel das Verhalten der Hamburger Bourgeoisie der Arbeiterkassette gegenüber mit folgenden Worten:

„Bei der Cholera war die sozialdemokratische Organisation der Bürgerschaft sehr angenehm. Die Bürgerschaft hatte die hygienischen Einrichtungen der Stadt in einer geradezu schandbaren Weise verwahrt, so daß diese Seuche in so gefährlicher Nähe um sich griff. Die reiche Bürgerschaft floh aus der Stadt hinaus. Als nun an die ärmere Bevölkerung 300 000 Flugblätter mit hygienischen Vorschriften verteilt werden sollten, war die Polizei hierzu nicht imstande, sondern nahm die Hilfe der sozialdemokratischen Organisation in Anspruch. Diese Tatsache hätte doch der Bürgerschaft die Scham ins Gesicht schreiben sollen, als sie vorhatte, der Arbeiterkassette das Wahlrecht zu verschlechtern. Das ist der Dank der Hamburger Bourgeoisie!“

Gegenüber diesen Ausführungen, welche für jeden im öffentlichen Leben Stehenden bekannte Tatsachen enthielten, magte Herr Senator Dr. Klügmann als Vertreter der so Apostrophierten auszusprechen:

„Der Herr Abgeordnete von Hamburg hat hiermit eine Keuherung getan, die er nicht verantworten kann.“

Diese Zurückweisung mußte bei der notorischen Austreibung der Pfefferjude durch ihre Freimütigkeit geradezu verblüffen. Jetzt stellt denn auch das „Hamburger Echo“ fest, daß nicht nur Webel's Behauptung richtig ist, sondern daß sich auch unter den Wahlrechtsräubern in der Bürgerschaft solche Ausreißer befinden. Die Hamburger Pfefferjude fürchten, wie alle guten Patrioten, die Cholera und die Sozialdemokratie. Das ist durch keine noch so bombastische Erklärung aus der Welt zu schaffen! —

Der Wahlrechtskampf in Sachsen-Weimar.

Wie wir gestern schon telegraphisch berichteten, fand am Freitag im weimarschen Landtag die zweite Lesung und Beschlußfassung über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Wahlgesezes für den Landtag, statt. — Ununterbrochen seit dem Jahre 1868, fast in jeder Landtagssession muß sich der „Getreue“ mit dem Wahlgesez befassen, da in Petitionen und Anträgen immer das Verlangen nach dem allgemeinen direkten Wahlsystem zum Ausdruck kam. — Diesmal handelte es sich um eine Regierungsvorlage, die aber nur (1) eine organisatorische Änderung vorschte. Es wird zunächst der größeren Bequemlichkeit der Höchstbesteuerten Rechnung getragen. Sie brauchen in jedem Verwaltungsbezirk zur Wahl nicht mehr an einem Orte zusammenzukommen, sondern sie sollen künftig innerhalb der einzelnen Amtsgerichtsbezirke zusammenkommen und da die Wahl ihrer fünf Abgeordneten vollziehen. Der andere Teil dieser organisatorischen Änderung besteht darin, daß für die sieben industriellen Kreise, die vorläufig in Betracht kommen, eine Abänderung der Wahlbezirke stattfindet. Bei einer früheren Gelegenheit hat man offen erklärt, daß es dadurch möglich sein werde, erfolgreicher die Sozialdemokratie zu bekämpfen. — So war es erklärlich, daß diesmal die ganze Wahlrechtsfrage so ausführlich aufgerollt wurde wie noch nie vordem. Genosse Waudert ging zunächst auf die Entwidlung des Wahlgesezes ein und wies nach, daß die oft gehörte Behauptung, daß die weimarsche Regierung einmal liberaler als wie der Landtag gewesen sei, den Tatsachen nicht entspreche. Die weimarsche Regierung sei immer reaktionär gewesen. Was ihr 1852, 1865, 1874 und 1876 vom Landtag nicht bewilligt wurde, das sei 1898 aus Furcht vor der Sozialdemokratie bewilligt worden, und jetzt sei es nicht das Prinzip der Gerechtigkeit, sondern das Prinzip der Macht, das auf eine weitere Verschlechterung des Wahlgesezes dränge. — Unser Genosse Waudert ging dann auf die im Neupfändter Kreise erfolgten Versammlungsverbote, die auf krankhafte Wahnvorstellungen des betreffenden Beamten schließen lassen, ein. Wenn die Herren auf der Rechten immer von der heyligen Tätigkeit der Sozialdemokratie sprechen, so verweise er auf die bodenlose Heerarbeit der Wähler, Arm in Arm mit den Antisemiten, im Eisenacher Wahlkreis gelegentlich der Reichstagsnachwahl. Jetzt wären die Wähler nun sogar so unnobel, daß sie Schon mit seinen Wahlschulden sitzen ließen, so daß er die Handelsangelegenheiten anschnorren müsse. Genosse Hauwede ging auf den Eisenacher Wahlkreis näher ein und wies die Darstellungen des dortigen Bezirksdirektors als der Wahrheit nicht entsprechend zurück. — Unter lautem Murren betonte der nationalliberale Abgeordnete Appellus, daß er es für einen Fehler halte, wenn die Sozialdemokratie aus den Parlamenten verschwinde, denn sie habe das Vertrauen der Arbeiter und es sei notwendig, daß man auch in den Parlamenten die Stimme des Volkes höre. Er sei für das direkte, aber nicht für das allgemeine Wahlrecht. Der freisinnige Abgeordnete Meyer erklärte, daß er ja auch für das direkte Wahlrecht sei, aber so weit wie die Sozialdemokraten gehe er nicht.

Der Staatsminister Rothe äußerte sich dahin, daß er schon 1898 kein Freund dieses Gesezes gewesen sei. Aber jetzt sei nicht die Zeit, zweifelhafte Experimente zu machen. Die Sozialdemokratie habe die ganze Bewegung nur aus agitatorischen Gründen entfacht. Nun wundert er sich, daß sogar bürgerliche Parteien in unserem Lande ebenfalls Protestversammlungen gegen das Wahlgesez veranstalteten. Die hätten doch gar keine Betanlassung dazu. Sie besorgten damit nur die Geschäfte der Sozialdemokratie. Die bürgerlichen Parteien sollten sich vielmehr gegen die Sozialdemokratie zusammenschließen, das halte er als das beste Mittel zu deren Bekämpfung, während er die Versammlungsverbote als ein recht ungeeignetes Kampfmittel halte.

Nach vierundneunzigstündiger Verhandlung, von der unsere Genossen den größten Teil ausfüllten, obwohl nach der Geschäftsordnung der Abgeordnete zu einem Punkt der Tagesordnung nur zweimal sprechen darf, während sich der größte Teil der Abgeordneten in Schwereigen Hülle und die übrigen nur kurze Erklärungen abgaben, erfolgte die Abstimmung. Für den sozialdemokratischen Antrag, das gleiche, geheime und direkte Wahlverfahren für jeden 20 Jahre alten Staatsbürger unter Berücksichtigung der Verhältnissewahl einzuführen und, daß auf je 10 000 Einwohner des Landes ein Abgeordneter gewählt wird, stimmten nur die zwei Sozialdemokraten. Für Weibel's

tung der Massenwahl und für Einführung der direkten Wahl für 23 Abgeordnete stimmten Freisinn, Nationalliberale und Zentrum, zusammen 14 Abgeordnete. Die Regierungsvorlage wurde mit 19 Stimmen angenommen. —

Die Wahl in Chemnitz.
(Amtliches Resultat.)

Bei der Erziehung am 16. sächsischen Reichstagswahlkreise am 18. Februar wurden 51 063 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen 31 629 auf Redakteur Kossel-Chemnitz (Soz.), 10 297 auf Kommerzienrat Hermsdorf-Chemnitz (L.), 9 056 auf Landtagsabgeordneten Günther-Planen (fr.). Kossel ist somit gewählt. —

Die Jämmerlichkeit des sächsischen Parlamentarismus.

trat in der Freitagssitzung der zweiten sächsischen Kammer auf recht drastische Art zutage. Das Präsidium wollte den ganzen Kulturbetrag (Kirchen, Hochschulen, Gymnasien und Volksschulen) für Montag auf die Tagesordnung setzen, obwohl der umfangreiche Bericht der Finanzdeputation eben erst in die Hände der Abgeordneten gelangt war, so daß ein eingehendes Studium der schwierigen und komplizierten Materie gar nicht möglich war. Der freisinnige Günther und Genosse Goldstein erhoben dagegen Einspruch, indem sie betonten, das Land habe ein Interesse daran, daß eine gründliche Beratung des Kulturbetrages stattfinde. Der nationalliberale Vizepräsident Dr. Schill, der in Abwesenheit Wehnerts den Vorsitz führte, erklärte darauf, die frühe Ansetzung des Kulturbetrages zur Plenarberatung habe sich nötig gemacht, weil die Regierung dessen Erledigung vor Eintritt des neuen Kultusministers wünsche und der Geheimrat Wüning Mittwoch mit dem König nach Leipzig reise. Der reaktionärste Flügel der Konserverativen wollte indes, wie aus den Ausführungen des Agitatoren Hänel hervorgeht, von einer Verschiebung des Tagesordnung nichts wissen, dagegen trat der linksliberale Langhammer sehr energisch gegen die übereilte Beratung des Kulturbetrages auf und die nationalliberalen Parteifreunde des Vizepräsidenten Schill stimmten Langhammer zu. Jetzt kamen dem nationalliberalen Vizepräsidenten doch Bedenken. Was er aber unternahm, um den Forderungen der Linken entgegen zu kommen, war geradezu jämmerlich, aber echt nationalliberal. Er erbat sich die Erlaubnis, die Sitzung unterbrechen zu dürfen, um mit dem Geheimrat Wüning, der jetzt den erkrankten Kultusminister Schemmich vertritt, wegen Verschiebung der Tagesordnung Rücksprache zu nehmen. Und so geschah es. Der liberale Präsident machte sich auf die Strümpfe zu einem Bittgang zu dem Geheimrat, um ihn um die Zustimmung zur Abänderung der Tagesordnung zu ersuchen. Und der Landtag, der auch die Konstitution wahren soll und der das Recht hat, seine Beratungsgegenstände in beliebiger Reihenfolge zu erledigen, brach ob dieses Kanossaganges in kein Hohngelächter aus! Er wartete vielmehr geduldig, bis der Vizepräsident wiederkam und verkündete, er habe jetzt die Möglichkeit, — er hätte wohl am liebsten gesagt, die Erlaubnis — den Kultusbetrag später beraten zu lassen. Und die Kammer brach noch immer in kein Hohngelächter aus! Die Liberalen trieben sogar die Selbstentmannung so weit, daß sie „Bravo!“ riefen ob der Gnade des Geheimrats. Die angelegte Tagesordnung wurde dann verschoben. Genosse Goldstein erhielt schließlich noch mit Würde und Mut das Wort zur Geschäftsordnung, um das Verschaffen geistlich zu können. Er kennzeichnete den konstitutionellen Landtag, der erst einen Geheimrat bittet, eine Reise aufzuschieben, ehe er es wagt, von seinem Rechte Gebrauch zu machen, die Tagesordnung so festzusetzen, daß eine gründliche Beratung möglich ist. Der liberale Vizepräsident sammelte etwas vom Geschäftsverfahren, das mit Konstitutionalismus nichts zu tun habe und schloß überleitend die Sitzung, dem Genossen Goldstein das Wort abschneidend. Er entging nur so einer neuen moralischen Pflüchtigung durch unseren Genossen. Die Jämmerlichkeit des Zwischenfalls tritt aber auch ohne eine nochmalige Festnagelung offen genug zutage. —

Ausland.

Hungari.

Die Flucht aus dem Lande.

Im vergangenen Jahre sind insgesamt nicht weniger als 118 031 Personen aus Ungarn nach Amerika ausgewandert. Der Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle betrug im gleichen Jahre 150 870; es verbleibt also im Lande ein Bevölkerungszuwachs von nicht ganz dreihalbtausend Seelen auf fast 20 Millionen Einwohner. — Nichts kennzeichnet die elende wirtschaftliche Lage des Landes deutlicher, als diese Zahlen. Zum Teil sehen wir hier die Folgen der unheilvollen politischen Situation, der Verwirrung, die das Treiben der Koalitionsparteien über das Land gebracht hat. Eine kleine, aber einflußreiche Sippe regiert und herrscht durch ihre Stuhlrichter und das übrige Beamtentum die Bevölkerung und treibt diese aus dem Lande. Wer die Mittel zur Ueberfahrt aufbringen kann, wandert aus, um in der Ferne ein neues, besseres Vaterland zu suchen. —

Frankreich.

Nach deutschem Muster.

Paris, 17. Februar. (W. L. V.) Der Justizminister teilte dem nationalisierenden Deputierten Berg mit, daß er seine Interpellation über die letzten antimilitaristischen Anschlagzettel nicht annehmen könne, da die gerichtliche Untersuchung bereits eingeleitet sei. —

Dänemark.

Ungleiches Wahlrecht in Kopenhagen.

Im Jahre 1900 wurden die drei Vororte Valby, Brønhoj und Sundby der Gemeinde Kopenhagen einverleibt, aber das Zweiklassenwahlrecht, das für alle dänischen Kommunen außerhalb der Hauptstadt besteht, wurde aufrechterhalten, sodaß noch jetzt diese drei Stadtbezirke ihre Vertreter zum Gemeinderat Kopenhagens nach dem Zweiklassenwahlrecht wählen, während alle übrigen Gemeindevorte nach dem gleichen, allerdings an einen Zensus von 1000 Kronen gebundenen Wahlrecht gewählt werden. Das Eingemeindungsgesetz von 1900 bestimmt, daß innerhalb von sechs Jahren eine Revision des Wahlrechts der drei Bezirke stattfinden soll. Da diese Frist nun bald abgelaufen ist, macht sich in den Bezirken eine immer härtere Agitation für das kopenhagener Wahlrecht geltend, und selbst der Magistrat und die Gemeindevertretung Kopenhagens haben sich an die Regierung mit dem Ersuchen gewandt, dem unhaltbaren Zustande schlußendlich ein Ende zu machen, damit die drei Bezirke schon an den Kommunalwahlen im März mit dem gleichen Wahlrecht teilzunehmen können. Aber der „liberale“ Minister des Innern, Berg, zeigt sich — wie die ganze Regierung bei allen demokratischen Reformen — auch hier höchst faumfelig. Am Donnerstag wurde eine Deputation aus den eingemeindeten Bezirken samt den Kollisionsabgeordneten der drei Bezirke, den Genossen Philer, Klausen und Hördum, bei Berg vorstellig. Der Minister aber erklärte, daß er dem Wunsch, die Wahlrechtsrevision schon in diesem Jahre durchzuführen, nicht nachkommen könne, weil dadurch der großen kommunalen Wahlrechtsreform Hindernisse in den Weg gelegt werden würden. Er habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß diese Reform nach in diesem Jahre durchgeführt werde. Außen dem hätten ihn neun Deputationen, darunter eine von Kopenhagens „Linkenverein“ (den Antisozialisten) ersucht, mit der Revision noch zu warten! — Rehmlich hat sich Berg kürzlich im Parlament geäußert. Er beharrte auch jetzt bei dieser Ablehnung, nachdem Klausen ihn auf die Nichtigkeit seiner Einwendungen aufmerksam gemacht hatte.

„Sozial-Demokraten“ bemerkt, daß — wenn man in Dänemark ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz und ein ordentliches Strafgericht hätte — Berg dieser seiner Haltung wegen angeklagt werden dürfte. —

America.

Porto Rico verlangt eine Reorganisation der Inselverwaltung. Der Bürgermeister Todd von San Juan war kürzlich in Washington und erklärte einigen Kongressmitgliedern, daß eine bedauerliche Rechtsverwirrung unter der Bevölkerung entstanden sei. Innerhalb der letzten sechs Jahre habe die Insel drei Gouverneure und fünf Generalanwaltschaften gehabt, und ein jeder habe die Gesetze von Porto Rico anders ausgelegt. Das Beamtenpersonal sei viel zu groß und sollte verringert werden. — Die Chefs der verschiedenen Departements der Verwaltung sind Amerikaner; sie richten alles amerikanisch ein, stoßen aber bei ihren Untergebenen oft auf große Verständnislosigkeit. Die Sprache bietet auch viele Hindernisse. Die Amerikaner sprechen nicht spanisch, und die Eingeborenen, eine Art zwischen Spaniern und Negern, kein Englisch! Die Polizei besteht, soweit die niederen Beamten in Betracht kommen, nur aus Eingeborenen. — Die Insel ist reich, und ihr Reichthum zieht immer mehr Amerikaner an. In amerikanischen Zeitungen liest man von den Schätzen und von der Schönheit der Insel Schilderungen, die sehr verlockend gehalten sind. Die Amerikaner haben seit der Vertreibung der Spanier große Umwandlungen geschaffen. Große, moderne Städte sind entstanden, für Schulen und andere Bildungsinstitute ist gesorgt worden; man hat viele sanitäre Verbesserungen eingerichtet. Die bedeutendsten Städte sind San Juan und Ponce, erstere mit 40 000, letztere mit 30 000 Einwohnern. Es gibt schon große Hotels, moderne Kanalisation, Elektrizitätswerke, Geschäftshäuser amerikanischer Art.

Auch die Arbeiterbewegung macht von sich reden. Die American Federation of Labour hat Gewerkschaften gegründet, die gut gedeihen und schon manchen Kampf mit den kapitalistischen Ausbeutern geführt haben. Besonders schlecht gestellt sind die Plantagenarbeiter. Kaffee, Zucker, Tabak wird in großen Mengen produziert. Sehr ungern sehen die Kapitalisten die Organisation unter den Arbeitern, aber sie können es nicht verhindern, daß amerikanische Gewerkschaften Agitatoren nach Porto Rico senden, um die eingeborenen Arbeiter aufzuklären. Diese Agitatoren haben natürlich auch den Widerstand der amerikanischen Behörden zu bekämpfen, die den Kapitalisten Polizei und Kruppen gegen die Arbeiter zur Verfügung stellen. Wie die Polizisten, so sind auch die Soldaten Eingeborene, von amerikanischen Offizieren geführt. Die Regierung liegt in den Händen des Gouverneurs, der ebenso wie das Ministerkabinet vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannt wird. Daneben besteht eine Legislatur, über deren Beschlüsse der Kongress in Washington das Vetorecht besitzt. —

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Neue Wahrgelungen bei der „Großen Berliner“.

Erst kürzlich mühten wir berichten, daß in den Hauptwerkstätten der Großen Berliner Straßenbahn eine Anzahl der neugewählten Krankenfassendelegierten wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation gemahregelt worden waren. Jetzt geht die Diktation mit neuen Wahrgelungen gegen das Fahrpersonal vor. Rät Angestellte erhielten dieser Tage folgendes Schreiben vom Hauptbureau der „Großen“:

„Wir sehen uns veranlaßt, Ihnen unter sofortiger Enthebung von den Dienstgeschäften Ihre Stellung zum 1. März d. J. zu kündigen.“

Nicht Ihre uns bekannte Zugehörigkeit zum Verbande der Handels- und Transportarbeiter ist Grund zu Ihrer Entlassung, sondern Ihre sorgfältige Zuweilnahme gegen unser Verbot, durch Agitation oder Vererbung Anzuzurechnen und Mißstimmung unter unseren Bediensteten hervorzurufen. Infolge Ihres agitatorischen Auftretens sieht sich ein Teil unserer Angestellten belästigt und ist dagegen vorstellig geworden.

Gleichzeitig ziehen wir die Ihnen erteilte Genehmigung, die Betriebsmittel der Großen Berliner Straßenbahn zu Dienstzwecken in Dienstkleidung unentgeltlich zu benutzen, zurück.

Die Diktation.

Wer soll denn daran glauben, daß die Zugehörigkeit zum Verbande nicht die wahre Ursache der Entlassung ist. Für die Öffentlichkeit sieht es natürlich recht schön aus, wenn andere „Gründe“ vorgepiegelt werden können. Die Tatsachen sprechen jedoch dafür, daß es sich hier um nichts anderes als um eine Wahrgelung gemerkchaftlich organisierter Arbeiter handelt. Die Diktation der Großen Berliner muß wissen, daß der weitens größte Teil des Fahrpersonals mit dem Transportarbeiterverbande sympathisiert, wenn auch die Fahrer und Schaffner nur in einer Minderheit dieser Organisation angehören. Die Mehrheit der Angestellten gehört zwar, dem Zwange der Verhältnisse folgend, dem berückichtigten Direktionsverein an. Wie sie über denselben denken, das zeigte sich bei den letzten Wahlen der Vertrauensmänner und Krankenfassendelegierten. Bei beiden Wahlen vereinigten die Liste des Transportarbeiterverbandes große Majoritäten auf sich, sowohl an Stimmen als auch an Gewählten. Jetzt war die Diktation natürlich „hoff“, als sie sehen mußte, wie die große Mehrheit „ihre“ Vereinsmitglieder für die Verbandsliste gestimmt hatte. Da mußte ein Exempel statuieren werden. Aber wie? Alle Verbandsangehörigen konnte man doch unmöglich auf die Straße werfen. Zudem hatte auch noch Direktor Rieke in der letzten Vertrauensmännerversammlung ausdrücklich erklärt, daß die Diktation seinem Mitgliede des Transportarbeiterverbandes wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation etwas in den Weg legen würde. Was nun Herr Rieke nicht machte und auf Grund seiner gegebenen Zusage auch nicht machen konnte, das machten dann die Direktoren Kühnwein und Meyer. Sie suchten sich auf den einzelnen Bahnhöfen verschiedene Verbandsangehörige heraus, die entlassen wurden. Und das soll keine Wahrgelung sein?

Damit hierbei auch eine gewisse Form beobachtet wurde und nach außen hin wenigstens ein bloßer Schein von Berechtigung bei der rigorosen Entlassungsmahregel gewahrt werden sollte, mußten sich dann die nötigen „Vereins“mitglieder finden, die sich durch die Agitation der Verbänder „belästigt“ fühlten. Am Leipziger Platz ist ein regelrechtes Denunziationsbureau eingerichtet worden, und hier machen die bravsten der „braven“ Vereiner pflichtschuldigst Meldung, wenn sie von einem Verbandsangehörigen agitatorisch „belästigt“ worden sind. Wie es mit diesen Belästigungen aussieht, geht zur Genüge aus folgendem Vorfall hervor:

Einer der Entlassenen stellt eines Morgens im Dienstraum des Bahnhofes und schreibt sich den Tagesdienst vom Brett ab. Da kommt ein Vereinsmitglied hinzu und schimpft wegen Dienstüberlastung auf die Gesellschaft. Ruhig dreht sich der andere um und sagt zu dem schimpfenden Vereiner: „Weßhalb sagst Du mir das alles, Du willst es doch nicht besser haben. Organisiere Dich, dann wird's auch besser werden.“ — Flugs dreht sich darauf der so Angeredete um, geht hin und denunziert das Verbandsmitglied wegen „Verhöhnung“. Die Folge war die sofortige Entlassung des Verbandsmitgliedes.

Ein anderer wurde entlassen, weil ihn ein Vereiner persönlich nicht leiden mochte. Die bloße Denunziation genügte aber zu seiner Entlassung. — So sehen die „Belästigungen“ aus.

Einer derjenigen, der jetzt wegen „Verhöhnung“ kurzgeschand entlassen worden ist, hat erst im Juli v. J. ein Anerkennungs schreiben nicht silberner Tafeluhre von der Diktation bekommen.

Der Mann hat sich seit jener Zeit genau so tadellos verhalten wie vordem. Jetzt aber gehört er mit zu den Gemahregelten. Es ist bezeichnend, daß den Entlassenen nicht einmal Gelegenheit zu einer Gegenäußerung gegeben wurde. Nur die Denunzianten wurden vernommen, nicht aber die Denunzierten.

Zum Streit der Fader und Lagerarbeiter der Kanolinsfabrik (Vereinigte chemische Werke) wird uns mitgeteilt, daß am Mittwoch auch der Raschwerk die Arbeit niedergelegt hat, so daß der Maschinenbetrieb insoweit still steht. Die vorhandenen Arbeitswilligen reichen bei weitem nicht aus, um den Betrieb völlig aufrechtzuerhalten. Die Streikenden haben Aussicht, in einem neuen Betriebe, der als Konkurrenzunternehmen in den nächsten Tagen eröffnet wird, eingestellt zu werden.

Der Abbruch des Hiesigenlerkreises. Die Hiesigenler und Hiesigenler-Hilfsarbeiter vom Raurer- und vom Bauarbeiterverband hielten am Freitag im Gewerkschaftshause eine gemeinsame Versammlung, um die Angelegenheiten der beiden Sektionen, über den Stand der Bewegung zu berichten. Die Besitze teilte, arbeiten 75 Hiesigenler zu den neuen Bedingungen; freitende Hiesigenler meldden sich noch 35 zur Kontrolle, die übrigen sind größtenteils wieder manern gegangen. Mit Rücksicht darauf, daß unter den gegenwärtigen Umständen und bei dem Verhalten der Vereinigung der Hiesigenler weitere Erfolge kaum zu erzielen sind, beschloß die Versammlung einstimmig, den Kampf abzubrechen.

Die Tarifbewegung der Potsdamer Schneider ist — wie man uns schreibt — in ein ernstes Stadium getreten. Die Unternehmer haben keine weitere Verhandlung mit der Lohnkommission abgelehnt. Die Innungsmeister wollen eben „Gerren im Hause“ bleiben. Der Anschluß der hiesigen Innung an den Berliner Arbeitgeberverband beweist ja mehr als alles andere die scharfmacherischen Tendenzen, die in den Kreisen der Potsdamer Schneidermeister Platz gegriffen haben.

Einen schändlichen Vertrauensbruch hat ein Bezirkskassierer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der Rohrlieger Alfred Klant, Steinmetzstraße 97 in Rigdorf, begangen. Er hat sich mit dem einflussreichen Geldern im Betrage von 3000 bis 4000 Mark davon gemacht. Seit dem 13. d. M. ist der Klende, wie erst jetzt bekannt wird, verschwunden.

Deutsches Reich.

Streit beim „Sulkan“. Sämtliche Verhemmer beim „Sulkan“ (Stettin) haben bis auf vier die Arbeit niedergelegt. Die Ursache des Streiks ist die Begünstigung einzelner Arbeiter hinsichtlich der Bezahlung. Ueber die auch in anderen Abteilungen des „Sulkan“ herrschende Günstlingswirtschaft ist schon oft geklagt worden, ohne daß Abhilfe erfolgte.

Die Breslauer Maßschneider stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern die Anerkennung des eingereichten Tarifes als Minimaltarif, Zuschläge für Ueberzeit- und Nacharbeit. Zur Ueberwachung der Durchführung des Tarifes soll eine paritätische Kommission eingesetzt werden. Antwort von den Arbeitgebern wird bis zum 20. Februar erwartet.

Die Trauerarbeiter in Heilingsfeld-Würzburg sind fast vollständig organisiert, welchem Umstande es auch zuzuschreiben ist, daß es ihnen gelang, die Unternehmer zur Anerkennung eines Tarifvertrages zu veranlassen, der folgendes enthält: Wesentliche Steigerung der Lohnsätze, Abschaffung des Kostwessens, Verkürzung der Arbeitszeit um täglich 1½ Stunden, Einhaltung der Sonntagsruhe, Gewährung eines Wohnungszuschusses für Verheiratete, Freigabe des 1. Mai, besondere Bezahlung der Ueberstunden und der Spinnstour, Anerkennung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, Gewährung eines zwei- bis fünfjährigen Urlaubs, Bevorzugung der organisierten Arbeiter bei Bedarf an Arbeitskräften. Die Monatslöhne der Bierfahrer, die bisher 60 bis 65 Mark betragen, werden in Wochenlöhne von 17 bis 20 Mark umgewandelt, für Landtourer werden 50 Pf. bis 1 Mark extra bezahlt.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Ausland.

Der Streik in Hime beendet. Da die Schifffahrtsgesellschaften und die Diktation der Torpedosabrik sämtliche Forderungen der Streikenden angenommen haben, ist der Ausstand beendet und werden noch im Laufe des heutigen Tages (17. d. M.) die Schiffe nach Dalmatien wieder auslaufen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das rote Gold.

Gelsenkirchen, 17. Februar. (W. L. V.) Der Aufsichtsrat der Bergwerkaktiengesellschaft Consolidation beschloß, der auf den 24. März einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 23 Proz. für das Geschäftsjahr 1905 vorzuschlagen.

Das rote Blut.

Essen a. d. R., 17. Februar. (W. L. V.) Auf dem Schacht „Catharina“ der Zeche „Herules“ stürzten heute früh vier Bergleute in einen Bremschacht. Zwei von ihnen sind tot, die beiden anderen schwer verletzt.

Die bevorstehende Auflösung des ungarischen Reichstages.

Budapest, 17. Februar. (W. L. V.) Der ehemalige Condemnationsminister Niri ist heute vormittag von Stuhlweihenburg, wo er in Garnison ist, hier eingetroffen und hat in der königlichen Burg Wohnung bezogen. Niri ist als königlicher Kommissar designiert, um in Vertretung des Königs die Schließung des Reichstages vorzunehmen. Wie verlautet, soll die Auflösung des Reichstages am Montag durch den königlichen Kommissar in der königlichen Burg kundgemacht werden. Zu diesem Akte würden die Mitglieder des Reichstages in die Ofener Burg einderufen werden.

Die „freie“ Schweiz.

Genf, 17. Februar. (W. L. V.) Der Vizepräsident der Gewerkschaft der Schreiner, die gegenwärtig in Lausanne streiken, der Italiener Bini, wurde verhaftet und an die Grenze abgeführt. Er beschwerte sich bei der Berner italienischen Gesandtschaft.

Russische Regierungstelegramme.

Petersburg, 17. Februar. Die „Petersburger Telegraphenagentur“ verbreitet folgende Meldungen:

Ussman (Gouv. Tambow), 17. Februar. Gestern abend verschafften sich Räuber unter dem Vorgeben, Revisionsbeamte zu sein, Eingang in das Staatskassengebäude, töteten drei Beamte und raubten 220 000 Rubel. Hierauf suchten sie das Weite.

Riga, 17. Februar. Am heften Tage wurde gestern in der Alexanderstraße der Kupferische einer hiesigen Fabrik von sieben bewaffneten Räubern angegriffen und einer Summe von 11 000 Rubel beraubt, die der Fabrik gehörten.

Kiew, 17. Februar. Gestern abend drangen im Zentrum der Stadt acht bewaffnete Männer in die Wohnung einer Rentnerin ein, ertrugen ihren Geldschrank und raubten 800 Rubel und Schmuckfachen. Es gelang ihnen, sich und ihren Raub in Sicherheit zu bringen.

Sieleskof, 17. Februar. In dem Laden eines Barbiers in der Lipobajastraße platze heute eine Bombe, ohne jemanden zu verletzen. Der Barbier wurde verhaftet.

Reichstag.

46. Sitzung vom Sonnabend, den 17. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Bosadowsky.

Das Gesetz betr. die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 50 M. und 20 M. wird in dritter Lesung debattelos endgültig angenommen.

Hierauf wird die Spezialberatung des Stats für das Reichsamt des Innern fortgesetzt.

Zum Kapitel Reichsgesundheitsamt nimmt das Wort

Abg. Hue (Soz.):

Ich möchte zunächst an die Herren vom Reichsgesundheitsamt einige Fragen richten: Ist Ihnen bekannt, daß im Ruhrgebiet in den letzten Wochen die Genickstarre in vermehrtem Maße aufgetreten ist, und welche Maßnahmen sind getroffen worden, um einer weiteren Verbreitung der Seuche vorzubeugen? ...

Ich möchte ferner eine Auskunft darüber, ob es nicht möglich ist, das Bakteriologische Institut in Gelsenkirchen auf den Reichetat zu übernehmen und dadurch auf eine breitere Grundlage zu stellen. ...

Weiß das Reichsgesundheitsamt, daß die Säugvorrichtungen für Thomas-Schlammröhren nicht so besetzt werden, wie es für die Arbeiter bei dieser außerordentlich gefährlichen Arbeit wünschenswert wäre? ...

Wie steht es mit der Erforschung der Wurmkrankheit? Obwohl man neuer ein wirksames Heilmittel gefunden hat, ...

Auf die Entgegnungen auf meine Rede aus der vorigen Woche über die Zustände in den Hütten- und Walzwerken ...

24. bis 36-stündige Schichten ohne Pause

Vorkommen. Pansen von 2-4 Stunden erklären sich entweder durch Betriebsstörungen oder durch die besondere Unfähigkeit eines Jungmanns. ...

ein Schwindstichkranken

genannt. In technischer Hinsicht, vom Standpunkte des Fabrikanten aus, ist der Preßbau allerdings ideal. ...

Herr Weumer hat dann bestritten, daß die Desbassins einen derartigen Gehalt verbreiten, daß Seuten dabei über wurde. ...

bis 36 Stunden hintereinander beschäftigt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

auf 100 Arbeiter 70 Kranke

Kommen, hat aber behauptet, daß infolge des Vorhandenseins einer Pensionklasse, die Krankenkasse sehr viele im hohen Alter stehende Mitglieder zähle und daß durch die hohen Leistungen der Klasse die Leistung, bei kleinen Unfähigkeitkeiten, die anderswo im Kampf und Dasein extragen würden, so seien in nicht unbedeutlichem Maße verflärkt werde. ...

Nun noch zu Herrn Stöder. Dieser hat gesagt: „Das Schauerbild, das Herr Hue entworfen, aber Herr Dr. Weumer widerlegt hat, trifft nicht zu. Die Arbeiter im Siegerland würden mich davon in Kenntnis setzen, wenn solche Schauerbilder irgendwie wahr wären.“ ...

noch viel schlimmer als im Ruhrgebiet.

Das ist auch ganz erklärlich, weil dort die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung noch viel weiter zurück ist und ferner weil dort die modernen Einrichtungen in den Walzwerken noch lange nicht so vorhanden sind wie am Niederrhein. ...

der sozialpolitische Dilettant

ist. Ich bringe diese Dinge vor, um das Reichsgesundheitsamt zu veranlassen, sich kassentunig mit den sanitären Zuständen in diesen Betrieben zu befassen. ...

Abg. Schmidt-Jimmenstadt (Z.) (auf der Tribüne fast unverständlich) spricht von den Ädern, die hoch über den Bergen Ober-Schwabens ihre majestätischen Kreise ziehen und wendet sich dann dem Abgauer Käse zu, den er der Reichsmaschinenverwaltung warm aus Herz legt. ...

Abg. Dr. Paasche (natl.) protestiert gegen die Angriffe des Abg. Hue auf den Abg. Dr. Weumer. Wir sind mindestens

ebenso arbeiterfreundlich wie Sie (zu den Sozialdemokraten). (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Burchardt (Wirtsch. Vg.) beklagt, daß durch das Verbot der Verwendung von Weisforben zu Spielzeugen und Kochapparaten in Deutschland und durch ihre Zulassung im Auslande die deutsche Industrie in ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt schwer geschädigt werde, und fordert Einschränkung der Weisforbenerzeugung für Waren, die nachweislich für das Ausland bestimmt sind. ...

Abg. Dahlen (Z.) beklagt sich gleich dem Vorredner über die formalistische Auslegung des Weisforbengesetzes.

Abg. Dr. Wess (Wirtsch. Vg.) fragt an, ob im Bundesrat die wünschenswerte Verordnung über den Kleinverkauf von Essigsäure vorbereitet werde.

Abg. Frölich (Ant.) protestiert gegen den „Gewissenszwang des Impfsens.“

Vizepräsident Graf Stolberg teilt mit, daß folgender Antrag der Abgg. Burchardt (Wirtsch. Vg.) und Dr. Dahlen (Z.) eingebracht ist: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, schleunigst anzuordnen, daß die Herstellung und der Vertrieb von Biertruggedeln aus einer Legierung von Zinn mit mehr als 10 Proz. Weisgehalt nicht als unter das Gesetz vom 25. Juni 1887 fallend betrachtet werde, sofern diese Gedeltstränge nachweislich zur Ausführung in außerdeutsche Länder bestimmt sind. ...

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) spricht sich im Gegensatz zum Vorredner für den Impfschwang aus.

Staatssekretär Graf Bosadowsky:

Das Reichsgesundheitsamt und das Reichsamt des Innern hat die Maßnahmen zur Bekämpfung der Genickstarre mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. Die Bekämpfung selbst ist Sache der Einzelstaaten. Ueber die Wurmkrankheit wird dem Reichstages übermorgen eine umfassende Denkschrift zugehen. ...

Ich würde deshalb empfehlen, dieses Gesetz erst in der nächsten Session zu beraten. Die Festlegung des Weisgehaltes der Biertruggedel beruht auf einem eingehenden Gutachten des Reichsgesundheitsamtes. ...

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Ich bin überzeugt, daß die Wissenschaft dazu führen wird, daß auch unsere Regierung einmal einen höheren Standpunkt einnimmt und den Impfschwang beseitigt.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Geheimrat Summ macht nähere Mitteilungen über die Wurmkrankheit: Früher nahm man an, daß die Larve des Ankylostoma nur durch den Mund in den Körper gelange; es ist aber jetzt festgestellt, daß sie auch durch die Haut eindringt. ...

Die Ergebnisse der sehr eingehenden Untersuchungen über die Gesundheitschädlichkeit der Reallegierungen mit mehr als 10 Proz. Weis sind abgedruckt im 20. 22. Bande der Arbeiten aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamt. ...

Abg. Frölich (Antif.): Gewissenhafte Ärzte werden den Gewissenszwang der Impfung verwerfen.

Abg. Paasche (natl.): Man beseitige doch endlich die unsinnige Geheimmittelliste, bestrafe alle Anpreisung schädlicher und betrügerischer Heilmittel und gebe die harmlosen frei. ...

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.): Das preussische Handelsministerium hat es abgelehnt, zur Bekämpfung der Wurmkrankheit Versuche mit Schachtelweizen zu machen, bei denen die Arbeiter nicht mit den Händen an die Sprossen zu greifen brauchen, sondern an besondere Griffe. ...

Präsident Summ: Wenn diese Versuche noch nicht angestellt sind — worüber ich nicht unterrichtet bin —, so werden sie zweifellos noch nachträglich angestellt werden.

Abg. Dr. Semler (natl.) verlangt den Deklarationszwang für Honig.

Abg. Singer (Soz.):

Es wäre sehr bedauerlich, wenn der deutsche Reichstag, der hier in der zweiten Lesung plötzlich mit der Resolution Burchardt übertrumpft worden ist, einen Beschluß fähe, der darauf hinausgeht: was in Deutschland als gesundheitschädlich verboten ist, nach dem Auslande auszuführen. ...

Präsident Graf Bosadowsky: Nach einem Beschluß des Reichstages vom 12. Dezember 1893 bedürfte die zur zweiten Lesung des Stats gestellten Resolutionen der Unterstützung von 15 Mitgliedern. ...

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antif.): Das Auslande ist und gegenüber auch nicht so zartfühlend. Ich erinnere nur an den Chicagoer Schlachthof und das amerikanische Schwinemerkmal.

Abg. Burchardt (Wirtsch. Vg.): Der Abgeordnete Singer war bei der Begründung meines Antrages gar nicht anwesend und ist über die Sache gar nicht informiert. Die fraglichen Gegenstände sind überhaupt nicht gesundheitschädlich.

Abg. Singer (Soz.): Ich glaube nicht, daß die Ausführungen der beiden Vorredner die Position der Antragsteller verbessert haben. Wenn der Abg. Liebermann sich darauf berief, daß auch das Auslande ein gesundheitschädliches Sachen herbeizuführen — von denen es wahrscheinlich glaubt, daß sie nicht gesundheitschädlich sind — so ist das noch kein genügender Grund für uns, Dinge hinzuzufügen, die hier mit Rücksicht auf die Gesundheit verboten sind. ...

Ihre Einflüsse verbieten. Dann fügen die Fabrikanten mit den Dedeln, die sie auf die Ausführungen des Abg. Burdhardt hin gemacht haben, feil. Vielleicht laßt sie ihnen dann der Abg. Burdhardt ab. (Heiterkeit.) Der Abg. Burdhardt meinte ferner, es zeige wieder einmal recht die Arbeiterfreundlichkeit der Sozialdemokratie, daß sie die Arbeiter auf dem Westwall hirtlos machen wollte. Meine Parteigenossen sind viel zu human, als daß sie die Herstellung eines Produkts zulassen sollten, daß auf den Gebrauch schädlich wirkt. Das wäre eine schlechte Arbeiterklasse, die Gegenstände herstellte, die die Gesundheit des Verzehrschädlichen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Burdhardt wird sich über die ablehnende Haltung der Nationalliberalen zu seiner Resolution ja mit diesen auseinandersetzen können. Aber vielleicht schügen diesmal auch die Nationalliberalen den Unternahmergewinn, der den Fabrikanten entgeht, nicht so hoch ein wie den Schaden, der in der Aufertigung gesundheitschädlicher Dinge liegt. Sollen doch die bleiblichen Schornsteine und Schrauben an Vierkrühen befestigt werden, so daß sie das Bier in gesundheitschädlicher Weise beeinflussen. Sind aber alle diese Gegenstände wirklich unschädlich, so liegt gar kein Grund vor, das Verbot nicht auch für Deutschland aufzuheben. Nur können wir nicht dafür stimmen, Inland und Ausland mit zweierlei Maß zu messen, wenn es sich um die Gesundheit, um Leib und Leben handelt. Eine solche Politik ist vertwerflich, und wir können ihr auch nicht einstimmig zustimmen, weil nur das Ausland dadurch betroffen wird. Hier gilt für uns das Wort: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu.“ (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Der Abg. Singer hat mir andere Motive untergeschoben, als ich vorgebracht habe. Ich weise das zurück.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Eine Gefährdung der Gesundheit des Auslandes ist ausgeschlossen. Wenn kann das Bier doch nicht so lange abstehen lassen, bis es Metallgeschmack annimmt, denn dann würde es längst nicht mehr schmecken.

Das Kapitel wird bewilligt. Sämtliche den Wein betreffenden Resolutionen werden angenommen.

Wein Kapitel

„Patentamt“

Bittet

Abg. v. Oldenburg-Jangschau (L.) um Berücksichtigung der Wünsche der erspedierenden Sekretäre dieses Amtes.

Abg. Lotzmann (Antif.) fragt an, wie sich die Regierung zu den von den technischen-industriellen Beamten in einer Berliner Versammlung aufgestellten Forderungen einer Aenderung des Patentgesetzes stelle, die dahin gingen, daß den Erfindern nicht die Gewinne aus den Patenten durch ihre Firmen entzogen werden könnten.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Das Patentgesetz steht auf dem Grundsatze, daß das Patent dem Erfinder gehört und daß der eigentliche Erfinder sein Recht nur auf dem Wege der Klage oder des Einpruchs geltend machen darf. Ob sich hier eine Aenderung des Patentgesetzes empfiehlt, muß sehr eingehend erwogen werden. Das Kapitel wird bewilligt.

Weim Kapitel Reichsversicherungsamt bespricht

Abg. Körßen (Soz.)

die Verjährungsfrist der Invalidenrenten und ein vor kurzem gefälltes Reichsgerichtsurteil, nach dem eine Vertragsklage auf Schadenersatz von Seiten der Arbeiter gegen die Arbeitgeber nicht angestrengt werden kann. In dem reichsgerichtlichen Urteil ist ausgeführt, daß eine privatrechtliche Verpflichtung des Arbeitgebers zum Warten-Kleben nicht bestehe, die Verpflichtung vielmehr lediglich eine öffentlich-rechtliche sei. Durch dieses Urteil ist eine Prämie für gewissenhafte Arbeitgeber ausgeführt. Der Versicherer wird eine solche Rechtsprechung nicht verstehen. In der Praxis hat der Arbeitnehmer jetzt gar keine Möglichkeit, das Kleben zu kontrollieren.

Auch in diesem Jahre ist wieder die soziale Gesetzgebung gelobt und den Arbeitern zu Gemüte geführt worden, daß für sie alles getan sei. Niemand hat aber davon gesprochen, wie die Dinge in der Praxis stehen. Aus der Praxis heraus muß ich Ihnen aber sagen, daß die Dinge ganz anders aussehen. Seit zwei Jahren ist es nicht besser geworden, sondern schlechter. Die ganze Art der Anordnung der Gesetze läßt viel zu wünschen übrig. Die Krankentafeln haben ihre Pflicht getan. Dagegen haben die Körperkassen, die von den Arbeitgebern geleitet werden, es nicht getan. In den ersten 13 Wochen kommen fast gar keine Klagen vor, dann aber kommen die Klagen über die Genossenschaften. Von diesen werden Erhebungen nach allen Richtungen veranstaltet. Es macht den Eindruck, als ob die Versicherungsanstalten den Verletzten die Gesetze verzelebten wollten. Einige bessere Berufsvereine geben noch einmal einen Vorschuß von 20 und 30 M.; wenn dann aber jemand noch etwas haben will, wird er

an die Armendirection verwiesen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts dieser Tatsachen erscheint die Klage, daß die Arbeiter Simulantien seien, wirklich auch für uns verständlich. Es kommt daher, daß die Arbeiter in die Verweisung getrieben werden. Glauben Sie, daß es für einen Arbeiter etwas Angenehmes ist, wenn man ihn, wo er Rechte hat, an die Armendirection weist? Daher kommen Neurratshen, Gemütskrankheiten usw. (Sehr richtig! b. d. Sozialdem.) Autoritäten haben anerkannt, daß diese Begleitscheinungen schlimmer sind als die Unfälle selbst. Es gibt aber auch noch andere Dinge, die der gewöhnliche Sterbliche nicht versteht. Viele glauben, daß wenn jemand verunglückt, auch ein Unfall vorliegt. Da wird dann aber geprüft, welche Betriebsart vorliegt, ob ein ursächlicher Zusammenhang da ist, wie sich der Verletzte benommen hat usw. Der Verletzte ist — namentlich bei Wauten — oft gar nicht in der Lage, nachzuweisen, daß der Unfall passiert ist. Dann bekommt er keine Rente! Jeder Arbeiter mußte sich also eigentlich heute einen Zeugen mitnehmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich sage: es ist ein Kunststück, festzustellen, was ein Unfall ist. Die Vergiftungen z. B. werden gewöhnlich nicht als Unfälle angesehen, sondern als Gewerbekrankheiten. Alle solche Fälle werden auf die Invalideität verwiesen. Aber auch dort sieht es schlimm aus. Der Staatssekretär hat früher empfohlen, den Vertrauensarzt nicht allein entscheiden zu lassen. Jetzt entscheidet aber allein der Vertrauensarzt! Seitdem die Praxis der Vertrauensärzte besteht, sind die Renten zurückgegangen, während die Beiträge stiegen!

Vor 2 Jahren habe ich Klage geführt, daß die Schiedsgerichte 24 Fälle und mehr in einer Sitzung erledigten. Jetzt werden sogar 36, 42 und 56 Fälle abgehandelt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Von einer wirklichen Verhandlung ist gar keine Rede. Will der Verletzte reden, so fällt ihm der Vorliegende sofort ins Wort: „Ach was, wir kennen ja die Alten!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch, daß das Gericht von vornherein den Vertrauensarzt der Berufsvereine als Gutachter zuzuziehen pflegt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), wird den Verletzten die Wohltat des Gesetzes aus § 69 Absatz 3 entzogen. Man geht soweit, die Verletzten zu zwingen, sich in öffentlicher Gerichtsitzung zu entfein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sollte einmal den Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft vor dem Zivilgericht geboten werden! Diese Zustände müssen endlich einmal an die Öffentlichkeit gebracht werden. Bei dem Reichsversicherungsamt haben die Richter es sehr vernünftigerweise abgelehnt, mehr als fünfzehn Fälle in einer Sitzung zu erledigen, um wenigstens diese sorgfältig verhandeln zu können.

Angesichts solcher Zustände — ich könnte ihre Liste stundenlang fortsetzen — ist es doppelt bedauerlich, daß sich eine Partei gefunden hat, die den Arbeitern die gewährleistete Rente noch kürzen will. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Zentrums- abgeordnete Schmieding hat im Abgeordnetenhaus öffentlich verlangt, daß die Renten unter 25 Proz. in Zukunft nicht angezogen werden sollten — aus Sparfameitsgründen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sollen die 13 Millionen die man dadurch spart, auch noch für Schiffe und Kanonen ausgegeben und den Arbeitern entzogen werden? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Defizitwörter einer solchen Renten Kürzung wissen gar nicht

was die „kleinen Renten“ bedeuten. Das Drittel nach oben bekommt schon geglätt niemand. Nach der herrschenden höchst bedauerlichen Spruchpraxis ist aber auch das untere Drittel abgekürzt. Da läßt sich nun auch noch das Zentrum als Vorhaupt der Berufsvereine gegen die Renten bis zu 25 Prozent gebrauch. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die haben allerdings die Auffassung, daß der Arbeiter immer simuliert. Für ein Fingerring wird jetzt in Berlin sowieso schon nichts gezahlt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was aber müßte noch alles weggelassen, käme man den Plänen der Zentrumsvorteiler nach? Die 20 Prozent für einen Zeigefinger der linken Hand, die 25 Prozent für einen Zeigefinger der Rechten, die 20 Prozent für einen Anschlägeusdruck (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), die 25 Prozent für einen Armbruch, die 25 Prozent für den Verlust eines Auges. (Wiederholt Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alles das sind keine Renten, die sämtlich weggelassen sollen. Das ist übrigens nur ein verdecktes Spiel. Wenn man den landwirtschaftlichen Arbeitern die Renten kürzt, werden es auch bald die gewerblichen Berufsvereine tun. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man benutzte wohl die Kinder zur Arbeit in der Landwirtschaft, aber wenn sie verlegt werden, will man ihnen keine Rente geben! Wenn diese Renten Kürzung zur Tat wird, dann können die Arbeiter ihre ganze soziale Gesetzgebung entbehren. Das Zentrum kann die Rede seines Mitgliedes im Landtage nicht abwimmeln. Unsere Sache wird es sein, die Arbeiter aufzuklären, wer die wirklichen Arbeiterfreunde sind. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die Aufgabe der Berufsvereine ist eine außerordentlich schwere. Sie verwalten fremde Gelder und müssen objektiv feststellen, ob wirklich ein entschädigungspflichtiger Unfall vorliegt oder nicht. Allermäßig festgesetzt ist, daß es Rentennachwucher gibt, die ihr Leiden wesentlich übertreiben und darin unterstützt werden von sehr zweifelhaften Elementen, die dies berufsmäßig betreiben. Einen Vertrauensarzt kann die Berufsvereine natürlich nicht entbehren, aber dadurch ist in keiner Weise ausgeschlossen, daß der Rentennachwucher anderweitige Atteste beibringen kann.

In bezug auf die Ersatzpflicht von Arbeitgebern, die das Marken-Kleben verüben, hat das Reichsgericht entschieden, daß dies eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung dem Staate gegenüber ist, nicht aber eine privatrechtliche dem Arbeiter gegenüber und daß daher ein Schadenersatzanspruch des Arbeiters auf das Invaliden-versicherungsgesetz mit Erfolg nicht gegründet werden kann. Diese Entscheidungen haben in der Presse den Irrtum hervorgerufen, als sei das Reichsgericht der Meinung, der Arbeiter habe in solchen Fällen überhaupt kein Recht auf Schadenersatz. Das Reichsgericht hat aber wiederholt ausgesprochen, daß ein solcher Schadenersatzanspruch gegen den Arbeitgeber, der durch Nichtkleben der Marken einen Arbeiter um seine Rente bringt, wohl auf Grund der Bestimmungen des bürgerlichen Rechts möglich sei. Unter dem neuen bürgerlichen Gesetzbuch sind solche Entscheidungen noch nicht ergangen. Sie könnten aber jetzt auf Grund des § 822 erfolgen.

Der Herr Vorredner hat auch behauptet, daß in Berlin das Schiedsgericht häufig bis 40 Fälle an einem Tage entscheide. Nach den Ermittlungen des Reichsversicherungsamtes werden im Durchschnitt von den Schiedsgerichten nicht mehr als 20 Fälle täglich verhandelt.

Abg. Erzberger (Z.): Das Reichstagszentrum kann nicht für die Kennerung eines einzelnen Zentrumsabgeordneten in einem Einzelstaate verantwortlich gemacht werden. Das ist doch bei Ihnen (zu den Sozialdemokraten) auch so. Herr Gek freut sich schon auf seinen Besuch beim Großherzog (Heiterkeit im Zentrum), während Herr Singer sich weigert, zu Hofe zu gehen.

Abg. Wallau (nat.): Daß vor dem Berliner Schiedsgericht bis 50 Fälle verhandelt werden, ist gewiß nicht zu entschuldigen. Aber die meisten Fälle lassen sich sehr rasch erledigen. Schließlich sind doch auch die Richter aus den Arbeiterkreisen da; sie können dem Vorstehen in die Fägel fallen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Sonnabend, den 17. Februar, 10 Uhr vorm.

am Ministertische: Bessler. Zum ehrenden Andenken des verstorbenen Abg. Jwid (fr. Sp.) erhoben sich die Anwesenden von den Sigen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Justizetats. Beim Kapitel Einnahmen wünscht

Abg. Gert (fr. l.) nähere Angaben über die Einnahmen aus der Gefangenearbeit. Der freien Arbeit darf keine vernichtende Konkurrenz gemacht werden. In Neu-Ruppin aber bestehen mehrere Firmen zur Herstellung der bekannten Wolldecken. Für die eine Firma ist nun im Gefängnis eine förmliche Fabrik errichtet worden. Die geschäftliche Konkurrenz hat sich vergeblich beschwert.

Abg. Wichmann (nat.): Nur ein kleiner Teil der Gefangenen wird mit Arbeiten für die Anstalten selber und für Reichs- und Staatsbehörden beschäftigt. Andererseits ist z. B. in Breslau ein Buchbindermeister, der vorher für die Behörden arbeitete, einfach ruiniert worden, indem man diese Arbeiten plötzlich im Gefängnis anfertigen ließ.

Justizminister Bessler: Die Frage der Gefängnisarbeit ist ungeheuer schwierig. Der Fall in Neu-Ruppin ist in der Tat so bedenklich, daß Abhilfe geschaffen werden muß. Dagegen fällt die Beschäftigung der Gefangenen im Breslauer Fall ganz in den Rahmen der vom Hause gewünschten Gefangenearbeit.

Auf Anregung des Abg. Dahlem (Zent.) bespricht Justizminister Bessler eine baldige Reform des Armenrechtes. Die Einnahmen werden bewilligt.

Es folgt die Beratung über die Ausgaben. Zum Titel 1 (Ministergehalt) befragt

Abg. Stroffer (L.) die Lage Rechtsprechung der Gerichte in der Handhabung der Paragraphen gegen die Verbreitung unzüchtiger Bilder und Schriften. Der Minister sollte dafür sorgen, daß die Gerichte nicht immer die von der Polizei beschlagnahmten Unzüchtigkeiten wieder freigebe! (Hört! hört! links.) Die Tatsache, daß im Verein christlicher Referendare in Breslau ein antisemitisches Traktat gefungen worden ist, könne nur durch einen großen Vertrauensbruch zur Kenntnis eines jüdischen Rechtsanwalts gelangt sein. Gegen den Verfall des Liedes, den Landgerichtsrat Hoffmann, ist leider ein Disziplinarverfahren eingeleitet, allerdings dann bald wieder eingestellt worden. Der Landgerichtsrat Hoffmann ist Besitzer der Rettungsmedaille, weil er mit eigener Lebensgefahr einen Anaben aus der Oede gerettet hat. Er hat sich also sehr große Verdienste erworben. Aber mehr: Der gerettete Anabe war jüdischen Glaubens! (Stürmische Heiterkeit rechts.) War daher das Disziplinarverfahren gegen den Herrn wirklich notwendig? (Lebhaftes Bravo rechts.)

Justizminister Bessler: Das Verhalten des Landgerichtsrats Hoffmann war immerhin nicht frei von Taktlosigkeit und Rücksichtslosigkeit. Die Sache mußte klargestellt werden. Daß das von ihm gerettete Kind ein jüdisches war, hat Herr Hoffmann doch wohl nicht vorher sehen können. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. de Witt (Zent.) wünscht die Gewährung von Diäten an Schöffen und Geschworene.

Abg. Lühde (fr. l.) tritt für Vermehrung der Amtsgerichte ein. Redner kritisiert die Milde, mit der in dem bekannten Ribbenke-Prozess gegen die Sozialdemokratie verfahren ist, diesen

„Tobfeind unseres Gesellschaftslebens“!

(Beifall rechts.) **Abg. Keruth (fr. Sp.)** tritt für eine Vermehrung der Richterstellen ein, da sonst die Prozesse zu sehr verschleppt würden.

Abg. Wiserdt (Bole) führt einige Fälle an, in denen polnische Redakteure bestraft sind, weil sie zur Pflege der Muttersprache und zum Festhalten an polnischer Art und Sitte aufgefordert haben.

Justizminister Bessler: Der Ribbenke-Prozess hat noch unter der Ausführung meines Vorgängers stattgefunden. Mein Vor-

gänger hat dem Oberstaatsanwalt freie Hand gelassen. Dieser wird schon

seine Gründe

gehabt haben, daß er auf den Vergleich eingegangen ist.

Abg. Broemel (fr. Sp.): Die Art- und Weise, wie heute verfahren

Zeugen vor Gericht

behandelt werden, der Zustand der Räume, in denen man den Zeugen zumutet, oft stundenlang zu warten, schreit zum Himmel. (Beifall links.)

Abg. Marx (Zent.) ruft die Regierung zum Kampf wider die Unbilligkeit auf. Wenn die Sache so weiter geht, werden wir bald für

eine neue Lex Heine

reif werden, die nur etwas geschickter abgefaßt zu sein braucht als die vorige, um eine Mehrheit zu finden.

Justizminister Bessler: Die Klagen des Abg. Broemel über schlechte Behandlung und langes Warten der Zeugen sind nicht unberechtigt. Die Justizverwaltung ist bemüht, Besserung zu schaffen. (Beifall.)

Darauf verlegt das Haus.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr: Provinzial- abhangengesetz.

Schluß: 4½ Uhr.

Aus der Partei.

Die „Wärz-Zeitung“

Der Buchhandlungsortwärts wird in diesem Jahre dem Gedächtnis Heinrich Heines gewidmet sein. Bekanntlich sind in diesen Tagen 50 Jahre seit dem Tode des Dichters verfloßen, der in prächtigen Werken die Geißel seiner Satire über Reaktion und Philistertum lauten ließ. Noch heute wehren die Rückwärtler aller Sorten dem Toten die marmorne Ehre. So tritt auch hier die Arbeiterkraft auf den Plan, nach ihrer Weise den Sänger zu ehren, indem sie sein Leben und Wirken weiten Volksekreisen nahe bringt. Das historische Bild wird Wilhelm Plos behandeln. — Hermann Wendel hat es übernommen, das Wesen und Wirken des Dichters in seiner charakteristischen Eigentümlichkeit zu schildern. — Ueber die „Frauen im Leben Heines“ schreibt A. Zandrich. Der Einfluß des Dichters auf die Agitation der Sozialdemokratie wird von Hermann Wollenbuhr skizziert werden. — Heinrich Schulz wird die „Heine-Ehrung“ in Deutschland kennzeichnen, während die Profalkriften des Dichters eine Betrachtung durch John S. Sklowiski erfahren. — Zahlreiche Porträts, von Heine selbst und denen, die ihm im Leben nahe standen, und andere Illustrationen zieren das Heft, das auch charakteristische Zitate aus den Werken enthalten sowie ein Gedicht in der Handschrift des Dichters bringen wird.

Der Preis für die Nummer beträgt 20 Pf., Bestellungen müssen spätestens bis 25. Februar aufgegeben sein.

Aus der Redaktion der Königsberger „Volkzeitung“ scheidet der Genosse Vordardt aus.

Dolzzellisches, Gerichtliches usw.

Das Wahlrechtsflugblatt

hält auch in den Unterweserorten, wie uns von dort geschrieben wird, Polizei, Staatsanwalt und Gerichte noch immer voll in Atem. Man scheint sogar eine große Staatsaktion daraus machen zu wollen. Gegen den verantwortlichen Herausgeber des am 14. Januar verteilten Flugblattes, Genossen Köhler, wurde zuerst Anklage auf Grund der §§ 130 und 131 (Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen) erhoben, doch ließ man das erstere Delikt dann wieder fallen und beschränkte sich auf Anklage wegen der verächtlich gemachten Staatseinrichtung. Diese Missetat soll unter anderem auch dadurch begangen sein, daß in dem Flugblatt das bekannte Wort Bismarcks, welches das Dreiklassenwahlsystem als das elendeste aller Wahlsysteme kennzeichnet, gebraucht worden war. Außer auf den Herausgeber erstreckte sich die Anklage nach und nach auf weit über 20 Genossen, welche man bei der Flugblattverbreitung als Mitwirkende ermittelt hat. Damit hat der Staatsanwalt aber anscheinend noch nicht genug. Dieser Lage sind auch die Genossen Faberkamp und Mengel, ersterer als Firmenmitinhaber, letzterer als Geschäftsführer unseres Bremerhavener Parteigeschäfts, vor dem Untersuchungsrichter vernommen worden. Auch ihnen will man jetzt den Prozeß machen. — Gleich nach der Konfiskation des ersten Flugblattes, und zwar zwei Tage später, verteilten die Genossen an der Unterweser ein zweites Flugblatt, welches gleichzeitig die Antwort auf die geschehene Konfiskation enthielt. Auch dieses Flugblatt scheint der heiligen Justiz heftige Kopfschmerzen bereiten zu haben. Die Delikte der §§ 130 und 131 hat man darin jedoch anscheinend selbst mit der schärfsten Lupe nicht entdecken können und so beschränkt man sich denn darauf, gegen den Herausgeber ein Verfahren wegen angeblicher Verleumdung der beiden Häuser des preussischen Landtages einzuleiten. Sollte dieses Verfahren wirklich zur Durchführung kommen, so würde das zweifellos ein Schauspiel für Götter zeitigen.

Die Willkürherrschaft der preussischen Polizei

hat durch einen Entscheid des Regierungspräsidenten v. Fidler in Erfurt wieder einmal ihre behördliche Bestätigung gefunden. Die Erfurter Polizei „gestattete“ die öffentliche Volksversammlung am 21. Januar nur unter der Bedingung, daß öffentlich in unserem Parteiblatt „Tribüne“ bekannt gemacht wurde, daß Frauen und Mädchen vom Zutritt ausgeschlossen sind. Die Parteinstanzgen fügten sich zunächst dem ungeleglichen Verlangen in der bestimmten Erwartung, daß eine Beschwerde bei der Regierung die Polizei in ihre gesetzlichen Schranken zurückweisen würde. Tatsächlich mahlten aus der Versammlung die Frauen auch fernbleiben, da die Erlangung eines sofortigen Entscheides von der höheren Instanz wegen Kürze der Zeit nicht mehr möglich war. Auf die dann einige Tage später abgegebene Beschwerde ist nun folgender Entscheid bezug. Nichtentfesselt eingegangen:

Auf die Beschwerde vom 27. v. Mts. erwidere ich Ihnen, daß ich es ablehnen muß, jetzt noch der Frage näher zu treten, ob die polizeiliche Anordnung wegen Fernhaltens der Frauen und Mädchen von der Versammlung am 21. Januar d. J. im Zivilsaal aufzuheben war oder nicht.

Der Regierungspräsident.
v. Fidler.

Demnach untersteht das Erfurter Polizeiregiment tatsächlich keinerlei Nachprüfung durch die Regierung und kann sich nach Willkür und Laune austoben. Man könnte vermuten, daß der Herr Regierungspräsident eine Nachprüfung deshalb ablehnte, weil die Beschwerde erst einige Tage nach dem Verbot abgefaßt wurde; aber bekanntlich besteht in Preußen noch keine gesetzliche Bestimmung, bis zu welcher Stunde nach dem polizeilichen Willkürakt etwaige Beschwerden zulässig sind. Da demnach diese Vermutung unhaltbar ist, bleibt für den Nachbereich des Erfurter Regierungspräsidenten die Tatsache bestehen, daß die Polizei schalten und walten kann, wie es ihr

beliebt. Sie braucht nur die eine Vorsicht zu üben, ihre Verbote und ungeleglichen Beschränkungen so kurze Zeit vor den betreffenden Veranstaltungen zu erlassen, daß eine Beschwerde vor dem Statistiken nicht mehr entschieden werden kann; dann lehnt es nach der Veranmeldung oder deren Termin der Regierungspräsident ab, „jezt noch“ der Frage näher zu treten und — die Gesetzesübertretung ist „gefestigt“ geworden, die Willkürherrschaft sanktioniert.

Gegen den Entscheid werden weitere Schritte unternommen werden.

Sogar der Polizeipräsident von Königsberg, Herr v. Rannekourff, kennt immer noch nicht die Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungsrecht. So hat er kurzerhand eine öffentliche Versammlung, die am Sonntag für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge stattfinden sollte, verboten. Der Einberufer erhielt mit der Anmeldebefreiung folgenden Bescheid:

„Gleichzeitig wird Ihnen eröffnet, daß die Abhaltung dieser Versammlung, zu welcher Lehrlinge pp. eingeladen sind, hiermit auf Grund des § 8 Abs. 3 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 unterjagt wird.“

Damit hat der Polizeipräsident vor aller Welt bekundet, daß er das Vereins- und Versammlungsrecht nicht kennt. Denn der obige Paragraph verbietet die Teilnahme von Lehrlingen an Versammlungen politischer Vereine. Es sollte aber eine öffentliche, von einer Person einberufene Versammlung stattfinden. Aber selbst wenn es sich um eine politische Vereinsversammlung handeln würde, so wäre das Verbot gleichfalls ungerechtfertigt, denn die Polizei kann in der Versammlung des politischen Vereins die Entfernung der vorhandenen Lehrlinge beantragen, und wenn dem nicht Folge geleistet wird, könnte sie die Versammlung auflösen. Eine Versammlung kann in Preußen überhaupt nicht vorher verboten werden, es sei denn, wenn dringende Gefahr für Leben und Gesundheit besteht. Daß so etwas einem Leiter einer großstädtischen Polizei passiert, ist wirklich erstaunlich. Da darf man sich nicht wundern, wenn ein ostelbischer Amtsvorsteher oder Gendarm voll Gesehenskenntnis strotzt. Dabei ist der Königsberger Polizeipräsident so von seinem Recht überzeugt, daß er sich von dem Einberufer der Versammlung gar nicht sprechen, sondern ihm sagen ließ, daß es bei der Verfügung bleibe. Es ist sofort beim Regierungspräsidenten Beschwerde eingelegt worden.

Die „Königsberger Volkszeitung“ erweist sich nach wie vor der größten Aufmerksamkeit seitens der Staatsanwaltschaft. Wegen ihrer Neugierde sind bis jetzt sieben Strafverfahren eingeleitet; dabei wurden zwei andere erst vor wenigen Wochen erledigt. In dieser Woche wurden die Genossen Crispian und Vordard mit Anlagen bedacht. Der erstere soll den kommandierenden General des ersten Armeekorps durch die Notiz: „Die Leichentotter“ beleidigt haben. Es handelt sich um die bekannte Poleninterpellation betreffs der 19 polnischen Rekruten, die gefragt worden seien, ob sie polnisch gebildet hätten. — Dann hat man gegen Vordard eine „alte“ Sache herbeigeholt. Er soll durch den Artikel: „Die Ermordung eines Landarbeiters auf dem Gute Rutken“ in Nr. 20 des „Ostpreussischen Landboten“ einen Ammann beleidigt haben.

Aus der Frauenbewegung.

Treptow - Baumschulenweg. Eine große Volksversammlung für Frauen und Männer fand am 13. Februar in Speers Festsaal statt. An Stelle des erkrankten Genossen Strödel sprach Genosse Störmer über „Die Interessen des Proletariats“. Der Referent führte etwa folgendes aus: Am politischen Himmel steigen schwere Gewitter auf. Nebenher sehen wir den Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker. Redner vergleicht die heutige Gesellschaft mit einer Pyramide. — Ganz unten das Fundament ist die breite Masse der Bevölkerung, es steigen die Klassen immer mehr aufwärts, immer weniger werdend, bis ganz oben ein einziger übrig bleibt, der den ganzen Bau beherrschen will. — der Herrscher. — Von oben kommt der Druck, der immer stärker wird, und die am meisten gedrückten sind die Arbeiter, die ja den ganzen Bau erst stützen. — Ohne das Fundament, die Arbeiterschaft, wäre solcher Bau nicht möglich. Und doch jammern die oberen Klassen über ihre Lasten, die sie zu tragen hätten. — Redner geht dann näher auf die Lage der Arbeiterklasse ein. Er zeigt, in welsch schreiendem Widerspruch die Bezahlung der Arbeiter mit ihren Arbeitsleistungen steht. — Speziell die Frauen werden als Lohnarbeiter verurteilt und man behandelt sie schlechter als die männlichen Arbeiter. —

Wie es mit dem Arbeitslohn usw. ist, so ist es auch mit der Arbeitszeit. Immer wird von den Unternehmern versucht, die Arbeitszeit zu verlängern. Das Sprichwort: „Gut gekaut ist halb verdaut“, wird leider außer acht gelassen, und die Arbeitslast des Arbeiters nimmt durch alle diese Ausbeutungsregeln schmerzhaft ab. Ebenso ist es mit den Wohnungsverhältnissen der Arbeiter. Hier elende Hütten, Meißelkammern, dort luxuriöse Villen und Paläste. Um dieser elenden Lage abzuhelfen, haben sich die Arbeiter organisiert, gewerkschaftlich und politisch! Die Arbeiterschaft muß versuchen, auf dem Wege der Gesetzgebung sich die Anerkennung zu verschaffen, die ihr gebührt. — Die Religion soll dem Volke erhalten bleiben, sagen die Besitzenden. Ein Sprichwort sagt aber: „Eher geht ein Namele durch ein Nadelöhr, als ein Reicher in den Himmel kommt.“ Unter großem Beifall schloß der Referent seinen Vortrag. In der Diskussion sprach Genosse Karow im Sinne des Referenten. An Ereignissen der letzten Zeit zeigte er auch die Klassengegensätze und wie man speziell die Arbeiterklasse „klein machen“ will. Genosse Hofmann forderte auf, die so leicht fälschlich vorgetragenen Ausführungen des Referenten zu beherzigen und danach zu handeln. Zunächst ist dringend notwendig, daß in jeder Familie der „Vorwärts“ gelesen werde. — Die Hintertreppenromane, die speziell die Frauen gern lesen, und vor allen Dingen die sogenannten unabhängigen Prechezeugnisse, wie „Notenpost“, „Volksangeiger“ usw. müssen verschwinden. Die Genossen Karow und König kennzeichnen dann noch scharf das Betragen unseres Amtsbekleideten, welches durch den „Vorwärts“ eine gehörige Abbürstung bekommen habe, wonach es sich das zweite Mal nicht sehen wird. — Genosse König forderte noch zum Austritt aus der Kirche auf. — Man müsse, da man doch innerlich mit der Kirche gebrochen, dies doch nun auch äußerlich tun. Man spart auch hierdurch die Kirchensteuer. Ein massenhafter Austritt aus der Kirche ist auch die beste Stundgebung gegen die geplante Verfassung der Schule. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Stellung der Frau in den politischen Kämpfen der Gegenwart“, nahm die Kreisvertrauensperson Genossin Thiel Tempelhof das Wort. Ihre wirkungsvollen Ausführungen waren kurz etwa folgende: Die Frauen wollen keine Sonderbestrebungen. Sie wissen, daß sie unter demselben System zu leiden haben wie die Männer, und folglich auch den gleichen Kampf kämpfen müssen wie jene! Die Agitation unter den Frauen ist aber eine bedeutend schwierigere. Von Kindheit an werden sie dahin erzogen, dem Manne unterwürdig zu sein. — Man bürdet den Frauen wohl Pflichten auf, aber Rechte haben sie nicht! Diese wollen sie sich erkämpfen. Vor allen Dingen müssen aber die Männer ihre Frauen über die gesellschaftlichen Verhältnisse aufklären, aber nicht die Frau daran hindern, ihren Pflichten als proletarische Kämpferin nachzukommen. Hier werde aber noch sehr viel, auch von Parteigenossen, getan! Rednerin bemerkt: Wie kann der Mann indifferent organisieren wollen, wenn er nicht bei seiner eigenen Lebensgefährtin anfängt und sie aufklärt! Die Frau ist gut genug, dem Staat Soldaten zu erziehen, aber sie soll nicht darüber mitbestimmen, wenn man ihre Kinder als Kanonensfutter irgendwo hinschickt! Wir

wollen, daß unsere Kinder wahre Elternliebe fügen und nicht auf Vater und Mutter schießen. — An Stelle der Schulliteratur muß das Organ der Frauen, die „Gleichheit“, treten. Abonnementbestellungen nimmt die Genossin Meives, Baumschulenstraße 65, gern entgegen. Mit einem Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie schloß Genossin Thiel die Versammlung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse begeht heute in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20, sein 7. Stiftungsfest. Um den Mitgliedern und Gästen einige frohe und erhebende Stunden zu bereiten, ist bestens Sorge getragen. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Dr. Maurenbrecher, Festrede; Fräulein Maria Holgers, Rezitation; Miß Annie Lugenburg, Violinsolo und ein Quartett von Herrn Maxim. Fischer. Beginn 6 Uhr. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

NB. Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet die Führung durch die Meinertausstellung, Potsdamerstr. 120, statt.

Charlottenburg. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hält am Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 3, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Herr Winter wird referieren über „Das Genossenschaftswesen und dessen Bedeutung für die Frauen“. Gäste haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder.

Schöneberg. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein bezieht am Montag in corpore die Heimarbeit-Ausstellung. Treffpunkt: Nachmittags 1/3 Uhr am Brandenburger Tor. Einladkarten a 15 Pf. werden dort verabsolgt. Die Mitglieder sind gebeten, sich vollständig anzuschließen. Karten zu dem am 3. März stattfindenden Massenball sind zu haben bei: Frau Arndt, Gotzenstraße 35, Frau Lehner, Prinz Georgstraße 4, Frau Wikert, Gustav Freitagstraße 8 und Frau Bäumer, Martin Lutherstraße 51. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Der hiesige Bildungsverein für Frauen und Mädchen hielt am Dienstag, den 13. Februar seine Vereinsversammlung ab. Fräulein Dr. Wygodzynski hielt einen Vortrag über „Körpertechnik und Körperkultur“. An die mit diesem Zweck aufgenommene Ausführungen schloß sich eine kurze Diskussion an. Die gut besuchte Versammlung erbat auch einige neue Mitglieder für den Verein, so daß die Mitgliederzahl, wenn auch langsam, aber ständig wächst. Die nächste Versammlung tagt am 27. Februar.

Tegel-Vorflurwald. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt am Mittwoch in Tegel seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Herr Duade sprach unter großem Beifall über das Krankenversicherungs-Gesetz. Am 7. März tagt in Vorflurwald bei Stube die Generalversammlung des Vereins. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung, in der u. a. die Neuwahl des Gesamtvorstandes auf der Tagesordnung steht und wichtige Vereinsangelegenheiten zu erörtern sind, zu erscheinen. Nur Mitglieder haben Zutritt. Das Mitgliedsbuch legitimiert. Auch auf das erste Stiftungsfest, das der Verein am 3. März in Tegel in Krapp's Festsaal abhält, sei hiermit hingewiesen. Freunde und Gönner sind zu diesem Feste freundlichst eingeladen. Karten verabsolgen in Tegel: Frau Wieand, Schloßstr. 21, Gartenhaus II; Frau Naab, Verlenerstraße 80, Seitenflügel II; Frau Vega, Schönebergstraße 62; Frau Holzhauser, Braunowstr. 20; Frau Kleinmann, Verlenerstr. 9 I; in Vorflurwald: Frau Glombig, Spandauerstr. 5; Frau Range, Mühlstr. 69; Frau Repte, Mühlstr. 48; Frau Jarius, Schubertstraße 54; Fräulein Wegner, Mühlstr. 14. — Für einen gemüßreichen Abend ist bestens Sorge getragen. Nege Beteiligung erwünscht Der Vorstand.

Pankow. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hält am Dienstag, den 20. Februar im „Feldschlößchen“, Verlenerstraße, seine Mitglieder-Versammlung ab. Vortrag von Frau Dr. Vertwig über „Kinderkrankheiten“. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erjucht.

Gerichts-Zeitung.

Ein edler Spanier namens José Ramon de Casanja wurde gestern aus dem Moabitser Untersuchungsgefängnis der zehnten Strafammer des Landgerichts I vorgeführt. Der Spanier hatte in Berlin ein Gastspiel als Hotelbier an la Ramollescu gegeben, nachdem er wegen ähnlicher Hotelbierereien in Hamburg zu 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Der Angeklagte, der kein Wort Deutsch versteht, kann nur mit Hilfe des vereidigten Dolmetschers der spanischen Sprache Dr. Kasten vernommen werden. Er gibt an, in Gobja in der Provinz Cochillen geboren und Antiquitätenhändler zu sein. Er kaufe in Deutschland, wo alter Schmuck sehr billig zu kaufen sei, alle möglichen Schmuckgegenstände bei Juwelieren auf und überführe sie seinem in Madrid ansässigen Bruder, der einen schwanenhaften Handel nach den Mittelmeerländern damit betreibt. Die nach dieser Richtung hin angestellten polizeilichen Ermittlungen bestätigten diese Angaben indessen keineswegs. Es scheint vielmehr, daß der Angeklagte Mitglied einer internationalen Gaunerbande ist. — Im Juni 1904 wurde in dem „Hotel Fürstenthor“ ein dreifacher Diebstahl verübt. In dem Zimmer 20 logierte der Dragoman der kaiserlichen Botschaft in Kairo, der Oberleutnant Edgar Anders. — Als dieser am Morgen des 10. Juni erwachte, vermißte er sofort seine Brieftasche mit 17 Hundertmarkstücken, welche er am Abend vorher unter sein Kopfkissen gelegt hatte. Der Dieb mußte in der Nacht, während der Verstoßene schlief, sich in das Zimmer geschlichen und den Diebstahl verübt haben. In dem Hotel hatte sich am Tage vorher ein Spanier, der sich Manuella Diaz nannte, einlogiert. Dieser war, als der Diebstahl entdeckt wurde, spurlos verschwunden. Nach Behandlung des Hotelportiers hatte der angeklagte Diaz das Hotel gegen fünf Uhr morgens verlassen. Die Kriminalpolizei setzte alle Hebel in Bewegung, um den verschwundenen Spanier zu ermitteln, jedoch ohne jeden Erfolg. Im Sommer vorigen Jahres wurden in einem Hotel in Hamburg ein fast gleichartiger Diebstahl verübt. Als Dieb wurde der Angeklagte Casanja ermittelt und später zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Nunmehr erinnerte man sich des in Berlin verübten Diebstahls im Hotel „Fürstenthor“. Der gerichtliche Sachbearbeiter Stanzelrat A. Richter stellte durch Vergleich der Handchrift des Angeklagten mit zurückgelassenen Schriftstücken des angeblichen Manuella Diaz fest, daß Casanja mit diesem identisch sei. Weitere Ermittlungen bestätigten dies, so daß die jetzige Anklage gegen C. erhoben werden konnte. In der Verhandlung erzählte der Angeklagte, er habe den spanisch-amerikanischen Krieg mitgemacht und es bis zum Offizier gebracht, sein Bruder habe ihn heute noch den Posten eines Oberst in Cuba. Staatsanwalt Schreiber hielt den Angeklagten durch die Weisensaufnahme für völlig überführt. Mit Rücksicht darauf, daß man es anscheinend mit einem gewerbsmäßigen internationalen Hotelbier zu tun habe, beantragte der Staatsanwalt zwei Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Die Leidensgeschichte einer Waise. Vor der zweiten Strafammer des Dresdener Landgerichts wurden in einem Kindesmißhandlungsprozeß gegen den Oberlandesgerichtsdiakonen Pastor Armin Bornowatz und dessen Ehefrau derzeit einschließlich trübe Bilder aus der Leidensgeschichte einer Waise ausgerollt, wie sie sich die menschliche Phantasie kaum auszubenten vermag. Karbarina Horn, so heißt jenes unglückliche Kind, ist die eheliche Tochter eines vor mehreren Jahren spurlos verschwundenen Fleischermeisters aus der Freiburger Gegend. In ihrem frühesten Alter — sie zählt jetzt 16 Jahre — verlor die kleine die Mutter. Sie und noch eine Schwester wurden dem Großvater in Weiden bei Dippoldswalde „anvertraut“, der sich aber in entschiedener Weise an seinen Schuttpflichten vergriß. Lange Zeit hindurch verübte der 71-jährige

Althof die schwersten Sittlichkeitsverbrechen an den unglücklichen Kindern, und das Landgericht Freiberg verurteilte ihn für seine Gräueltaten im Jahre 1903 zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus. Das mißbrauchte Kind war durch die ihm widerfahrte Behandlung moralisch vollständig ruiniert, und da es auch von der sogenannten englischen Krankheit heimgejocht wurde, blieb es in der körperlichen Entwicklung ebenfalls zurück. Nun kam das Kind im Jahre 1902 in die Familie des Diakons Bornowatz. Es zeigte sich aber lügnerrisch, diebstahlhaft und unsauber und soll einmal sogar verjagt haben, das elterliche Haus in Brand zu stecken, um ins Gefängnis zu kommen, so daß schon nach einem Jahre die Pflegeeltern es dem Rettungshaus in Moritzburg übergeben mußten. Dort verblieb es bis Ostern 1905 und kehrte dann, anscheinend gebessert, zu den Pflegeeltern nach Dresden zurück. Einige Wochen hindurch ging auch alles gut, dann kehrte das Mädchen aber wieder seine schlechten Seiten heraus, ging seiner Pflegemutter, wie diese behauptet, zu Leibe und verübte allerhand schlechte Dinge. Die Pflegeeltern zogen strenge Seiten auf, sollen aber bei der nunmehrigen scharfen Zucht das ihnen zustehende Züchtigungsrecht bei weitem überschritten und das Kind mit einem Stock, einem Stiefelnest und einer Rute mißhandelt und an der Gesundheit geschädigt haben. Der Zustand des Kindes war ein sehr schlechter, zusehends magerte es ab und schließlich benachrichtigten die Nachbarn die Polizei. Am 8. November d. J. brachte die letztere das Kind dem Armenarzt zur Untersuchung, die ein jämmerliches Bild ergab. Dem Arzte bot sich ein erschütternder Anblick. Ueber und über war die Waise mit blauen, grünen und gelben Flecken, mit Striemen und Kratzwunden bedeckt. Zurchbar war der Anblick der Füße. An den Fehen fehlte die Haut oder hing in Fetzen herab. Die Füße waren blutig, das Kind konnte kaum gehen und drei Wochen bedurfte es zur Heilung. Das Kind behauptete, die Pflegemutter habe es häufig mit den beschriebenen Füssen auf die nackten Fehen getreten und die Verletzungen rührten von Schlägen mit Stock und Stiefelnest her. Die Eltern bestritten jegliche Schuld und behaupteten, das Kind habe sich selbst die Verletzungen an den Fehen beigebracht. Wengleich die Pflegeeltern vor Gericht stark belastet erschienen, so zog doch der Gerichtshof die moralische Verantwortlichkeit des jetzt 15 Jahre alten Mädchens in Berücksichtigung und nahm dessen Aussagen sehr vorsichtig auf. Gegen den Pflegevater wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung auf 30 Mark Geldstrafe, gegen die Pflegemutter auf Freisprechung erkannt.

Die Straffühne ist auffallend niedrig. Wenn das besagte wertige Kind in der Tat „lügnerrisch, diebstahlhaft und unsauber“ sich gezeigt hat, so kann doch nicht das Kind, sondern lediglich die Gesellschaftsordnung dafür verantwortlich gemacht werden, die einen Schutz dem so grausam mißhandelten und enteheten Kinde nicht hat verschaffen können. Eine Pflegemutter, die ein ihr anvertrautes Kind, das so traurige Erfahrungen gemacht hat, mit Schlägen behandelt, mag das, wie das Gericht angenommen hat, in der Absicht der Erziehungsgelien haben. Das angewendete Mittel ist aber unter allen Umständen ein völlig ungeeignetes und brutales. Auf die Anklagebank gehören nicht nur die Pflegeeltern, sondern auch die, die ein besonderer Pflege bedürftiges Kind solcher Pflegeeltern anvertrauen. Nach den Resultaten, die „Rettungshäuser“ nicht nur in diesem Falle zeigten, muß leider angenommen werden, daß das Kind für die Zeit seines Lebens körperlich und moralisch zugrunde gerichtet ist — weil es das Unglück hat, eine Waise und von einem Wüßling mißbraucht zu sein. Hat Deutschland kein Geld, um diesen furchterlichen Beroisungen eines Menschenlebens entgegenzutreten? Würde die Ehre Deutschlands nicht besser gewahrt, wenn solche unglücklichen Waisen geschützt werden, als wenn in Afrika und sonstwo in der Welt Waisen geschaffen werden?

Zur Zeugenpflicht der Kassenärzte. Die Fälle, daß Krankenkassenmitglieder sich bei Streitigkeiten vor dem Kaufmannsgericht auf das Zeugnis des Kassenarztes berufen und dieser nun seiner Zeugnispflicht vor Gericht genügen muß, sind nicht selten. Als Zeuge erscheinen zu müssen, ist für Ärzte oft noch unabweisbarer als für andere Bürger. Es nimmt daher kein Wunder, daß Ärzte gegen die Erscheinungspflicht Front machen. Ihre Zeugnisaussagen beschränken sie oft auf das notwendige. Werden sie als Gutachter herangezogen, so sind ihre Gebühren höhere. In einer Entscheidung, die vorgelesen vor der dritten Kammer des Kaufmannsgerichts zum Austrag kommen sollte, erklärte der als Zeuge vorgeladene Dr. Rau auf die Frage, an welcher Krankheit er den Kläger behandelt hätte, seine Aussage verweigern zu müssen. Dr. R. fügte zur Erklärung hinzu: Ich habe eine ausgebreitete Kassenpraxis und bin in dieser Woche schon das zweite Mal vorgeladene. Für eine Stunde Versammlung wird mir als Zeuge nur 1 Mark vergütet, während ich den zehnfachen Schaden habe. Wenn das so weiter geht, so muß ich meine Kassenpraxis gänzlich aufgeben. Wenn Sie von mir eine Aussage wünschen, so bitte ich, mich als Gutachter zu vernehmen.

Das Kaufmannsgericht beschloß darauf die Vernehmung des Arztes als Gutachter. Der Vorsitzende stellte im übrigen in Aussicht, daß in Zukunft von der Zeugenverladung der Ärzte in den Fällen Abstand genommen werden solle, in denen eine Auskunfteinholung bei der Krankenkasse genügt.

Der Arzt hat kein Recht, sein Zeugnis zu verweigern, wenn es vom Patienten angereufen ist. Zu den allermeisten Fällen ist das in seiner Wissenschaftsstellung aber nicht lediglich ein Zeugnis, sondern ein Gutachten. Der von dem Kaufmannsgericht eingeschlagene Weg dürfte in den meisten Fällen ein ausreichender Vorbehalt gegen die Simulationseinsendungen und unzulässigen Bestreitungen des klagenden Chefs sein. Beharren die Beklagten bei ihrem Einwand, so wird sich eine Vernehmung des Arztes aber nach dem Gesetze kaum umgehen lassen.

Dreiste Gaunerstreiche lagen einer Anklage zugrunde, die gestern die 10. Strafammer beschäftigte. Wegen Diebstahls, Betruges und Unterschlagung waren der „Artst“ Wilhelm Schleichert und die „Claqueur“ Willi Schmidt und Alfred Breitholz angeklagt. Eines Tages lernten die Angeklagten einen jungen Mann, einen biederen Sachsen, kennen. Ueber die Art wie er von Schleichert hineingelegt war, gab dieser vor Gericht folgende lakonische Darstellung: Schleichert wollte mir ein Günstliches zeigen und uff e Mal war er eben weg! — Der Angeklagte Schmidt hatte bei einem Bekannten eine Schuld von 40 M. Er übergab seinem Gläubiger einen Pfandchein über eine goldene Uhr als Schuldausgleichung und veranlaßte ihn, die ziemlich teure Uhr einzulösen. Als sie später an einer Weinhandlung vorbeiging, äußerte S. er könne die Uhr mit gutem Profit an den Geschäftsführer des Lokals verkaufen. Der Besitzer der Uhr gab diese ahnungslos hin und wartete jedoch etwa eine Stunde auf das Wiedererscheinen des Angeklagten. Dieser war jedoch durch einen nach der anderen Straßenseite gelegenen Eingang des Cafes spurlos verschwunden. — Am 22. Dezember 1904 wurden die Angeklagten in dem Warenhaus von Wertheim abgefaßt, als sie seibene Cachenez „kaufen“. In den Taschen des Schleichert fand man für über 100 M. Cachenez, die, wie er harmlos zu erklären suchte, „aus Versehen beim Auslösen in seine Tasche gefallen seien“. Ein etwas unaufgeklärter Diebstahlsfall ist folgender. Eines Nachts wurde ein Mann, der sich „Kgl. Schauspieler Rudloff“ nannte, von den drei Angeklagten in nicht mißverständlicher Weise angesprochen. Nach gewissen Vorfällen will der angeklagte R. von den Angeklagten um sein Portemonnaie bestohlen worden sein. In diesem Sinne erstattete R. auch Anzeige bei der Polizei. Jede Nachforschung nach dem Bestohlenen blieb jedoch erfolglos, weil jeder vermutlich einem Strafverfahren wegen Betruges gegen § 176 St.-G.-B. aus dem Wege gehen wollte und sich schon damals einen falschen Namen beigelegt hatte. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Schleichert 2 1/2 Jahre, gegen Schmidt 1 1/2 Jahre und gegen Breitholz sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte gegen Schleichert auf sechs Monate und gegen Schmidt auf sieben Monate Gefängnis. Breitholz wurde mangels Beweises freigesprochen.

A. WERTHEIM

GEMÜSE-KONSERVEN

Stangenspargel extra stark 1/2 Dose 1.75, 1/4 Dose 93 Pf.	Bruchspargel mit Köpfen 1/2 Dose 70 Pf.	Gemischtes Gemüse I 1/2 Dose 95, 1/4 Dose 53 Pf.	Rosenkohl 1/2 Dose 70, 1/4 Dose 40 Pf.
Stangenspargel Ia 1/2 Dose 1.25, 1/4 Dose 73 Pf.	Kaiserschoten 1/2 Dose 1.10	Gemischtes Gemüse 1/2 Dose 65, 1/4 Dose 38 Pf.	Sellerie-Scheiben 1/2 D. 55, 1/4 D. 33 Pf.
Stangenspargel II 1/2 Dose 1.20, 1/4 Dose 65 Pf.	Extrafine Schoten 1/2 D. 90 Pf.	Wachsbohnen 1/2 Dose 42 Pf.	Pfefferlinge 1/2 Dose 48 Pf.
Stangenspargel III 1/2 Dose 80, 1/4 Dose 45 Pf.	Feine Schoten 1/2 Dose 52 Pf.	Grünkohl 1/2 Dose 35 Pf.	Morcheln 1/2 Dose 1.10, 1/4 Dose 60 Pf.
Bruchspargel extra stark 1/2 Dose 1.20	Junge Schoten 1/2 Dose 48 Pf.	Wirsingkohl 1/2 Dose 35 Pf.	Champignons I 1/2 Dose 1.60, 1/4 Dose 90 Pf.
Bruchspargel I 1/2 Dose 85 Pf.	Schoten 1/2 Dose 38 Pf.	Weisskohl 1/2 Dose 35 Pf.	Champignons II 1/2 Dose 1.25, 1/4 Dose 70 Pf.
	Schoten-Karotten 1/2 Dose 60 Pf.	Teltower Rübchen 1/2 Dose 68, 1/4 Dose 40 Pf.	Tomaten ganze Frucht 1/2 Dose 70, 1/4 Dose 40 Pf.
	Gemischtes Gemüse extrafein 1/2 Dose 1.25		
Karotten in Streifen 1/2 Dose 30 Pf.		Spinat 1/2 Dose 45 Pf., 1/4 Dose 28 Pf.	
Kohlrabi 1/2 Dose 25 Pf.		Rote Rüben 1/2 Dose 35 Pf., 1/4 Dose 23 Pf.	

FRÜCHTE-U. FISCH-KONSERVEN

Kaiserkirchen ohne Steine 1/2 Dose 1 Mk., 1/4 Dose 55 Pf.	Melange Früchte 1/2 Dose 85, 1/4 Dose 48 Pf.	Dunstfrüchte Stachelbeeren, Johannisbeeren, Pflaumen halbe Frucht, Kirschen m. Steinen, Birnen, Heidelbeeren Glas 55 Pf.	Kaliforn. Früchte Aprikosen, Pfirsiche, Birnen, Kirschen 1/2 Dose 1.80 Mk.
Kirschen schwarz, mit Steinen 1/2 Dose 70, 1/4 Dose 40 Pf.	Mirabellen 1/2 Dose 65 Pf.	Früchte in Gläsern in dünnem Zucker. Aprikosen, halbe Frucht, Pfirsiche, halbe Frucht, Reineclauden, Mirabellen, Melange, Johannisbeeren, Birnen, rot gefärbt, Kirschen rot, ohne Steine od. mit Steinen 1/2 Glas 1.15, 1/4 Glas 70 Pf.	Deutsche Marmelade Gemischte Marmelade in Eimern ca. 3 Pfd. 90 Pf., in Eimern ca. 10 Pfd. 2.25 Mk.
Kirschen rot, transparent 1/2 Dose 1.30, 1/4 Dose 70 Pf.	Stachelbeeren 1/2 Dose 65 Pf.		Rheinisches Kraut Dose ca. 1 Pfd. 45 Pf.
Reineclauden 1/2 D. 75, 1/4 D. 43 Pf.	Johannisbeeren 1/2 Dose 68, 1/4 Dose 40 Pf.		
Aprikosen halbe Frucht 1/2 Dose 1.20, 1/4 Dose 65 Pf.	Heidelbeeren 1/2 Dose 58, 1/4 Dose 35 Pf.		
Pfirsiche halbe Frucht 1/2 Dose 1.30, 1/4 Dose 70 Pf.	Preisselbeeren 1/2 Dose 70 Pf., 2/3 Pfd.-Dose 1.70 Mk.		
Bratheringe Dose 47 Pf.	Aal in Gelee Dose 80 Pf.	Französ. Sardinen Marke „Amieux Frères“ 1/2 Dose 90 Pf., 1/4 Dose 1.50, 1/2 Dose 85 Pf.	Oelsardinen Spezialmarke 1/2 Dose 65 Pf.
Bismarck-Heringe „ 47 Pf.	Russ. Sardinen u. Anchovis Glas 25 Pf.	Marke „Chancerelles Frères“ 1/2 Dose 85 Pf., 1/4 Dose 1.40	Oelsardinen 1/2 Dose 35 Pf.
Heringe in Aspice „ 40 Pf.	Rollmops Dose 40 Pf.		Echte Znaimer Gurken Glas 1.20
Delikatess-Heringe in verschied. Saucen 1/2 Dose 83 Pf., 1/4 Dose 52 Pf.			Gewürzgurken Glas 75 Pf.
			Schmorgurken 1/2 Dose 90 Pf.

KOLONIAL-WAREN

Victoria Erbsen Pfund 16 Pf.	Grosse Bohnen Pfund 24 Pf.	Gemischtes Backobst Pfund 35, 48, 65 Pf.	Tapioca Pakete ca. 1/2 Pfd. 45 Pf.
Kleine Erbsen „ 14 Pf.	Mittel Bohnen „ 20 Pf.	Französ. Pflaumen Pfund 35, 40, 50, 60 Pf.	Erbswurst mit Schinken oder Speck Stck. 28 Pf.
Erbsen prima glasiert „ 18 Pf.	Kleine Bohnen „ 18 Pf.	Hafermehl Pakete ca. 1 Pfund 38 Pf.	Suppentafeln à 15 Pf.
Spalterbsen gelb „ 14 Pf.	Flageolets „ 55 Pf.	Hafermehl Pakete ca. 1/2 „ 20 Pf.	Kartoffel, Reis, Grünkern, Erbsen gelb, Erbsen grün, Linsen, Tapioca-Julienne, Reis Julienne, Bohnen, Gersten, Grieß, Hafergrütze, Haussmacher, Körbel, Rumford, Sago
Algiererbsen grün gespalten „ 28 Pf.	Rangoon Reis „ 16 Pf.	Grünkernmehl Pakete ca. 1 „ 55 Pf.	Suppentafeln à 24 Pf.
Grüne Erbsen „ 15 Pf.	Japan Reis „ 20 Pf.	Grünkernmehl Pakete ca. 1/2 „ 30 Pf.	Julienne Bouillon, Tapioca Bouillon, Moc-turtie, Krebs, Curry, Frühling, Ochsen-schwefel, Pilz, Königin, Tomaten, Wildpret
Grosse Linsen „ 36 Pf.	Java Reis Pfund 24, 30 Pf.		
Mittel Linsen „ 32 Pf.			
Mais-Puder garantiert rein 1/4 kg Beutel 18 Pf., 1/2 kg Beutel 35 Pf.			
Gebrannter Kaffee Mischung I Pf. 80 Pf., II 95 Pf., III 1.10, IV 1.35, V 1.50, VI 1.70, VII 1.90		Holländischer Kakao In 1/1, 1/2 und 1/4 Pfd.-Packeten Pfd. 1.80, 2.10 Mk.	
Deutscher Kakao Pfd. 90 Pf., 1.15 Mk.		Block-Schokolade Pfd. 70 Pf.	
		Haushalt-Schokolade Pfd. 80 Pf.	

Salamiwurst in Rinddarm Pfd. 1.20 Mk.
Cervelatwurst in Rinddarm Pfd. 1.20 Mk.

Plockwurst Pfd. 1.10 Mk.
Kassler Kammstücke Pfd. 90 Pf.

Apfelsinen Dtz. 40 u. 50 Pf.

Ananas Pfd. 68 Pf.

Citronen Dtz. 30 u. 35 Pf.

Alleinverkauf der Schokoladenfabrikate von **Tobler & Co., Bern.**

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.
 Heute, Sonntag, den 18. Februar etc., abends 7 Uhr, in der
Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57:
Vortrags-Abend
 der Volksschriftstellerin Frau **Lina Leidl**. — Rezitation eigener
 Dichtungen humoristischer Inhalts im oberbayerischen Dialekt.
 Nach dem Vortrage: **Tanz.** Eintritt 10 Pf.
 Zahlreichen Besuch erwartet (20/5) **Der Vorstand.**

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
 Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
 Sonnabend, den 24. Februar,
 in den Gesamträumen der Neuen Welt, Hasenheide 108/114:
Großes Kostüm-Fest.
Ein Volks-Fest in Algeciras
 zur Zeit der Marokkokonferenz.
 Die Räumlichkeiten werden dem Feste entsprechend auf das groß-
 artigste dekoriert. **Ball** bei vier Orchestern. Auftreten des
Berliner Uk-Trio. Kunst- und Reigenfahrten des Berliner Vereins
 (Vereinsriege) sowie des Luckenwalder Bundesvereins. Auftreten
 einer internationalen Tänzer- und Sänger-Gesellschaft. Zirkusvorstellung.
 Bänkelsänger, welche schaurige Moritäten vortragen. Rutschbahn.
 Schau-, Schieß- und Würfelbuden usw. 11/12
Anfang 9 Uhr. Eintritt 50 Pf.
 Wir machen darauf aufmerksam, daß kein Kostümzwang herrscht, ein
 jeder erscheint, wie es ihm beliebt, sei es als Spanier, Franzose,
 Fischer oder Fischerin, Charlottenburger, Russe, Berliner oder
 Rixdorfer, Italiener, Marokkaner, Rohberger, im Bratenrock
 oder Sommertoilette usw., ein jeder findet eine „offene Tür“.
 Es ladet freundlichst ein **Das Festkomitee.**
 NB. Wir machen die Mitglieder aufmerksam, daß in den Ab-
 teilungsveranstaltungen sowie in der Genossenschaft, Oederberger-
 straße 30, Billetts zu haben sind. D. O.

Sonntag, den 18. Februar, in den „Arminhallen“,
 Kommandantenstraße 20:
Maxim Gorki-Abend.
 Vortrag des Herrn C. A. Stripp und Rezitation.
 Nachdem: **Gemütliches Beisammensein u. Tanz.**
 Anfang 6 Uhr. Eintritt 20 Pf. 298/2
 Um zahlreichen Besuch bitten
 Die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Abstinenz-Bundes.

Louis Kellers Fest-Säle
 Koppen-Str. No. 29. Koppen-Str. No. 29.
 Montag, den 19. Februar 1906, abends 7/9 Uhr:
III. Sinfonie-Konzert
Mozart-Wagner-Abend
 des auf 60 Künstler verstärkten
Berliner Sinfonie-Orchesters.
 Dirigent: Maximilian Fischer.
 Solist: **Max Salzwedel** (Violin-Virtuose).
 Billetts im Vorverkauf a 40 Pf. sind in den Zahlstellen der
 Volkshäuser zu haben. 2618b*

Voigts „Krampenburg“
 gegenüber von Schmöckwitz am Fusse der Müggelberge
 auf einer von herrlichen Waldungen umgebenen Halbinsel am
 Rande von Zedden-See und der Großen Krampe gelegen.
 Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. 2 Dampfer-
 anlegestellen, 3 große Säle, circa 3000 Personen fassend, schöne
 Restaurationssäle, Veranden, Terrassen, 35 Meter hoher Aussichtst-
 urm mit elektrischem Fahrstuhl, Regelpöhlen, Kasseküche, Puderboote,
 prächtige Spielplätze im schönsten Parkwald, Volksschulgebäude aller
 Art stehen zur Verfügung, gute Bewirtung (auch Selbstverköstlichung)
 zu soliden Preisen. — Guedes' Abfahrschlüsse für Sommerpartien erlaube
 ich Ihnen gerne. Fahrten usw. um baldigste Rückfrage in meinem
 Berliner Lokal **St. Voigts Ritterstraße, S., Ritterstraße 75.**
 Richtungsbock
 552* **Robert Voigt.**

Allen Freunden, Bekannten und Parteigenossen empfehle mein
Weiß- und Bayrisch-Bierlokal.
 Vereinszimmer mit Pianino.
Wilhelm Zippke, 24395
 Große Frankfurterstr. 86 (früher Rosenhallerstr. 41).

Weltbekannt sind
Rathenower Augengläser.
 Echte Rathenower Brillen 1,00
 Pincenez (echt Nickel) M. 1,50
 „ Double . . . 5,00
 „ Gold . . . 12,00
 „ Schildpatt . . . 4,50
 Opern- u. Reise-gläser v. 6,00 an
 garant. gute
 Barometer, Werke, von 6,00 an
A. Grün, Optiker,
 Brunnen-Straße 4
 am Rosenthaler Tor.
 Lieferant der Krankenkassen.

Lebens-Versicherung.
VICTORIA zu BERLIN.
 Lebens-Versicherungsbestand: über 1 Milliarde u. 250 Mill. Mk.
 Gesamt-Vermögen: über 1/2 Milliarde Mk.
 Prämien- und Zinsen-Einnahme in 1904: 109.473.467 Mk.
 Pro 1904 erhalten die Versicherten 20.945.543 Mark
 Ueberschuß als Dividende. 1904*
 Volks-Versicherung.
VICTORIA.
 FEUER-VERSICHERUNGS-ACTIEN-GESELLSCHAFT.
 Ganz neue liberalere Bedingungen.
 Feuer-Versicherung.

Hört!
 Sonntag. Montag. Mittwoch.
 Dienstag. Mittwoch.
 Kammgarn-Hosen, fste., rein Wolle, Massersatz 36 M. Stck. 13 50 M.
 Kammgarn-Hosen, prima reine Wolle, 26 . . . 9,50
 Cheviot-Hosen, die eleganteste Must., 18 . . . 5,75
 Buckskin-Hosen, neuester dauerhafter, 19 . . . 4,25
 Buckskin-Hosen, äusserst dauerhaft, Ein Posten Herren-Wäsche 50% billiger
 Ein Posten Damen-Wäsche 50% billiger
 Ein Posten Mützen für Knaben 50% billiger
 Ein Posten Mützen für Damen Stück 48 Pf.
 Ein Posten Knaben-Hosen Stück 78 Pf.
 Ein Posten Knaben-Hosen, prima, St. 1.10 M.
 Kinder-Anzüge, elegant
 Kinder-Anzüge, prima
 Kinder-Anzüge, extra prima
 Kinder-Anzüge, reine Wolle
 Kinder-Anzüge, feinste Ausfüh.
 Herren-Chevreau-Stiefel, eleg., 7,75, 8,75, 10, — M.
 Damen-Boxeal-Stiefel, eleg., 6,75, 8,75, 10, — M.
 Damen-Boxeal-Stiefel, prima, 5,75, 7,75, 9,50 . . .
 Ein Posten Schirme . . . 50% unter Preis
 Ein Posten Stübe . . . 50% unter Preis
 Ein Posten Herren-Anzüge 33 1/2% unter Preis
 Ein Post. Herr.-Sommer-Paletots 50% unter Preis
 Ein Post. Herr.-Demi-Paletots 50% unter Preis
 Ein Posten Blusen (Seide) 50% unter Preis
 Rosenthalerstr. 9, Ecke Auguststr.
E. Süßkind & Co.
 Unglaublich!

Gewerkschaftshaus, SO., Engel-Ufer 15.
 Sonntag, den 25. Februar 1906, abends 7 Uhr:
XII. Volkstümlicher Vortragsabend (Heine-Abend)
 von Maria Holgers.
 Musikalische Mitwirkung: Konzertsänger **Eugen Brieger.**
 Komponist **Hans Hermann.**
 Eintrittskarten zu 30 Pf. bei Horsch, Engel-Ufer 15, Gottfried Schulz, Admiral-
 Straße 40a und in allen durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften. 288/6*

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.
 Sonntag, den 4. März 1906:
Revolutionärer Dichter-Abend
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal IV).
 ××× Festrede, Gesang und Rezitationen. × Nach dem Konzert: Tanz. ×××
 Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr. Einlaß 50 Pf. inkl. Garderobe u. Liedertexte.

Frühjahrs-Neuheiten
 sind zur Besichtigung ausgelegt.
Gardinen, Stores, Bettdecken
 in Spachtel, Erbstüll, Point-lace, Point-arabe, Venise, Cluny.
Halbstores, Scheibenschleier, Vorhänge
 in verschiedenen Stoffen und modernen Ausführungen.
Einzelne Fenster Gardinen und Stores
 bedeutend unter Preis.
 Berlin W., **F. V. Grünfeld**
 Leipziger Straße 20/21.
 Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberei.

Germania-Prachtsäle
 Chaussee-Str. 103.
 Arnold Scholz Nachf. Karl Richter.
 Jeden Sonntag und Mittwoch:
Hamburg. Sänger.
 Sonntags nach Familien-Kränzchen
 der Sotree: im weissen Saal **Großer Ball.**
 von 5 Uhr ab:
 Jeden Donnerstag: **Militär-Konzert**
 d. Garde-Rüfller-Regelle. Vorzugskarten u. Passpartouts Mittwochs
 und Donnerstags gültig. 57922*

Alhambra
 Ballner-Theaterstraße 15.
 Jeden Sonntag: **Großer Ball**
 Großer Orchester. Anfang Sonntags
 5 Uhr. **A. Zamcitat.**
Brauerei Germania A.-G.
 Frankfurter Allee 53/55.
 Detonom: **R. Franke.**
Großer Ball.
 Anfang 5 Uhr.
 Entree inkl. Garderobe 30 Pf.
 Empfehle meine Säle zu Ver-
 sammlungen und Feiern.
 57512* **Richard Franke.**

Café Meyer
 Dresden-Str. 128/29.
 Kaffee 10 u. 15, Bier, Gedr. Bier, 10 Pf.
 ca. 50 Zeitungen; 2 Billards etc. 40 Pf.
 Zahlstelle der Freien Volksbühne.*

Berliner Uk-Trio.
 Felix Scheuer U. Strassenschr. 1.

Roh-Tabak
Sumatra-Deeken-Abfall
a Pfd. M. 1.00
 sehr billig.
W. Hermann Müller
 Berlin O., Magazinstr. 14.

Heinrich Franck
 Berlin N., Brunnenstraße 185.
Havana-Deck 200 Pf.
 schneeweißer Brand, prima Farbe,
 Vollbl., feine Deckkraft. 56622*

Raucht
Spree-Blume-
 Zigaretten.

Hört!
 Sonntag. Montag. Mittwoch.
 Dienstag. Mittwoch.
 Kammgarn-Hosen, fste., rein Wolle, Massersatz 36 M. Stck. 13 50 M.
 Kammgarn-Hosen, prima reine Wolle, 26 . . . 9,50
 Cheviot-Hosen, die eleganteste Must., 18 . . . 5,75
 Buckskin-Hosen, neuester dauerhafter, 19 . . . 4,25
 Buckskin-Hosen, äusserst dauerhaft, Ein Posten Herren-Wäsche 50% billiger
 Ein Posten Damen-Wäsche 50% billiger
 Ein Posten Mützen für Knaben 50% billiger
 Ein Posten Mützen für Damen Stück 48 Pf.
 Ein Posten Knaben-Hosen Stück 78 Pf.
 Ein Posten Knaben-Hosen, prima, St. 1.10 M.
 Kinder-Anzüge, elegant
 Kinder-Anzüge, prima
 Kinder-Anzüge, extra prima
 Kinder-Anzüge, reine Wolle
 Kinder-Anzüge, feinste Ausfüh.
 Herren-Chevreau-Stiefel, eleg., 7,75, 8,75, 10, — M.
 Damen-Boxeal-Stiefel, eleg., 6,75, 8,75, 10, — M.
 Damen-Boxeal-Stiefel, prima, 5,75, 7,75, 9,50 . . .
 Ein Posten Schirme . . . 50% unter Preis
 Ein Posten Stübe . . . 50% unter Preis
 Ein Posten Herren-Anzüge 33 1/2% unter Preis
 Ein Post. Herr.-Sommer-Paletots 50% unter Preis
 Ein Post. Herr.-Demi-Paletots 50% unter Preis
 Ein Posten Blusen (Seide) 50% unter Preis
 Rosenthalerstr. 9, Ecke Auguststr.
E. Süßkind & Co.
 Unglaublich!

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Montag
Dienstag
Mittwoch

LEBENSMITTEL

Soweit der Vorrat reicht
Verkauf nicht an Wiederverkäufer

Wir hatten Gelegenheit **6000** Dosen Fruchtkonserven nur erstklassiges Fabrikat zu kaufen und offerieren

Gemischte Früchte $\frac{1}{2}$ Dose 80 Pf.

Erdbeeren naturel $\frac{1}{2}$ Dose 68 Pf.
Himbeeren $\frac{1}{2}$ Dose 45 Pf. $\frac{1}{4}$ Dose 80 Pf.

Pflaumen ohne Stein $\frac{1}{2}$ Dose 55 Pf.
Stachelbeeren $\frac{1}{2}$ Dose 34 Pf. $\frac{1}{4}$ Dose 58 Pf.

$\frac{1}{2}$ Dose	$\frac{1}{2}$ Dose	$\frac{1}{2}$ Dose	$\frac{1}{2}$ Dose	$\frac{1}{2}$ Dose	$\frac{1}{2}$ Dose	$\frac{1}{2}$ Dose	$\frac{1}{2}$ Dose
Stangen-Spargel extra prima	1.70, 90 Pf.	Bruchspargel mit Kopf	70, 40 Pf.	Schoten	38, 24 Pf.	Wirsingkohl	35 Pf.
Stangen-Spargel prima	1.50, 80 Pf.	Bruchspargel ohne Kopf	58, 34 Pf.	Gem. Gemüse III	48, 29 Pf.	Pfefferlinge	48, 29 Pf.
Stangen-Spargel II	1.20, 65 Pf.	Kaiserschoten	1.20, 65 Pf.	Gem. Gemüse II	55, 33 Pf.	Spinat	45, 28 Pf.
Stangen-Spargel III	1.00, 55 Pf.	Schoten feine junge	52, 32 Pf.	Erbsen und Carotten	55, 33 Pf.	Kohlrabi	26 Pf.
Bruchspargel prima	85, 48 Pf.	Schoten junge	48, 29 Pf.	Carotten in Streifen	30, 20 Pf.		

Cacao deutscher Pfd. 90 Pf., 1.20 | **Cacao** holländischer Pfd. 1.75, 2.10 | **Block-Chocolade** Pfd. 68 Pf.

Cervelatwurst	Pfund 1.20	Brat- od. Bismarkheringe	Dose 45 Pf.	Heringe in Aspik	Dose 38 Pf.	Zucker ff. gemahlen	Pfund 18 Pf.
Salamiwurst	" 1.20	Sardinen $\frac{1}{4}$ Dose	33, 38 Pf.	Sardinen in Tomaten	Dose 85 Pf.	Zucker ff. gemahlen, Raffinade	" 21 Pf.
Mettwurst (Braunschw. Art)	" 1.00	Sardinen $\frac{1}{2}$ Dose	95 Pf.	Sardinen $\frac{1}{4}$ Dose	90 Pf.	Zucker ff. Brot-Raffinade	" 22 Pf.
Rotwurst I	" 1.00	Sardinen $\frac{1}{1}$ Dose	1.15, 1.85, 2.05	Sardinen $\frac{1}{2}$ Dose	1.50, 1.65	Krystall- od. f. in körnige Würfel Raffinade	" 23 Pf.
Landleberwurst	" 1.00	Franz. Sardinen Amieux fröres					

Apfelsinen Dutzend 33, 43, 50 Pf. | **Citronen** Dutzend 35, 40 Pf. | **Ananas** Pfund 68 Pf.

A. B. Koch, Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Bronbergerstr. 15.
Breite für nur 1a Marken ab Holz:
Prima 1a Halbkohle (be-
kannte Marken) pr. Stk. 80 Pf.
1a Seiftenberg Buchschleife 75 Pf.
1a Marienplatz pr. Stk. (110
bis 120 Stk.) 85 Pf.
1a Diamant gel. gef. (110 bis
120 Stk.) 90 Pf.
1a Hefe zu dem von der Hefe-Grube
schonsten Preise.
Anhalt Kohlenwerke Stk. 95 Pf.
Anthrazit Gade " 2 Pf.
Bruch, Koks, Steinkohlen usw. zu
den billigsten Tagespreisen. An-
lieferung frei Keller je nach Quantum
p. Stk. 10-15 Pf. mehr. — Bei
größerer Abnahme billiger.

Kronleuchter-Fabrik.
Größte Auswahl.
100 Kronen
für Gas und Petroleum
von 10-300 Mark.
Vorkauf zu billigst. Fabrik-
preisen an Private.
Auf Wunsch kulanter Zah-
lungsbedingungen ohne Preishöhung.

Siegel & Co.,
Prinzenstraße No. 33.
Kredit. Monatlich
— 10 Mark —
Lieferung Anzüge,
Wäلتers
nach Maß.
Per Kasse auch billige Preise.
J. Tomporowski, Prinzenstr. 33.

Sprachen
lerne zu Hause!
Bericht Engl., Franz., Ital.,
Russ., Schwed., Span., etc.
Deutsch (i. St. u. Ausl.), durch
welche Selbstunterrichts-Briefe,
Vorkenntnisse unnötig.
Tausende verdanken
diesen Briefen ihre Exzellenz
oder bessere Stellungen.
Mon. Zahlung nur 2-3 Mk.
Ausführliche Prospekte u. Probe-
briefe der betr. Sprache franco u.
gratis.
M. Kupferschmid,
Buchhandlung München 1938.
Vertreter gesucht.

Keuchhusten
Blauer oder gelber Husten der Kinder
ist heilbar durch
Reichels „Cupressin“
(Schieds-Apparat).
Ein sicher wirkendes Heilmittel von oft
überragendem scheinbarem Erfolge ohne
schlechte Nebenwirkungen. Für die
Kinder eine wahre Wohltat. Klinisch
erprobt und ärztlich glänzend begu-
tet. Al. M. Wehmanns Empfehlung i. Wt.
(ausbelegte Seite 90 Wt. der 3. Hl. Frankfurt).
Wie in den Drogerien und Apotheken
nicht erhältlich, so beziehen durch
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.
Berlin O. 45.

Masken-Garderobe
von 550000
Carl Ernst,
Köpenickerstr. 126, 1 St.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzug dieser Annonce
erhält 10% Preisermäßigung.

!! Von 36 Mk. an !!
Ohne Konkurrenz. Gelegenheits-
käufe, spottbillig, von besten
Tuch-Fabrik-Resten
Herren-Anzug oder Valetot nach
Maß, neueste Muster, reines Stoffe,
feinste Sat., 2 Anpr., für tabell. Eig.
goldene Medaille. Ludwig Engel, Pren-
lauerstr. 23 II, Alexanderplatz. 75/8

Eine Mark
wöchentl. Teilzahlung
tiefer eleganter fertiger
Herren-Moden.
Ersatz für Maß.
Maß-Anfertigung
feinste Verarbeitung
Garantie tadelloser Sitz.
J. Kurzberg,
An der Jannowitz-Brücke I, I.
Direkt
am Bahnhof.
Kein Waren-Kredithaus.

Sie schaden sich selbst, wenn Sie bei
Husten, Katarrhen der Lunge u. Luftwege
nicht meine als altbewährtes Linderungsmittel bekannnten und geschätzten
Spitzwegerichsalthonbons und Spitzwegerichteer anwenden.
Teleph.:
Allein echt d. **Guat. Behm, Berlin O., Frankfurter Allee 120. Amt 7a, 7175**

Reichels ist ungeräucherter
Wacholder-Extrakt Marke „Medico“
ein sehr natürliches u. heilkräftiges, seit Jahrhunderten glänzend bewähr-
tes Hausmittel mit wunderbarem Erfolge wirkend, speziell gegen
Rheumatisches, Gicht, Hämorrhoiden, Magenkrämpfe, Beschwerden
der Wechseljahre, Frauenleiden, Nerven, Nervenleiden auf
Druck u. Lunge und reinigt das Blut in der vollkommensten Weise.
Verbindet feiner abtöndert, die Hausausdüftung fördernden, horn-
weichenden u. Unreinigkeiten ausbleichenden Eigenschaften leistet er bei
Blasen- u. Nierenleiden besonders wirksame Dienste und wirkt, die
Natur unterstützend, auf alle Teile des Organismus in mobilitätiger
Weise ein. Niemals löst, garantiert rein u. unverfälscht nur
in Flaschen mit Marke „Medico“ a 75 Pf. u. 1.50 u. 3.50 zu
erhalten durch
Otto Reichel, Berlin O. 45, Eisenbahnstr. 4. F. Köpenickerstr. 126.
Wo in den Provinzen u. Aussen kein Geschäft, Rubensstr. 107 bei Gaus.

Metzner Kinderwagen
Korbwaren
Bettstellen
Triumphstühle
Kindermöbel
Größtes Spezial-Geschäft
I. Berlin O., Androasstr. 23, gegenüb. Androasplatz.
II. N.W., Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldtthain.
III. N.W., Boussaisstr. 67, Moabit.
IV. Leipzigerstr. 54-55, Kolonnenaden.
Verkauft hat in Fabrikgebäuden.
1000 M. Belohnung
zahle jedem, der mir in
Berlin ein größeres Spezial-
geschäft in dieser Branche
als das meinige nachweist.

Brauerei Karl Gregory Aktien-Gesellschaft
Telephon Amt III 1608. Berlin N. Telephon Amt III 3183.
Hochstraße 21-24
empfiehlt ihre vorzüglichen Biere, aus bestem Malt und Hopfen hergestellt, als: 6677L*
Lager-Bier (goldgelb) in Gebinden und Flaschen.
Pilsener Bier (Spezialität)
Hofbräu (nach Münchener Art)

Praktisch! Reinlich! Sparsam!
Spiritus-Kocher
aller Art wie
Hand-, Herd- und Reise-
Kocher, Kochherde,
Kochplatten, Rechauds
in jeder Ausstattung u. Preis-
lage von 50 Pf. an.
Centrale für Spiritus-Verwertung G. m. b. H.
Ausstellungs- und Verkaufsort:
Berlin N.W. 7, Friedrichstr. 98, gegenüb. d. Zentral-Hotel.
Man verlange unsere illustrierte Preisliste.

Verfammlungen.

Eine Protestversammlung sämtlicher Arbeiter der Englischen Gasanstalten fand am Freitag in der Berliner Ressource statt. Es waren wohl über 700 Personen anwesend, so daß der Saal die Menge kaum fassen konnte.

Die Arbeiter und Handwerker der Englischen Gasanstalten halten die letzten Entlassungen der Verbandskollegen des Außenbetriebes für offenkundige Maßregelungen und fordern die Wiedereinstellung derselben.

Eine Anzahl Diskussionsredner waren zwar mit der Resolution einverstanden, hatten aber eine unmittelbare Arbeitseinstellung auf sämtlichen Betrieben befürwortet.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am 11. Februar seine Generalversammlung ab. Nachdem der Kassierer einige Punkte des gedruckten Rechenschaftsberichtes erläutert hatte, wurde ihm Dedargé erteilt.

Stellungen nicht aus Überfluß treffen, sondern um das ideale Streben zu heben, bei dem die Kunst und das sittliche Empfinden dem Volke immer mehr zugeführt werden soll, müssen wir gegen diese Maßnahme protestieren.

In der Abstimmung wurde angenommen, die Organisationsfrage im Statut mit aufzunehmen, dagegen die Zahl von 25 Mitgliedern zu streichen. Gegen die Einführung der Kopfsteuer von 10 Pf. wurde ausgeführt, daß eine Kopfsteuer von 5 Pf. auch genügen würde.

Der Ortsverein Berlin der Vereinigung der Fliesenleger hielt am Donnerstag im Neuen Klubhaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die hauptsächlich dazu bestimmt war, die Beschuldigungen der Fliesenleger des Maurerverbandes gegen die Vereinigung zurückzuweisen.

Die jetzigen Arbeitseinstellungen der Fliesenleger des Maurerverbandes können nach ihrer ganzen Insignierung und auf Grund des Verbaltens der genannten Verbände während des Lohnkampfes der Fliesenleger und Hilfsarbeiter im Herbst 1905, sowie seit dem Abschluß der Einigungsverhandlungen vom Jahre 1904 bis heute gegen unsere Vereinigung überhaupt, als ehrlich gemeinte Bewegung zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Fliesenlegergewerbe auf keinen Fall angesehen werden.

Darauf berichtete der Ausschuhvorsitzende Gupke über die Tätigkeit des Ausschusses, der verschiedene Differenzen zu schlichten hatte.

Die in den Zentralverbänden organisierten Fliesenleger und Hilfsarbeiter nahmen in ihrer am Freitag abgehaltenen Versammlung eine Resolution an, die in ihren wesentlichen Punkten lautet: Da nach der Annonce der Vereinigung der Fliesenleger in der Versammlung am Donnerstag der Sektion auf ihre Vorwürfe gegen die Vereinigung Antwort erteilt werden sollte, nahmen die Kollegen der Sektion an jener Versammlung teil und hörten die Vorwürfe mit an.

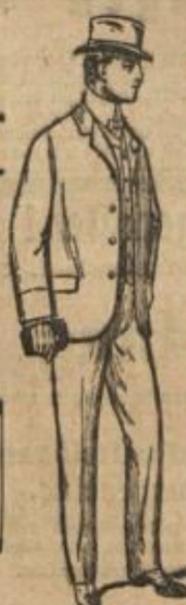
Der Vorstand der Vereinigung der Fliesenleger sendet uns eine Erwiderung auf die Veröffentlichung der Sektionsleitung in Nr. 88 des „Vorwärts“. Mit Bezug auf die veröffentlichte Karte aus Bunzlau sagt der Vorstand der Vereinigung: Die Karte sei die Antwort auf einen Brief, worin ein Bunzlauer Kollege anfragt, ob er auf Grund der Aufforderung der Jizma Schiffer, die mit der Vereinigung einen Vertrag geschlossen hätte, nach Berlin kommen könne.

Leser- und Diskussionsklub „Mosaik“. Montag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Bachstein, Salzweberstr. 16. Gebirgsabend. (Restkoffen.)

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Bromberg-Stadt und Land. Sitzung Dienstag, den 20. Februar, bei Ehrensch, Schillingstraße 24: Vortrag des Gen. Eißel-Bromberg: „Der Zweck unserer Organisation“. Die Mitglieder und Parteimitglieder werden erbeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund. Ortsgruppe Berlin. 8. Bezirk. Montag, den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Sitzung bei Lehmann, Hiltowstr. 59. Vortrag der Genossin Frau Dr. Wegscheider-Biegler. 5. Bezirk. Montag, abends 7 1/2 Uhr, im „Weten Beer“, Köpenickerstr. 18: Bezirksführung.

Einsegnungs-Anzüge



Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Meltons u.s.w.

33.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 16.- 14.- 12.- 10.- 9.50 M.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

Wäsche, Hüte, Handschuhe u. s. w. zur Einsegnung zu sehr niedrigen Preisen.

Prüfungs-Anzüge

moderne, gemusterte Webarten, in Cheviots, Buckskins, Kammgarnen u. s. w. allerneuester Geschmacksrichtungen 30.- 25.- 20.- 16.- 12.- 10 M.

Prächtige Frühjahrs-Neuheiten.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Massenstabes Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20.

Ausstattungs-

Wäsche

Table listing various types of laundry items and their prices, including Tischflücher, Tafelflücher, Tischgedecke, Servietten, Cafégedecke, Cafédecken, Stubenhandtücher, Küchenhandtücher, Rolltücher, Taschenflücher, and Taschentücher.

Julius Haack

Manufakturwaren und Konfektion BERLIN N., Brunnenstraße 198 am Rosenthaler Tor.

188L Sonntags geöffnet 8-10 und 12-2.

II. Wahlkreis.

Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Volks-Versammlung

im Lokale des Herrn **Gobmann**, Kreuzbergstraße 48.

Tages-Ordnung:

1. „Die Entwicklung der Sozialpolitik im Reich.“

Referent: Reichstagsabgeordneter **Stücklen**.

2. Diskussion.

Frauen haben Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

VI. Wahlkreis!

Sonntag, den 18. Februar, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße Nr. 23:

Öffentl. Versammlung für Männer u. Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Karl Metzschold**: „Nach dem 21. Januar.“ 2. Diskussion.

Zu recht zahlreichem Besuche ladet ein

Der Einberufer.

Nach der Versammlung:

247/1

Gemütl. Beisammensein mit Tanz.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg.

Dienstag, den 20. Februar 1906, abends pünktlich 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Gebr. Arnolds „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6.

Tages-Ordnung:

1. Die Aufgaben der Gemeinden.

2. Vereinsangelegenheiten.

Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Der Vorstand.

Schöneberg.

Dienstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr:

Wahlvereins-Versammlung

in Obst's Festsaal, Meiningenstraße Nr. 8.

Tages-Ordnung:

1. Der preussische Landtag. 2. Diskussion.

3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Verband der Schneider und Schneiderinnen!

Achtung! Achtung!

Branchen-Versammlungen.

Herrenkonfektion.

Kollegen und Kolleginnen!

Montag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei öffentliche Versammlungen für Konfektions-Schneider und -Schneiderinnen

für den Norden bei Wernan, Schwedterstr. 23,

für den Osten bei Haberecht, Gr. Frankfurterstr. 30.

Tages-Ordnung:

1. Welche Anwendung geben wir aus der Feinarbeit-Ausstellung? 2. Die Stellung der Detail-Konfektioniäre zu unseren Forderungen. 3. Der Lohnkampf der Konfektions-Schneider in Süddeutschland.

Referenten: Kollegen Mähr und Käning.

Kein Kollege, keine Kollegin fehle in diesen wichtigen Versammlungen! Agitiere jeder für zahlreichen Besuch.

Damenkonfektion.

Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 5 Uhr, bei Haberecht, Gr. Frankfurterstr. 30.

Montag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Milbrodts Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7:

Zwei öffentliche Versammlungen für alle in der Damenkonfektion beschäftigten Kollegen und Kolleginnen!

Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Dr. Ballin über: „Die Bedeutung der Kinderfürsorge und des Kinderschutzes für die Arbeiterklasse.“ 162/10

Kollegen und Kolleginnen! Kommt zu den Versammlungen! Erscheint pünktlich und zahlreich. — Nach Schluss der Sonntags-Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Maßschneider von Moabit!

Montag, 19. Febr., abends 8 1/2 Uhr, bei Zacharias, Stromstr. 26:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Wohn- und Arbeitsverhältnisse in Moabit. Referent: Kollege Ritter. Kollegen! Erscheint in Massen zu dieser Versammlung. Besitzt, daß es Euch Ernst ist mit der Verbesserung Eurer Verhältnisse.

Die Einberufer.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20.

Vortrag von Dr. Borchardt über: Die Gewalt und Bewegung der Erde. Diskussion. Gäste willf.

Die Führung durch die Reumier-Ausstellung, Potsdamerstr. 120, findet Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, pünktlich statt.

65/6

Achtung!

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 20. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr:

5 große Versammlungen:

1. Im Lokal Granmann, Nannysstr. 27 (Görlitzer Viertel).
2. " " Drachenburg, Vor dem Schles. Tor 1/2.
3. " " P. Litfin, Memelerstr. 67.
4. " " Glysiun, Landsberger Allee 40.
5. " " Boeker, Weberstr. 17.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Die Wahlrechtsfrage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Referenten sind die Genossen:

Eugen Brückner, Ernst Brückner, O. Buchner, P. Litfin, K. Wüschel. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Charlottenburg.

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Am Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 3: General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Arbeitsekretärs Genossen Ritter über: „Die geplante Gesetzgebung in der Sozialpolitik.“ 2. Diskussion. 3. Bericht des Kassierers. 4. Wahl der Delegierten zur General-Versammlung. 5. Vereins-Angelegenheiten. Der Vorstand. 250/4

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Achtung! Putzer. Achtung!

Am Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 Uhr, finden in sämtlichen Berliner Bezirken und Vororten die

Bezirks-Versammlungen

in den bekannten Lokalen statt.

Auf der Tagesordnung in allen Versammlungen steht: 1. Wahl des Zweigvereinsvorstandes, Reviseurs und Kassenkommission. 2. Wahl der Delegierten zur 9. Konferenz am 4. März d. J. 3. Bericht über die bisher mit den Vertretern der Maurer gepflogenen Verhandlungen die Arbeitsbedingungen der Putzer betreffend, und Verschiedenes. 133/12

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich in seinem Bezirk zu dieser Versammlung zu erscheinen. Die örtliche Verwaltung. J. U. S. Neumann.

Arbeiter und Hausfrauen! Parteigenossen!

Am Freitag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, eine

öffentliche Versammlung

statt, in der Genosse M. Hoppe, Vertreter der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (Hamburg) einen Vortrag halten wird über:

Die Verfälschung der Waren in der Lebensmittelbranche und deren Bekämpfung durch die Konsumvereine.

Arbeiter und Hausfrauen! Parteigenossen! Dies Thema ist ein so interessantes und vielen die Verfälschung der Lebensmittel so unbekannt, daß ein volles Haus erwartet und erwünscht wird. Zellerammlung findet nicht statt. Der Einberufer.

Arbeiter! Hausfrauen! Parteigenossen!

Die gegenwärtige Feinarbeit-Ausstellung, deren Besuch warm empfohlen werden kann, entrollt uns ein Bild unsäglichen Glönds und daher Pflicht jeden ehrlichen Sozialpolitikers, Gewerkschaftlers und Parteigenossen nach Möglichkeit zur Bekämpfung der Feinarbeit beizutragen. Die wirksame Bekämpfung geschieht allerdings durch die Gesetzgebung. Es kann aber heute schon jeder sein Teil zur Bekämpfung der Feinarbeit tun, wenn er sich genossenschaftlich organisiert, also den Konsumvereinen beitrete. Durch

Masseneintritt in die Konsumvereine

werden dieselben in die Lage gebracht, Genossenschaftsbetriebe zu errichten, in denen Feinarbeit vollständig ausgeschlossen, bessere Löhne und längere Arbeitszeit, kurzum unbedingt die genossenschaftlichen Forderungen von vornherein gewahrt werden.

Arbeiter und Hausfrauen! Parteigenossen! Die Ihr noch nicht einem Konsumverein angehört, tretet unverzüglich bei, denn jodert Ihr erst mit dem Beitritt, dann ist die heutige Begeisterung rasch verpufft und der Konsumverein kommt bald wieder in Vergessenheit, der Eure Unterstützung notwendig, aber auch zu verlangen hat.

Ihr aber, die Ihr schon Mitglieder seid, werdet unermüdet für Euren Verein, schafft in den Fabriken, Versammlungen, in Bekannten- und Freundeskreisen neue Anhänger unserer Idee; solche Anhänger, die nicht nur aus Sympathie entgegenbringen, sondern durch stetes Kaufen aller Waren, die wir führen, auch tatkräftige Mitglieder unseres Vereins werden.

Berliner Konsumverein (Zentrale: Frankstr. 7)

hat 11 Geschäfte, in denen die Kaufnahme sofort vollzogen wird und nur das Eintrittsgeld von 50 Pf. zu zahlen ist. Die vorgeschriebenen 2 Geschäftsanteile a 10 M. können durch allmähliche Abzüge von der Käuferschaft aufgespart werden; dieselben bleiben Eigentum des Mitgliedes.

Die Geschäfte des Berliner Consum-Vereins befinden sich:

- | | |
|--|----------------------------|
| 1. Michaelstraße 4 | 4. Bornsdorferstraße 62 |
| 2. Krausstraße 7 | 5. Habeburgerstraße 6 |
| 3. Liebigstraße 7 | 6. Rosenthalerstraße 20 |
| 7. Emdenerstraße 50 | |
| 8. Rummelsburg: Türschmidtstraße 6 | |
| 9. Berlin-Zitronen: Zitronen Allee 20A | |
| 10. Frankfurter Chaussee 103 | Friedrichberg-Lichtenberg. |
| 11. Kronprinzenstraße 1 | |

103/15

Achtung!

Wahlverein

Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

Eingetragene Genossenschaft m. beschr. Haftung.

Nachtrag

zur Bilanz vom 30. 9. 1905.

Am Laufe des Geschäftsjahres 1904/05 ist ein Genosse durch Ausschluss ausgeschieden. 105/16
Es gehörten am Schlusse des Geschäftsjahres der Genossenschaft 15 Genossen an mit einer Gesamtzahlsumme von 1500 Mark und dem gleichen Geschäftsbüchlein. Die Gesamtsumme hat sich um 100 M. verringert. Berlin, den 17. Februar 1906.

Der Vorstand:
A. Michaelis Paul Lenz.

Karl Wuttke

Restaurant und Dekoration
Besselstraße 22.
Da speist man wie bei Ruffern. Es wird nur wie im Haus halt gefocht. Frühstücks- und reichhaltiger Abendtisch zu nur kleinen Preisen. 28005
Bürgerlicher Mittagstisch mit Bier 50 und 60 Pf.

138L

Inventur-Ausnahmepreis

Eine Partie imit. Perser

Teppiche

Gebet- u. Dekorationsstücke, getrene echter Perser Kopien von wunderbarer Farbenpracht auf beiden Seiten benutzbar.
Ungefähre Größe:
90x185cm M. 3,75 (bisher 6,00)
130x200 " " 5,50 (" 8,25)
160x230 " " 8,75 (" 12,75)
200x300 " " 12,75 (" 18,50)
250x350 " " 21,50 (" 28,50)
300x400 " " 28,50 (" 39,00)
Passende Bett- und Pult-Teppiche Stück 75 Pf., 1,00 und 1,50 M.
Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.

Inventur-Extraktliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko

28. Februar Schluß unseres

Räumungs-Verkaufs

in Herren - Anzug-, Paletot-, Hosen-, Joppen-Stoffen zu spottbilligen Preisen.
Tuchhandlung und Herren-Garderoben-MAbänfertigung
Weinbergsweg 11.
A. Starbeck & Co., früh. A. Starbeck.

Grosse Betten 12 Mk.
(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) mit doppeltgerichtetem neuen Bettfebern, bessere Betten 18, 20, 24 Mk., 1/2, Voll Betten 18, 20, 25, 28, 30 Mk. uio. Verkauf geg. Rücknahme, Preisliste, Proben, Verpackung kostenfrei.
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstr. 40
Größt. Spezial-Geschäft Deutsh.

Zahn-Klinik. Beliebige Teilzahlung. Invalidenstraße 145.
Olga Jacobson, Schneidemeister n. ansehlichen Stoffe.
Paul Töbs, Schneidemeister n. ansehlichen Stoffe.



Zahner
Schnitzer

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Montag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Kistenmacher

im Gewerkschaftshause (Saal 5), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen. Referent: Kollege R. Leopold.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Achtung! Kammacher! Achtung!

Mittwoch, den 21. Februar, abends präzise 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Kammmacher und aller in der Zelluloid-Haarschmuckbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:

1. Die Lage der in der Zelluloid-Haarschmuckbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nach der letzten Statistik, und wie verbessern wir dieselbe? Referent: Kollege Langhammer.
 2. Diskussion.
 3. Werkstattangelegenheiten.
 4. Verschiedenes.
- Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
- Die Kommission.**

Parkettbodenleger.

Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Wie regeln wir unseren Arbeitsnachweis? 2. Branchenangelegenheiten.
 3. Verschiedenes.
- Der wichtigen Tagesordnung wegen ist jeder Kollege verpflichtet zu erscheinen.
- Die Kommission.**

Achtung! Einsetzer! Achtung!

Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3. Jede Firma muß vertreten sein. Karten werden in der Sitzung ausgestellt. Die Kommission wird gebeten, eine Stunde früher zu erscheinen.

Hutformentischler.

Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Lokale des Herrn Gude, Sophienstraße 74. Das Erscheinen sämtlicher in der Branche beschäftigten Kollegen ist notwendig.

Küchenmöbelbranche

Donnerstag, den 22. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag.
2. Diskussion.
3. Verbands- und Branchenangelegenheit.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Montag, den 19. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Volkshause, Rosenstr. 3.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Das Genossenschaftswesen“.
 2. Wahl eines ersten Bediensteten.
 3. Verbandsangelegenheiten.
 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
- Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
- Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Kürschner-Verband

Montag, den 19. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Ad. Ernst Gesellschaftshaus, Wrenzlauerstraße Nr. 41.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Verbandsvorsitzenden G. Schubert-Gamburg über: „Unternehmerverbände und Arbeiterorganisationen“.
 2. Diskussion.
 3. Bericht und Neuwahl des Delegierten zur Gewerkschaftskommission.
 4. Verschiedenes.
- In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir, diese Versammlung recht zahlreich zu besuchen.
- Gäste haben Zutritt!**
- Die Ortsverwaltung.**

Verein Berliner Hausdiener

gegründet 1883.

Arbeitsnachweis u. Bureau: Alte Leipzigerstraße 1. Eing. Haukes Hof. Geöffnet von 8-6 Uhr. Sonntags geschlossen. Telefon: Amt I, 2632.

Donnerstag, den 22. Februar, abends 9 Uhr, in den Zentral-Festsälen, Alte Jakobstraße 32:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Vortrag des Genossen Köhler über: „Die neuen Steuerentwürfe“.
 3. Diskussion.
 4. Geschäftliches.
- NB. Den Mitgliedern und Angehörigen sowie Freunden und Gönnern des Vereins teilen wir mit, daß am **Sonntag, den 17. März 1906**, in den Gärten der Neuen Welt unser **Kostümfest**:
- „Ein Winzerfest am Rhein“**
- stattfindet. Da wir weder Kosten noch Mühe gescheut haben, um den Mitgliedern und Gästen etwas Besonderes zu bieten, ersuchen wir um rege Beteiligung.
- Der Vorstand.**

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrs-arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin I. — Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, II. Zimmer 13-17. Geöffnet von 8-6 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen. Arbeitsnachweis: Telefon Amt 4, Nr. 3348. Bureau: Telefon Amt 4, Nr. 4747.

Achtung! Kollegen und Kolleginnen! Achtung!

Montag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Bugenhagen (am Moritzplatz):

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Mitteilungen. 2. Jahresberichte: a) Bericht des Vorstandes, b) Kassenbericht, c) Arbeitsnachweisbericht, d) Bericht des Disziplinars. 3. Neuwahl der inneren Ortsverwaltung und der Revisoren. 4. Einträge und Geschäftliches.

Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang zur Versammlung vorzuzeigen. Wer mit seinen Beiträgen über 10 Wochen im Rest ist, hat keinen Zutritt. In der Versammlung können Beiträge bezahlt werden.

Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

Große öffentliche Versammlung

aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul Müller-Gamburg (Vorsitzender des Verbandes der Seelente). 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Da beide Versammlungen äußerst wichtig sind, so erwarten wir einen sehr zahlreichen Besuch. Die Ortsverwaltung.

Freie Vereinigung d. Bauarbeiter Berlins u. Umgegend.

Achtung! Töpferträger! Achtung!

Montag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, bei Friß Wille, Brunnenstr. 188:

Öffentl. Versammlung d. Töpferträger Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. 28455. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. J. K.: Hermann Norgel.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin. Polsterer! Kleber!

Versammlung.

Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35:

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Ritter. 2. Die Preisverhöhungen des Kleber-Tarifs vom 1. März d. J. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschl.

Mittwoch, 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Brunnenstr. 188:

Kombinierte Versammlung.

1. Vortrag des Genossen Stern: „Aus der Entwicklungsgeschichte des menschlichen Geisteslebens“ Zweiter Vortrag: „Von Plato und Aristoteles bis zur Auflösung der griechischen Philosophie in Neoplatonismus“.
 2. Diskussion.
- Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler.

(Ortsverwaltung Berlin.) Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung

in den Arminiahallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung: 150/7

1. Geschäftliches.
 2. Vortrag des Genossen Wille über Konsum- und Baugenossenschaften.
 3. Diskussion.
 4. Verschiedenes.
- Kollegen! In Anbetracht dieser für unser Berufsleben so wichtigen Frage erwarten wir, daß die Versammlung recht zahlreich besucht wird. In die verheirateten Kollegen richten wir die Aufforderung, möglichst ihre Frauen zu dieser Versammlung mitzubringen.
- Die Ortsverwaltung.**
- NB. Die ausgegebenen Fragezettel müssen unbedingt im Laufe dieser Woche an uns zurückgegeben werden.

Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Graumanns Festsälen, Nauynstr. 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Engelbert Graf über „Die Geschichte der Orgel.“ 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Weihnachts-Vergnügen. 4. Vereinsangelegenheiten. 141/4

Männer-Chor „St. Urban 1878“

M. d. A.-S.-B. tagt jetzt jeden Donnerstag von 9-11 Uhr Oranienstraße 103 bei Augustin. 65/9

Stimmbegabte Herren, besonders 1. Tenöre, herzlich willkommen.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften, Fabriken, Klubs!

Es ist Zeit, daß Sie Lokale für Ihre bevorstehenden Dampferpartien abschließen.

Restaurant „Waldhaus“, Rauchaufwender bei Zeuthen, herrlich am Zeuthener See und Hochwald gelegen, ist das geeignetste Lokal — 3 große Säle usw., 2 Dampfer (je 200 Personen) zu vermieten. Gute Küche. Anerkennungen zur Einsicht. Um Besichtigung und rechtzeitigen Abschluß bittet.

Der Inhaber Karl Römisch.

Richtig Deutsch

sprechen und schreiben erlernen Sie ungeniert und spielend leicht für den Preis von nur 5 Mk. durch den besten Unterricht der

Handelwissenschaft, Fachblatt für Kontor und Bureau, Berlin, Pringelstr. 26. Probeblatt gegen 50 Pf. Briefmarken. 90/9*

J. Baer

Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee. Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Elegante Einseignungsanzüge, Großes Lager in- und ausländischer Stoffe, zur Anfertigung nach Maß. **Atorbilligste, streng feste Preise.***

Hygien. Bedarfsartikel Illustr. Preisl. frei. Gustav Engel, Berlin 172, Potsdamer Straße 131.

Kolossal dill. Melberpind, Wäldchen, Bettdecken, Ungebleichte, Trümpfen, Blüschstoffe, Stühle, Chaiselongue, Teppich, Portieren, Duffel, Garnitur, zwei gefüllte Schränke verkauft **Willy Gaismann**, Neue Königstraße 20, dicht am Alexanderplatz. 287/17*

Stepdecken

billigt direkt in der Fabrik **72. Wallstr. 72.** wo auch alle Stepdecken aufgearbeitet werden. **Bernhard Strohmanndel**, Berlin Ka. Illust. Katalog gratis.

Eltern,

die beabsichtigen, ihre Söhne oder Töchter dem **Kaufm. Berufe** anzuführen, wenden sich vertrauensvoll an **Rackow's Handels-Akademie**, Leipzigstr. 39 (nahe Charlottenstraße). **„Anfang April“** Beginn neuer Kurse. (Damen u. Herren getrennt.) **Man verlange Prospekt!**

Achtung! Prachtsälen des Ostens

(Zuhörer: Cranz) **keine organisierten Musiker** beschäftigt sind. — Wir bitten die werten Besteller, hiervon Kenntnis zu nehmen. **Der kostenlose Arbeitsnachweis** des Zentralverbandes der Zivilmusiker Deutschlands befindet sich Brunnenstr. 188 bei Wille. **Der Vorstand** des Zentralverbandes der Zivilmusiker Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin.

Verband deutsch. Gastwirtsgehülfen

(Ortsverwaltung Berlin.) Dirckestr. 39 I. Amt III. 1813. Das Lokal

„Pracht-Säle des Ostens“ (Zuhörer: Cranz) Gastwirt Cranz)

Frankfurter Allee 151/152 ist, da auch die neuerdings am 14. Februar stattgefundenen Verhandlungen, an welchen der Vorstand des Zentral-Verbandes und der Aufsicht der Berliner Gewerkschaftskommission beteiligt waren, zu keiner Einigung führten,

für organisierte Gastwirtsgehülfen

gesperrt.

NB. Wir ersuchen alle Vorstände und Komitees, soweit sie bei Herrn Cranz Versammlungen und Berggängen abgemacht haben, uns gest. ihre Adressen anzugeben, damit wir in der Lage sind, über die Ursachen der Sperrung die notwendige Aufklärung zu geben.

Reinseidene Chiné-Bluse 10.00

Verkauf mehrerer hundert seidener Blusen direkt an Privats. Darunter: Reinseidene Blusen in sparten Streifen und effektevollen Chiné jetzt 10,00, 12,00, 15,00 etc., schicke Theater- und Gesellschafts-Blusen jeder Art jetzt 15,00, 17,50, 20,00 etc. Schwarze Seiden-Blusen in nur soliden Geweben jetzt 6,00, 12,00, 15,00 etc. Vornehme Samt-Blusen 10,00, 12,00, 15,00 etc. Sämtliche Blusen sind ganz auf Fuster gearbeitet. Änderungen sofort. Maß-Anfertigung schnellstens. Adresse genau beachten. **Sonntags geöffnet.** Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin, jetzt nur Leipzigerstr. 79, 1 Tr., am Dönhofsplatz. **Telegr.-Adresse: Seiden-Herzog.**

Die Möbel-Fabrik

von **A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5** empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 210-10 000 Mk. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und Eichenart sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenshafte Bedienung. Kulante Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6577.

Wir haben manchmal mit Künstlern gesprochen und die Kunst, feine türkische Cigaretten herzustellen, mit deren Kunst verglichen. Erfolg in jeder Kunst erfordert gespannte Aufmerksamkeit, Erfahrung und langjährige Schulung. Erfahrung ist der wesentlichste Punkt. Ohne diese ist es einfach unmöglich Cigaretten wie

JOSETTI CIGARETTEN

die wirklichen Kennern zusagen, herzustellen. Je länger die Erfahrung desto besser die Cigarette. Josetti-Cigaretten brauchen keine andere Empfehlung als die, dass sie die neuesten und besten Resultate lebenslanger Erfahrungen sind

Josetti

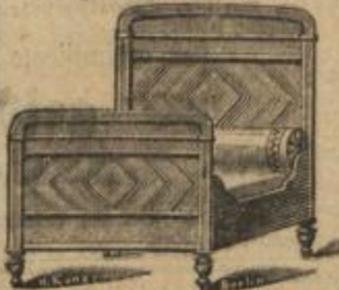
Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.



Türkisches Tabakfeld. Einsammeln der reifen Blätter für Josetti-Cigaretten

Gewinde sehr feine Nussmaschine (1. Wende) zu beliebig täglich von 10 bis 6 Uhr 11/2, 4 u. 5/2, kurze Erklärung mit Anlassen des Motors. Einfr. 1 u. 2 M. Nur kurze Zeit. 305/9*

Eigene Werkstätten!



Fülle Dein Bett
mit neuen Gänsefedern!
Ingeriffen mit allen Daunen von 1,80 M. an
gleich füllfertig 1,75
Bestellene Beherst. 2,00
Kostlose Bezeichnung! Umtausch gestattet!
Paul Paegelow,
Bettfedern-Großhandlung
Briesen, Oderbruch.

Für bestes u. trockenes Material garantiert!

Möbelfabrik.

Die besten und billigsten
Wohnungs-Einrichtungen
kaufen Sie bei.

Julius Apelt, Tischlermeister,
Berlin SO., Skalitzerstraße 6, am Kottbuser Tor.

4 Mark Verdienst
pro Tag und mehr erzielen Sie mit meiner
Strickmaschine „Triumph“
Alle Arbeit nehme ich ab.
F. Siebert, Berlin W. 15,
Düsseldorferstr. 103, Berliner Hausindustrie
für Strickwaren u. Maschinenhandlung.

Automobilfahrer!
Jedermann wird mit jahreslänglicher
Zahlung schnellstens zu erstklassigem
Chauffeur ausgebildet. Preisliste frei.
Automobil-Technikum
„Berlin“, Spichernstr. 11/12.

Hygienische
Sonderartikel, Neuester Katalog
m. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Vager, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 11/12

Alten Kottbuser Golds und
engros **Getreidekorn** endetail.
empfiehlt **H. Hrose, Haunyn-**
straße 67. Amt IV, 8444.

Filiale Chausseestraße 54 ist aufgelöst.
Anzüge Paletots nach Maß
24, 30 und 38 Mark
Unter Garantie des tadelloven Sitzes bei peinlichst gewissenhafter Anprobe bestere ich von prima modernem Stoffresten Anzüge u. Paletots nach Maß nur zu obigen Preisen.
Keinen Zwang zur Abnahme bei nicht passendem Sitzen. 5702L*
Sonnenschein's Herren-Moden nach Maß.
Nur Linden-Straße Nr. 95, 1, neben der Markthalle.
Filiale Chausseestraße 54 ist aufgelöst.
Telephon Amt IV 5797

Brauerei F. Happoldt
Berlin S. Hasenheide 32-38
empfiehlt ihr
Lager-Münchener-Tip-Top-Bier
in Flaschen und Gebinden.
Telephon: Amt IV, No. 9115. 5835L*

Der Kenner
raucht **№ 61**
hochfeine 6 Pf. Cigarre
vorzüglicher würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabriken - 103 Filialen.
Davon in Berlin:
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamstr.
Chausseestr. 16, Ecke Invalidenstr.
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartzkopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Franzos. Str.
Gertraudenstr. Eck. Broitestr. 20a
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.
Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenst.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzstr.
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.
Rindorf: Bergstr. 148.

Achtung!!! Ausschneiden!!!
Kleinste Wochenraten.
Große Auswahl in Herren- u. Damenuhren, Standuhren, Freischwinger, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten, Stöcke, echte Mezzenhauer Zithern, Phonographen, Plattensprechmaschinen, Polyphons, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.
Verkauf von Platten, echten Edison- und pa. 1 M.-Walzen.
Jahre & König
Warschauerstr. 72 (nahe Bahnhof) und Reinickendorferstraße 57 (nahe Bahnhof Wedding). 541.*

Galvanophone
direkt viel billiger
aus der Fabrik
und besser als im Laden!
Auch Teilzahlung möglich!
Prenzlauerstr. 42 II Hof

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige
Herren-Garderoben.
Erste für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurter Str. 37, II, Eingang Straußberger Platz.*

Ausverkauf.
Nach beendeter
Inventur
sind die Preise auf sämtliche Artikel bis zu
33 1/3 %
herabgesetzt:
Teppiche v. M. 4.00 u. 13.00
24. 35. 45 usw.
Gardinen v. M. 2.10, 3.50 u. 7.50 u. 12 usw.
Portieren v. M. 5. 5.75 u. 11.50 usw.
sowie Stoppdecken, Tisch- u. Diwandecken, Läufer und Möbelstoffe etc.
Nie wiederkehrende Gelegenheit.
Teppich-Adler
Königstraße 20-21,
a. d. Jüdenstr.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 17. Februar 1906.

Handel und Steuerpolitik.

Dem Mittelstand empfehlen sich viele hilfserbete Arbeiter und Stützen. Soweit es sich bei dem Begriff „Mittelstand“ um den mittelalterlichen Handwerker- und Handelsstand handelt, erweisen sich die Anpreisungen der Arbeiter als politisch demagogische Schwundelereien, oder, wenn die bona fide nicht verneint werden kann, um fündlich naive Sturmläufe gegen die unerbittlich stahlharte Entwicklung. Die relativ bedeutende Anzahl der Stramläden usw. widerspricht ja anscheinend dem Gesetz der Konzentration, der Verwischung der Kleinen durch die Großen. Der erbitterte Kampf, den die Schichten des Detailhandels gegen die Warenhäuser und Konsumgenossenschaften führen, ist schon ein Beweis des Gegenteils. Das Vorhandensein der großen Menge Detailgeschäfte, die das weltliche Bedürfnis weit übersteigt, erklärt sich teilweise aus wachsender Bequemlichkeit des laufenden Publikums, teils durch die Existenzmöglichkeiten, die eine aufstrebende Industrie — z. B. die Fahrradindustrie — neu geschaffen hat; in der Hauptsache sind die Detailgeschäfte aber Kinder, oder besser Neppkinder der sozialen Verhältnisse. Tausende Geschäfte werden gegründet, in der Absicht, damit zu dem Einkommen aus der eigentlichen Berufsarbeit einen kleinen Zuwachs zu erlangen. Da, wo bei der Gründung im geheimen auch noch die Zukunftshoffnung genährt wurde, in dem Glauben die Grundlage einer sicheren, auskömmlichen Existenz geschaffen zu haben, wird man solche lähne Gedanken in 99 von 100 Fällen bald zu Grabe tragen und froh sein, wenn der Handel bei vieler Arbeit und manchem Ärger nur einen bescheidenen Gewinn ermöglicht, denn den Löwenanteil des Mehrerlöses schluckt die Grundrente und die Ladenmiete. Vorweg sorgt der Großhändler, der zwischen dem eigentlichen Großhandel und dem Detailhandel steht, dafür, daß der Krämergewinn sich auf bescheidener Höhe hält. Ein erheblicher Prozentsatz der Kleinen Krämer arbeitet gratis für das Großunternehmertum, mancher von ihnen läßt in kurzer Zeit auch noch die ersparten Pfennige ein, er muß die Krämerkürze an den Nagel hängen, ein anderer tritt an seine Stelle, vielleicht sind es gar zwei, die sich in die „fette“ Pfunde teilen um alsobald denselben Weg zu wandern. Diesen Elementen mit der Mittelstandspolitik eine Mittelstandsbesitzung verschaffen zu wollen, wäre ein Unterfangen, das fast ans Tollhaus erinnert. Auch unter den Detailgeschäften, die als Existenz des Inhabers betrieben werden, gibt es eine sehr, sehr große Zahl, die aus den angeführten Gründen keine über das proletarische Niveau sich erhebende Lebenshaltung gestatten. Da aber bei der Mehrzahl aller solcher Geschäfte die geleistete Arbeit als produktive nicht bewertet werden kann, andererseits der Existenzkampf oft nicht drückend, sondern steigend auf die Spannung zwischen Produktionskosten und Verkaufspreis wirkt, bilden sie tatsächlich Schmarogern am Volkseifer. An einzelnen Fällen haben wir das bereits an dem in keiner Weise zu verteidigenden Verhältnis der Arbeitslöhne zu den Differenzen zwischen Produktionskosten und Ladenpreis illustriert. An diese Ausführungen anschließen, stellen wir zur weiteren Aufklärung für eine Reihe von Artikeln aus dem von der Heimarbeiterausstellung herausgegebenen Katalog die betreffenden Listen zusammen. — Kein Mensch wird behaupten wollen, es sei ein vernünftiges, gerechtes, humanes und harmonisches Verhältnis, wenn der im Handel auf einen Artikel gelegte Aufschlag oft das Vielfache von dem beträgt, was der Arbeiter für die Herstellung des Gegenstandes in langwieriger, mühevoller Tätigkeit als Lohn empfängt. Diese durch die Heimarbeiterausstellung in Fluß gebrachte Frage beleuchtet der Arbeiterschaft die soziale Struktur, das Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung von einer bisher noch weniger beachteten, aber sehr eminent eindrucksvollen wirtlichen Seite. Wie die Konzentration des Grafen Wolodowsky auf der Heimarbeit-Ausstellung vermehren lassen, beschäftigt sich nun auch die Regierung mit der Angelegenheit. Aufeinander spielt dabei allerdings wohl mehr das fiskalische als das soziale Interesse die Hauptrolle. Der Handel, der als wirtlicher Kulturträger planmäßig Nachfrage und Angebot auf dem Warenmarkt regelt, kann für die zwecklos vorhandenen Schäden keine konservierenden Gefährte geben.

Moralische Faktoren jedoch wiegen im Wirtschaftsleben viel zu gering, um ihnen irgend welche Einwirkung zuzumessen zu können. Wirtschaftliche Kräfte bestimmen die Veränderungen im Handelsgewerbe. Die zu beobachtenden Verschiebungen entsprechen anscheinend auch wieder nicht allgemein dem Gesetz der Konzentration des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb; bei näherem Zusehen findet man jedoch stets als Untergrund die von Marx analysierte kapitalistische Tendenz. Durch das Kohlenhandels z. B. wurde der Großhandel als selbständige Existenz stark eingeschränkt, was aber für das Kleinhandeltum kein Faktor der Einengung bildet. Ueberhaupt zeigt sich speziell in der Kohlenproduktion, wo nicht individueller Geschmack die Erzeugung bestimmt, aber die Qualitätsunterschiede genau klassifiziert werden können, sehr stark das Bestreben, den gesamten Zwischenhandel einzuschränken. Das Instrument dazu sind die Syndikate und Verbände, welche den Verkehr der Produktion möglichst mit Umgehung des Handels organisieren oder aber die Großhändler als Abnehmer gewissermaßen zu Angestellten der Produzenten machen. Ebenso wie die Produzenten durch ihre Organisationen bei den großen Konsumenten als Selbstverkäufer auftreten, so beteiligen sich andererseits Großhändler vielfach durch unmittelbare Lieferung an Konsumenten an der Anschaffung des Kleinhandels, diesem bleibt nur noch die Bedienung der Abnehmer mit ganz kleinen Quanten.

Auch die Händler und das Zentrum, die Dampfsektalfabrikanten bei der Mittelstandsrettung, sorgen durch die ihrer Kontrolle unterstehenden Organisationen für teilweise Ausschaltung des Handels. Die Warenhäuser und Konsumgenossenschaften machen für manche Artikel den Großhandel überflüssig, indem sie in direkte Beziehung zu den Fabrikanten treten, stärker wird ihr Einfluß empfunden als Macht, welche die Freigebietriebe an die Wand drückt. Und während man gegen die Warenhäuser und Konsumgenossenschaften einen lächerlichen, beschaffen, von Demagogie und selbstfächtiger Strupellosigkeit distanzierter Kampf führt, obwohl im allgemeinen nur unproduktive, schmarogende Existenzen in dem Konkurrenzkampf unterliegen, die Regierung und die genannten Demagog-Parteien sich aber sorgsam hüten, die für Warenhäuser und Konsumgenossenschaften beliebten Dammströme auch gegenüber den Syndikaten zu verlangen, drängt die Entwicklung unserer ganzen Wirtschafts- und Steuerpolitik verstärkt auf den Versuch hin, die Handelsgewinne als Objekt für die Steuerentlastung zu betrachten.

Die Politik der „wärmsten“ Mittelstandsretter, der Agrarier, hat die Budgets der arbeitenden Bevölkerung bis zur allerhöchsten Grenze angepinnt, so daß an eine stärkere steuerliche Belastung der Arbeiter kaum gedacht werden kann.

Der greuliche Reichsballer erfordert jetzt wieder mal dringend ein kräftiges Anziehen der Steuerkarambe. Aber jede „Methung“ auf diesem Gebiete ist nur eine solche auf kurze Frist, immer neue Steuerquellen müssen erschlossen werden, um die stets wachsenden Bedürfnisse des Reiches zu decken. Aber woher nehmen? Die Reichsbedürfnisse durch direkte Steuern, durch die Belastung der harten Schulkern zu befriedigen, dagegen wehren sich die „Schüler der nationalen Arbeit“, die Agrarier, Industriellen und Kapitalisten mit Händen, Füßen — und mit ihren Parlamentarier. Die Regierung wird daher bei ihrer Steuerpolitik hauptsächlich den Handel ins Auge fassen. Durch die Luittungs- und Frachtbriefsteuer tritt das bereits deutlich in Erscheinung, aber auch in der Begründung der vorgeschlagenen Zigarettensteuer wird schon auf die hohen Händlergewinne hingewiesen, die einen Abbruch, wie ihn die Steuer darstellt, gut vertragen könnten.

Wir haben kein Interesse daran, Samaraschepflanzen den Nährboden zu erhalten, können es aber ebensowenig aufsehen, daß eine

reaktionäre Regierung hier eine neue Kraftquelle findet, aus der sie ihrer wankenden Gesundheit wieder kräftigendes Blut zuführt, zur Stütze der volkseindlichen Agrar- und Industriebarherrschaft. Die durch Reform des Handels bei Ausschaltung der Schmarogereignissen gewonnenen wirtschaftlichen Kräfte und Säfte sollen dem Wohle der Gesamtheit, nicht der Stärkung der Reaktion, des Militarismus und der Klassenherrschaft dienen.

Löhne und Handelspreisausschlüsse.

In der nachfolgenden Tabelle stellen wir für eine Reihe Artikel die im Heimarbeiterausstellungskatalog angegebenen Löhne und die Differenz zwischen Engros- und Ladenpreis zueinander in Vergleich. Es bleiben bei dieser Zusammenstellung mit den Preisausschlüssen, die das betreffende Produkt bereits durch den Großhandel erforscht hat, vollständig unberücksichtigt. Genaue Angaben darüber liegen auch nur für wenige Artikel vor, aus dem erklärlichen Grunde, weil die Unternehmer sich sorgsam hüten, die Materialkosten bekannt werden zu lassen. Wir glauben, unsere Zusammenstellung wird aber auch ohne vollständige Erfassung der Handelspreisausschlüsse das Urteil erzwingen und rechtfertigen: hier besteht ein Mißverhältnis, das in großer Deutlichkeit die Kulturwidrigkeit und Rücksamtheit der kapitalistischen Wirtschaftsweise zeigt.

Nach unserer Zusammenstellung

Table with 3 columns: Gegenstand, Betrag pro Stück, die Spannung zwischen Engros- und Detailpreis. Rows include items like Christl. Keramarbeiter-Verband, Zentralverein Gut- u. Filzwaren-Arbeiter, Verband der Portefeuliker, Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verband der kath. Arbeitervereine, Dr. G. Wolff, München, and Verband der Schneider u. Schneiderinnen.

Aus Industrie und Handel.

Umwälzungen in der Maschinenindustrie.

Auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten wurde die gegenwärtige Geschäftslage der Maschinenindustrie besonders deshalb als unbefriedigend bezeichnet, weil sich fast auf allen Gebieten des Maschinenbaus die Neuerungen förmlich überflügeln. Noch vor ein paar Jahren bezweifelte man die Brauchbarkeit der Dampfmaschinen; heute machen sie den Kolbendampfmaschinen schon recht merklich Konkurrenz. Kraftanlagen aller Art, insbesondere die großen Kraftwerke der städtischen Betriebe, Bergbau- und Fabrikbetriebe, die längst schon in der Zentralisierung der Kraftzeugung ihren Vorteil erkannt haben, aber wegen der Kostspieligkeit der bisherigen Dampfmaschinen Neuanlagen häufig vermeiden mußten, haben nunmehr die Möglichkeit, mit den einfachen Dampfmaschinen billige und vollkommene Kraftwerke zu schaffen. Besonders geeignet ist, wie die Erfahrungen schon gezeigt haben, die Dampfmaschine als Schiffsmaschine. Selbst wenn jede Fabrik, die bisher Kolbendampfmaschinen baute, ohne weiteres zur Herstellung von Dampfmaschinen übergehen könnte, würde in die Maschinenindustrie eine große Anruhe gebracht. Tatsächlich aber sind es relativ wenige große Betriebe, die sich auf den Bau von Dampfmaschinen geworfen haben. Für sie ist der Dampfmaschinenbau gewissermaßen ein Privilegium. So sehen sich zahlreiche große, mittlere und kleine Maschinenfabriken durch die zunehmende Verwendung der Dampfmaschine in ihrer Existenz bedroht, da ja gleichzeitig die Nachfrage nach Kolbendampfmaschinen zurückgeht. Eine zweite Umwälzung vollzieht sich im Maschinengewerbe durch die steigende Verbreitung der Sauggabeln. Sie sind vor allem im Bergbau und Hüttenbetrieb mit großem wirtschaftlichen Erfolg eingeführt worden. Auch sie schränken den Markt für Kolbendampfmaschinen nicht unerheblich ein. Die Konkurrenz der Großdampfmaschinen sowie der Dampfmaschinen (soweit auch die großen Betriebe für Kolbendampfmaschinen an, die Leistungsfähigkeit der bisher üblichen Dampfmaschinen so zu steigern, daß sie dem neuen Wettbewerb gewachsen ist. Es hat denn auch die Konstruktion der Heißdampfmaschinen solche Fortschritte gemacht, daß z. B. Heißdampfmaschinen mit den Sauggabeln auch noch aus dem Felde schlagen können. Reell die Steigerung der Leistungsfähigkeit hat für die Kolbendampfmaschine eine Grenze: Der Dampfdruck ist sie unter keinen Umständen gewachsen. So gehen zweifellos zahlreiche Maschinenfabriken einer recht ungemüßigen und unruhigen Zukunft entgegen, da relativ wenige Großbetriebe die Erzeugung der wichtigsten Maschinen immer mehr bei sich konzentrieren und jeden Wettbewerb unmöglich machen. Um sich vor diesen Gefahren zu schützen, rüft man der Maschinenindustrie zu, sie solle sich enger zusammenschließen, bedenke aber nicht, daß die Interessen zu verschiedenartig sind, um eine Einigung zustande kommen zu lassen. Man kann nicht die wenigen Großbetriebe, die Dampfmaschinen bauen, mit den Betrieben unter einen Hut bringen, die Kolbendampfmaschinen herstellen, letztere wieder nicht mit den Fabriken, die Gasmaschinen bauen, da schließlich jede Branche der schärfste Konkurrent der anderen ist. Aber selbst die Betriebe, die Kolbendampfmaschinen bauen, ihr Marktgebiet sich aber von Jahr zu Jahr verengern sehen, sind nicht reif für einen engeren Zusammenschluß, da die gegensätzlichen Interessen stärker sind als die gemeinsamen. Es ist ganz bezeichnend für die gespannte Situation im Maschinengewerbe, daß trotz einer erheblichen Zunahme von Arbeitslosigkeit die Preise noch außerordentlich schwanken. Bei Subventionen treten für gewöhnlich die höchsten Differenzen ein, und zwar werden die niedrigsten Preise nicht etwa von Hühnern offeriert, sondern von erstklassigen Betrieben, die wegen ihrer technischen Leistungsfähigkeit eben relativ niedrige Gestehungskosten haben. Man sieht an diesen Preisdifferenzen, daß eine Gleichartigkeit der Interessen weniger denn je vorhanden ist, und daß darum alle Zusammenstrebungen vorläufig resultatlos verlaufen müssen. Es wird vielmehr in nächster Zeit eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes eintreten, durch den die kleinen und mittleren Betriebe aus dem Produktionsprozess mehr oder weniger rasch ausgeschaltet werden. Nach Abschluß dieses Kampfes erst ist im Maschinengewerbe an Kartellverbände zu denken. Daß von dieser Umwälzung auch der Arbeitsmarkt berührt wird, ist ganz klar. Auf der einen Seite geht die Zahl der kleineren Betriebe zurück: Arbeiter werden überflüssig. Auf der anderen Seite wird aber die Zahl der Beschäftigten in den Großbetrieben vermehrt, ohne daß freilich diese Vermehrung die Verminderung ausgleichen würde. Die wachsende Produktivität in den Großbetrieben vermag mit einer geringeren Veranschlagung menschlicher Arbeitskraft ein größeres Quantum Arbeit herzustellen, als es kleineren und kleinen Betrieben möglich ist. So bringt die technische Umwälzung nicht nur den Arbeitgebern, Unternehmern und Kapitalisten, sondern auch den Arbeitern große Gefahren.

Teuerungs-Dividende. In Anbetracht der teuren Brot- und Fleischpreise bringen die meisten Gesellschaften höhere Dividenden zur Verteilung. Allerdings die Bergwerksgesellschaft Koninkoblation überläßt die Kapitalarbeiter risikolös dem Glend, sie verteilt nur 23 Proz. Dividende gegen 36 Proz. im Vorjahr. Wenn die Arbeiter kein Einsehen haben und um Lohnführung zugunsten der armen Aktionäre petitionieren, dann werden die Herren wohl hungern müssen.

Gegen das Kohleisenhandels. Vor einigen Tagen wurde berichtet, es sei die Gründung eines neuen Hochofenwerkes geplant, das in Enden errichtet werden soll. Auch hieß es, die Regierung stehe dem Plane sympathisch gegenüber. Der Deutschen Tageszeitung wird nun aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet geschrieben, es handele sich um ein Projekt der reinen Walzwerke, mit dem Zweck, sich vom Kohleisenhandel unabhängig zu machen. Enden sei gewählt wegen seiner günstigen — Arbeitsverhältnisse und seiner vorteilhaften geographischen Lage als Anlaufhafen schwedischer und spanischer Eisenerze. Es soll ferner bereits die Frage der Gründung eines eigenen Stahlwerks ins Auge gefaßt worden sein, um auf den Stahlwerkverband einen Druck ausüben zu können.

Schwere Arbeit. Die „Germania“ gräbt eine vor längerer Zeit im „W. L.“ veröffentlichte Zusammenstellung aus, die die enorme Arbeitskraft einzelner Personen in nebenamtlicher Tätigkeit als — Aufsichtsräte illustriert. Danach gibt es 13 Personen, die bei 15 Gesellschaften Lantlemen eingehen, 7 Personen unterziehen sich derselben schweren Arbeit bei 16 Gesellschaften, 17 mal als Aufsichtsrat figurieren 3 Leistungsfähige, ein Statler ist 18-fach Aufsichtsrat, je 2 Personen tragen bei 20 resp. 19 Gesellschaften die Last als Lantlemenempfänger, 2 mal empfangen 3 Vielbeschäftigte Lantlemen, je einer ist 23 resp. 3 mal Aufsichtsrat, dieselbe Bürde tragen bei 26 Gesellschaften 3 Personen, einer beghlückt 28 Unternehmern mit seinen Aufsichtsratsdiensten, 2 Personen müssen bei 29 Gesellschaften Lantlemen einstreichen, einer opfert sich in solcher Tätigkeit bei 33 Gesellschaften und einer ist 35-fach Aufsichtsrat. Wer die schwerwiegende Arbeit des Lantlemen einstreichens nicht unterläßt, kann erweisen, welche Unsumme von nationaler Arbeit nötig ist, um die Lantlemen herauszubringen.

Theater.

Schillertheater. N. „Die Nacht des Rinkerns.“ Schauspiel in fünf Akten von Leo Tolstoj. — Gleich düster wie

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 18. Februar 1906.

Zunächst etwas wärmer bei zunehmender Bewölkung, geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden; später wieder aufklarend.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

6. S. 100. Die im sogenannten Rötter'schen Prozess Beurteilten sind sämtlich begnadigt worden.

Eingegangene Druckschriften.

Wegweiser durch das neue bayerische Wahlrecht nebst Wahlkreis-Einteilung.

Wort „Nachtschl“ ist Tolstoj's „Nacht der Finsternis“, in gleicher Weise von einem Strome wärmsten Durchflusses; aber in der Richtung desselben drückt sich ebenso auch einer der wesentlichen Unterschiede dieser beiden russischen Dichterindividualitäten aus.

Nikita, der von Fehl zu Fehl Getriebene, den die Schrecken des Kindesmordes aus der bleiernen Letztbargie seines Gewissens aufzittern.

Die Aufführung legte wieder Zeugnis von dem regen künstlerischen Streben des Schillertheaters ab.

Wasserstand am 16. Februar. Elbe bei Ruffig + 0,02 Meter, bei Dresden - 1,44 Meter, bei Magdeburg + 1,20 Meter.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis (Adenauer Viertel). Wilhelm Seefeldt.

Todes-Anzeige. Am Freitagvormittag 6 Uhr verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Ramm, unser guter Vater August Schönicke.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis. Karl Maer.

Verband der Fabrik-, Land-, Billiarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. August Schönicke.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Wilhelm Castrop.

Zentralverband der Dachdecker. Wilhelm Hamann.

Allg. Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler. Karl Maer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Gotthold Schröter.

29. Emilie Laufs.

Dankfagung. Frau Louise Schleehuber.

Nachruf. Tanzlehrer Herr Karl Maer.

Dankfagung. Wilhelm Zeige.

Singer Nähmaschinen. Einfache Handhabung! Grobe Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Einsegnungs-Anzüge. Beste Verarbeitung. Vollständiger Ersatz für Maßarbeit. Die Preise sind je nach Größe.

Carl Stier. Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe. Berlin SO. Oranienstr. 166.

Dankfagung. Wilhelm Zeige.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands. Josef Frey.

Dankfagung. Ww. Otto Eggert.

Kathreiner - nur Kathreiner! Kathreiners Malzkaffee ist der beste Malzkaffee!

Dankfagung. Klara Schulze, Charlotte Müller, Lichtbergstr. 20.

Dr. Simmel, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. Augustabad, Kassenbäder.

Dr. med. Schaper, BERLIN - Preis 1 Mark.

Wer - Stoff - hat fertige Anzüge nach Maß 20 W. Labelloer Str. halbbare Futterläden.

S. Kaliski, trübers Firma „Baby“ 1. Brunnenstrasse 16. Spezialgeschäft für Nähmaschinen und Reparatur-Werkstatt.

Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 41. Sonntag, den 18. Februar 1906.

Inserate Sechspaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Folgende Lokale stehen der Arbeiterschaft zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung: Im zweiten Wahlkreis das Hochbahn-Restaurant, Tempelhofer Ufer 80, desgleichen im Kreise Nieder-Barnim das Lokal von Wisemann, Rahnsdorfer Mühle.

In Neu-Zittau (Kreis Teltow-Beeskow) ist das Lokal von Kurzhaus streng zu meiden, da der betreffende Herr seine Unterschrift zurückgezogen und erklärt hat, daß er die „rote Bande“ nicht mehr haben will.

Die Lokalkommission.

Rixdorf. Sozialdemokratischer Wahlverein. Mitgliederversammlung Dienstag, den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 152/53. Tagesordnung: Der politische Massenstreik. Referent: Genosse W. Düwel. Vereinsangelegenheiten.

Charlottenburg. 3b. Am Montag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, findet bei Krull, Osnabrückerstr. 30, eine Bezirksversammlung statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Bezirksführer.

Lichtenberg. Wir machen unsere Genossen auf die am Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam. Erscheinen aller dringend notwendig. Der Vorstand.

Friedenau. Dienstag abend 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Gesellschaftshaus, Rheinstr. 14 (Thiel). Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Die Gemeindevorstandswahlen. 3. Aufstellung der Kandidaten. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Grünau. Der Wahlverein hält am Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Grünen Ecke“, Köpenickerstr. 88, seine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Dr. Vorkardt über „Unsere Volksschule“ sprechen wird. Der Vorstand.

Tegel. Die nächste Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins findet am Dienstag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, bei Robert Schmidt, Schlieperstr. 64, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Gemeindevorstandswahl und Aufstellung des Kandidaten zu derselben. 3. Vereinsmitteilungen. Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Oberschöneweide. Am Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr findet die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im Lokale von Starke, Siemensstr. 5 statt. Tagesordnung: Diskussion über den Vortrag: Die preussische Reaktion in den Jahren 1850-60. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. Der Vorstand ist genötigt, die Versammlung in einem größeren Saal abzuhalten, weil die Räume unseres alten Heims nicht mehr zureichen. Zeigt, Genossen, daß Ihr auch an diesem Platz zur Stelle seid. Der Vorstand.

Schöneberg. Der Wahlverein hält bereits am Dienstag, den 20. d. M., seine Mitgliederversammlung bei Obst, Reiningersstr. 8, ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Der preussische Landtag. Referent: Genosse Benno Chajes. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Alle Briefe, sowie Zusendungen für den Wahlverein sind an den Vorsitzenden Reinhold Küter, Prinz Georgstr. 4, zu richten. Der Vorstand.

Nowawes-Neuendorf. Am Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Paul Jünger, Neuendorf, Großbeerenstr. 100, eine öffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Es ist Pflicht aller Genossen, für diese Versammlung rege zu agitieren.

Am Mittwoch, den 22. Februar, soll eine Volksversammlung in Nowawes stattfinden. Die Gewerkschafts- sowie Vereinsvorstände wollen hiervon Kenntnis nehmen. Der Vorstand.

Treptow-Baumfäulenweg. Der Wahlverein hält am Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Speers Festsälen seine Mitgliederversammlung ab. Außer einem Vortrag des Genossen 2. Hofmann stehen noch Aufstellung von Kandidaten zu der im März stattfindenden Gemeindevorstandswahl, sowie Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung auf der Tagesordnung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder. Der Vorstand.

Wahlverein Bezirk Pantow. Am Montag, den 19. Februar, findet bei Koch, Kreuzstr. 3-4, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Gemeindepolitik und Sozialdemokratie. Referent: Genosse Freiwaldt. 2. Bericht der bisherigen Gemeindevorstände. 3. Aufstellung der neuen Kandidaten. 4. Verschiedenes. — Franz-Duchholz: Am Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet in Räumen Festsälen die Sitzung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Sozialdemokratie und Gemeindepolitik und Bericht von der Gemeindevorstandskonferenz zu Lichtenberg. Referent: Genosse Kubig-Pantow. 2. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Die Genossen werden aufgefordert, für den Besuch dieser Versammlungen rege zu agitieren. Der Vorstand.

Ableshof. Am Dienstag, den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet in Sauls Restaurant, Wisnarsstr. 16, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht der Gemeindevorstände über ihre Tätigkeit im Gemeinderat und Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl. Da die Tagesordnung eine außerordentlich wichtige ist, ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig. Der Vorstand.

Erfner. Dienstag, den 20. Februar, findet die Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dourno über: „Die deutsche Revolution im Jahre 1848“. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Bericht von der Gemeindevorstandskonferenz. 6. Verschiedenes. Der Vorstand.

Karlshorst. Am 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal Kupfch, Treptow-Allee, eine öffentliche Gemeindevorstandswahlerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Gemeindevorstandswahl. Referent: Genosse Binjeler. 2. Freie Diskussion. 3. Verschiedenes. Sonntag, den 18. Februar, vormittags 8 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung. Zusammenkunft bei Kupfch. Die Genossen mögen pünktlich erscheinen.

Vorort-Nachrichten.

Die Wünsche der Vororte und die Eisenbahnverwaltung.

Der Präsident der Eisenbahndirektion Berlin, Herr Behrend, empfing gestern drei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes des Berliner Vorortvereins, um mit ihnen einige allgemeine Wünsche, die in der Eingabe für den Sommerfahrplan 1906 enthalten waren, zu besprechen. Die Einrichtung von Abteilen für Reisende mit Traglasten in sämtlichen Stadt-, Ringbahn- und Vorortzügen glaubte der Präsident ablehnen zu müssen. Ebenso wurde die erbetene Einrichtung von Frauenabteilen abgelehnt, ferner die Ausgabe von Halbmonatskarten, für die eine Notwendigkeit nicht anerkannt wurde. Die wiederholt erbetene Einrichtung von Aborten in sämtlichen Vorortzügen wurde dahin eingeschränkt, daß diese Einrichtung in denjenigen Zügen getroffen wird, die von und zwischen entfernten Vororten und in längeren Zugfolgen verkehren. Der Wunsch der Vorortvertreter bezüglich der Verbreiterung der oberen Trittbretter an den Wagen wird insoweit erfüllt werden, als die Verbreiterung dort angebracht werden soll, wo erhöhte Bahnsteige vorhanden sind. Die in früheren Eingaben erbetene Ausdehnung der Gültigkeit der Fahrradkarten auf den gesamten Vorortverkehr dürfte bewilligt werden, doch steht die endgültige Entscheidung des Ministers noch aus.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger „Neue Zeit“, das Organ des liberalen Bürgertums, dessen dumme und erlogene Nachrichten über die sozialdemokratische Partei wir wiederholt tiefer gehängt haben, ergreift sich wieder einmal in niederträchtigen Angriffen gegen unsere Vertreter im Stadtparlament. Im Anschluß an einen in der letzten Stadtverordnetenversammlung beratenen Antrag über die Abfuhr im Sitzungssaal verächtlich es die sozialdemokratische Fraktion, daß in ihr einige Stadtverordnete vorhanden seien, die nur zu reden scheinen, um sich immer aufs neue zu blamieren. In bekannter Wahrheitsliebe behauptet es, daß, wenn diese Genossen reden, die Stadtverordneten schleunigst flüchten oder Privatgespräche führen, während die armen Berichterstatter die armen Kammergängerinnen redewütiger Wiederholungen geduldig über sich ergehen lassen müssen, um charakteristische Proben des göttlichen Unsinns festzulegen, damit sie der Öffentlichkeit zeigen, in welcher Weise im Stadtparlament häufig die Zeit der Mitglieder der städtischen Behörden und der Zuhörer verschwendet wird. So gleichgültig an sich diese Behauptung eines Blattes ist, in dem der bekannte Sozialistensoldat Bürger-Franke sein Unwesen treibt, und so sehr wir es ablehnen müssen, auf diesen Unsin zu erwidern, so geben wir die Notiz doch wieder, damit die Arbeiter sehen, wie das Blatt, das sich nur infolge der Abonnements aus Arbeiterkreisen halten kann, ihre Vertreter beschimpft. Die Arbeiter sollten endlich einsehen, daß sie gegen das Interesse ihrer Klasse handeln, wenn sie anstatt das Organ der Sozialdemokratie das ihrer Gegner unterstützen.

Eine Polizei-Kampagne gegen die Charlottenburger Volksschule! Die Polizeibehörde hiesiger Haupt- und Residenzstadt, die auf dem unerquicklichen Gebiet des Mordverfangs bekanntlich nicht immer eine glückliche Hand bewiesen hat, scheint den Schwerpunkt ihrer Operationen nunmehr in die anmutigeren Regionen der Kunst verlegen zu wollen. Des Hennis vermag man nicht habhaft zu werden, aber der Freien Volksschule Charlottenburg ist man gottlob gründlich auf die Schliche gekommen. Der Verein, der das gemeingefährliche Ziel verfolgt, das Verständnis für Kunst und Kunstwerke im Volke, und besonders in der Arbeiterklasse, zu wecken und zu fördern, hatte bekanntlich für seine nächste Theaterdarstellung eine Aufführung des Kampffchen Revolutionsdramas „Am Vorabend“ beschlossen. Die Aufführung sollte genau unter denselben, durch die polizeilich genehmigten Statuten festgelegten Bedingungen stattfinden, wie alle früheren Veranstaltungen, und der Zutritt nur den Mitgliedern der Freien Volksschule Charlottenburg gestattet sein. Die besonders mühevollen und kostspieligen Vorbereitungen zu der Aufführung waren unter der persönlichen Leitung des Dichters fast abgeschlossen, als — unterm 15. Februar — ein Ullas des Polizeipräsidenten Steifensand erfolgte, der dem Vorsitzenden der Volksschule die Enthüllung machte, die Vorstellung werde diesmal polizeilich als eine „öffentliche“ betrachtet werden und es sei demgemäß zunächst bei der Polizeibehörde die Erlaubnis zur Aufführung des Kampffchen Dramas einzuholen. Sollte der Verein diese Bedingung nicht erfüllen, so werde die Aufführung am 23. Februar polizeilich inibiert werden! „Aus Zeitungsnotizen“, so heißt es in dem merkwürdigen Dokument, habe die Obrigkeit ihre Wissenschaft geschöpft. Wir sind daraufhin die gesamte Berliner und Charlottenburger Presse der letzten Tage durchgegangen, ohne eine Notiz zu finden, die auf die dem Verein unterstellten polizeiwidrigen Pläne auch nur im entferntesten hindeutet. Aber selbst wenn sich eine solche Notiz irgendwo gefunden hätte, wie in aller Welt — fragen wir — könnte man daraus dem Verein einen Strich drehen? Es brauchte dann ja in Zukunft nur irgend eine Spitzelseele eine erlogene Mitteilung in die Presse zu lancieren, um der Polizei die Handhabe zu bieten, jede Vereinsdarstellung als öffentlich zu bezeichnen! Für die Volksschule verbindlich und für die Polizei maßgebend können selbstverständlich nur die offiziellen Mitteilungen des Vorstands sein, die regelmäßig in einer Berliner und einer Charlottenburger Zeitung erfolgen. Daß eine öffentliche Aufführung nicht geplant war, davon hätte sich der Herr Polizeipräsident Steifensand selber leicht überzeugen können. Gäbe er, der, so viel wir wissen, nicht Mitglied der Charlottenburger Volksschule ist, den Wunsch gehabt, der Vorstellung des auch für deutsche Polizeibeamte sehr interessanten und lehrreichen Kampffchen Dramas beizuwohnen, so würde er erfahren haben, daß ihm der Zutritt erst nach Erlangung der Mitgliedschaft gestattet worden wäre, d. h. nur auf seinen durch die Jahreshöhe an den Vorstand zu richtenden und von diesem nach statuten-gemäßer Prüfung der persönlichen Verhältnisse usw. genehmigten Antrag. In dessen, wie leben in einem Polizeistaat, und so bleibt dem Verein vor der Hand nicht anderes übrig, als an Stelle des Kampffchen Schauspiel am 23. Februar halbes „Jugend“ in Szene geben zu lassen. Das in Berlin, Hamburg usw. verbotene Drama „Am Vorabend“ aber wird, sobald die polizeilichen Bedenken sich gelöst haben, als nächste Vereinsdarstellung der Freien Volksschule Charlottenburg gegeben werden, und zwar, wie schon heute mitteilen können, am Vorabend des 18. März.

Die Automobil-Katastrophe am Kurfürstendamm, bei welcher der Chauffeur Hummel dadurch seinen Tod fand, daß sich das Automobil vollständig überschlug, wobei dem H. der Kopf geschnitten wurde, wird noch gegen die Stadtgemeinde Charlottenburg ein gerichtliches Nachspiel haben. Wie die Untersuchung ergeben hat, ist

das Unglück durch den unwürdigen Zustand des Straßensplasters herbeigeführt worden. Das Pflaster hat sich an jener Stelle um etwa 7 Zentimeter gesenkt, so daß das Automobil bei einer nicht gleichmäßigen Belastung umschlagen mußte. Die fragliche Stelle wird durch Ausschleifen, welche häufiger den Kurfürstendamm durchfahren, derartig gefährdet, daß sie in einem Bogen um dieselbe herumfahren. Der Chauffeur Hummel konnte die gefährliche Vertiefung nicht, und konnte auch den schabhaften Zustand des Splasters in der Dunkelheit nicht erkennen. Bemerkenswert ist, daß diese Vertiefung, wie versichert wird, schon seit Monaten vorhanden sein und zu verschiedenen Unfällen Veranlassung gegeben haben soll.

Rixdorf.

Psylo und seine Ende. Mit Gewalt mußte man dem Restaurateur Eugen M. aus der Alten Jakobstraße den Giftbehälter aus der Hand reißen. M. hatte gestern seine Schwester in der Kaiser Friedrichstraße in Rixdorf aufgeführt und war mit ihr in Streit geraten. Er verfiel dabei in eine solche Aufregung, daß er plötzlich eine Flasche Psylo aus der Tasche zog und daraus trank. Gewaltig rief man dem Lebendigen das Gift vom Munde weg und holte einen Arzt herbei. Als dieser erschien, war M. spurlos verschwunden. Wo er sich hingewandt hat, konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Der pensionierte 39-jährige Postkaffner Paul Hillmann, Weißestraße, vergiftete sich gestern morgen mit Psylo. Er wurde nach dem Krankenhause gebracht, wo er sehr schwer darnieder liegt. H. hatte vor 4 Jahren einen nicht unerheblichen Teil des großen Loses gewonnen, aber das Geld durchgebracht. Er litt an hochgradiger Nervosität.

Steglitz.

Die Gemeindevorstandswahl mußte am Freitag 35 000 M. für Volksschulbaracken bewilligen. Ein herrliches Zeugnis der Fürsorge unserer Gemeindevorwaltung für die Kinder des Volkes. Es hat sich herausgestellt, daß schon zum April die Schulräume nicht mehr ausreichen, es sollen deshalb zwei Klassen in Baracken untergebracht werden; zum Oktober rechnet man auf einen Zuwachs von weiteren vier Klassen. An der Ring- und Albrechtstrassen-Ecke sollen sich die „Prachtbauten“ erheben. Es wird also jedermann Gelegenheit haben zu vergleichen zwischen der Fürsorge der Gemeinde für Volksschule und höhere Schulen, da in unmittelbarer Nachbarschaft die neuerbaute Oberrealschule liegt. Ueber den Neubau dieses Schulhauses, den Umbau des Gymnasiums, der Errichtung der höheren Mädchenschule und den Bau der Brunnenstraße, zu welchem man für eine Volksschule bestimmte 200 000 Mark verwendete, scheint unsere Gemeindevorwaltung die Bedürfnisse der Volksschule ganz vergessen zu haben. Jetzt müssen es die Steuerzahler mit 35 000 Mark büßen! Die Silberhochzeit des Kaiserpaars stellt immer neue Anforderungen an die Gemeinde. Es wurden abermals 200 M. gefordert und bewilligt zur Anschaffung einer Festschrift, die an Volksschüler verteilt werden soll zwecks Erweckung patriotischen Sinnes. — Der Liebe Nähe wird umsonst sein; die Eltern der Schüler werden dafür sorgen, daß dies „außerordentlich zweckmäßige Festschrift“ die richtige Würdigung seitens der Kinder erfährt. — Von zehn Einsprachen gegen die Gemeindevorstandswahl wurden acht anerkannt, zwei abgewiesen; eine davon zu unrecht, wozu sich der Bürgermeister durch Nachfrage auf dem Weidmann überführen kann. Der betreffende wohnt nicht erst seit 25. März 1905, sondern bereits seit September 1904 in Steglitz. Durch unrichtige Information des Bürgermeisters wird also ein Bürger des Wahlrechts für verlustig erklärt. Hoffentlich wird das Versehen noch gutgemacht!

Die Wahltermine für die Gemeindevorstandswahl sind wie folgt festgesetzt worden: für die Wähler des 1. Bezirks der III. Klasse am Montag, den 5. März d. J., nachmittags von 3 1/2-8 Uhr, Wahllokal: großer Saal des Restaurants „Abrechtshof“, hier; für die Wähler des 2. Bezirks der III. Klasse am Montag, den 5. März d. J., nachmittags von 3 1/2-8 Uhr, Wahllokal: Turnhalle des Gymnasiums in der Heesestraße (Eingang Albrechtstraße) hier; für die Wähler der II. Klasse am Dienstag, den 6. März d. J., nachmittags von 4-7 Uhr, Wahllokal: großer Sitzungssaal des Rathhauses hier selbst; für die Wähler der I. Klasse: am Mittwoch, den 7. März d. J., nachmittags von 6-7 Uhr, Wahllokal: kleiner Sitzungssaal des Rathhauses hier selbst.

Die zu wählenden 13 Gemeindevorordneten verteilen sich auf die einzelnen Klassen wie folgt: III. Klasse 1. Bezirk — 2, 2. Bezirk — 2, II. Klasse (einschl. Erfahmann) — 5, I. Klasse — 4. Von den in der I. und II. Klasse zu Wählenden können je 2, von den in der III. Klasse zu Wählenden kann 1 Nichtangesehener sein. Die übrigen zu Wählenden müssen gemäß § 62 der Landgemeindeordnung Angesehene sein.

Ober-Schöneweide.

In welcher Weise die Bekämpfung der Sozialdemokratie schon in der Schule geübt wird, davon gibt ein Vorfall in der hiesigen katholischen Schule interessanten Aufschluß. Nachdem schon des öfteren in katholischen Religionsunterricht weidlich über die bösen Sozialdemokraten geschimpft wurde, erzählte man neulich den Kindern, in der letzten Volksschulversammlung in Oberschöneweide sei ein Katholik mit Stühlen aus dem Saale gehauen worden.

Diese dreiste Lüge bezieht sich wohl auf die harmlose Tatsache, daß in der letzten Versammlung nach den Ausführungen des Genossen Ebert über das Zentrum ein antwortender Katholik — Nachher im hiesigen katholischen Volksschulverein — durch Zwischenrufe zum Reden veranlaßt werden sollte, es aber vorzog, unter allgemeiner Heiterkeit den Saal zu verlassen.

Man sieht, kein Mittel ist zu schädig.

Berliner Nachrichten.

Die Droßkühnen weichen mutig zurück.

Die Droßkühnen an einem bestimmten Tage aus dem öffentlichen Verkehr zu ziehen, um gegen die Verfügungen des Polizeipräsidenten wegen Spernung des Potsdamer Platzes und andere Erschwerungen des Droßkühnenbetriebes wirksam zu protestieren, hatten kürzlich die Vorstände sämtlicher Fachvereine der Droßkühnenführer von Groß-Berlin sowie der Berliner Lohnfuhrer-Vereinigung beschlossen und zwar einstimmig beschlossen. Die Vertrauensmänner der Droßkühnenführer haben in einer am 13. Februar abgehaltenen Versammlung hierzu ihre Zustimmung unter der Bedingung, daß bis zum 20. Februar Antwort eingehenden müsse und der erste Beschluß aufrecht erhalten werde. Die Herren Fuhrerbesitzer scheinen aber keine Freunde davon zu sein, einmal Beschlossenem auch ernsthaft auszuführen, denn in der letzten Nummer ihres Organs erschien folgende Notiz:

